Wie die USA sich in den Ukraine-Konflikt einmischen S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 7 – 14. Februar 2015
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Deutsche Kanzlerin ringt um eine diplomatische Lösung: Merkel und Obama demonstrieren bei Pressekonferenz Einigkeit Bild: pa

Grandios gescheitert

Ukraine-Krise: Der Westen hat hoch gepokert – und steckt nun in der Sackgasse

Zur Beilegung der Ukrainekrise stehen die USA und die EU vor der schwierigen Entscheidung, einen Krieg mit Russland zu riskieren oder zu verhandeln.

Deutschland, die USA und Frankreich stecken mit ihrer Politik in der Ukraine-Krise in der Sackgasse. Die Hoffnung, Russland mit harten Sanktionen in die Knie zu zwingen, ist gescheitert. Es war ein Spiel auf Zeit: Wem geht als erstem die Puste aus, der russischen Wirtschaft oder der vom Westen unterstützten ukrainischen Regierung.

Merkels und Hollandes plötzliche Brandreise nach Kiew und Moskau war Ausdruck höchster Nervosität. In Washington hat die Kanzlerin mit US-Präsident Obama versucht, eine neue Linie zu finden. Die hektischen Rufe einiger US-Politiker nach Waffenlieferungen an die Ukraine sind Symptome purer Hilflosigkeit. Auch die beleidigenden Ausfälle gegen die deutsche Kanzlerin sind ein Beleg dafür. Es geht vor allem darum, einen Schuldigen für das Desaster zu benennen, um von eigener Verantwortlichkeit abzulenken.

Um Russland an den Rand Europas zu drängen und als Großmacht endgültig zu erledigen, wurde die Ukraine von der Washingtoner Diplomatie über Jahre systematisch zum eigenen Vorposten ausgebaut. Stolz war aus US-Quellen zu hören. man habe fünf Milliarden Dollar für die Beeinflussung der ukrainischen Innenpolitik ausgegeben. Die EU und leider auch Deutschland haben bei diesem Ansinnen tatkräftig assistiert und das Ihre beigetragen.

> Bei einem Krieg mit Russland droht die atomare Katastrophe

Schließlich ist die Lage eskaliert, doch anders als erhofft: Statt zu kapitulieren hat Moskau das Heft in die Hand genommen und bestimmt derzeit offenkundig den Takt. Auch die Sanktionen haben nicht allein Russland geschadet, sondern auch die EU schon bislang mehr als 20 Milliarden Euro gekostet.

Waffen an die Ukraine zu liefern hieße für die USA auch, sogenannte „Berater“ mitzuschicken, ohne die die Ukrainer die Geräte kaum bedienen könnten. US-Soldaten wären direkt in den Konflikt verwickelt. Die ukrainische Armee zeigt zudem akute Auflösungserscheinungen. Sie wäre ein unkalkulierbarer Verbündeter der Amerikaner. Schließlich säßen die USA in einem direkten Konflikt mit Russland, den sie auf konventionelle Weise nur verlieren können. Von den kaputtgesparten europäischen Armeen brauchen sie keine nennenswerte Unterstützung zu erhoffen.

In dieser Lage gäbe es für Washington nur noch zwei Optionen: Die demütigende Niederlage der USA gegen Russland einzugestehen oder den „großen“, den Atomkrieg auszulösen.

Vor dieser Möglichkeit, die scheinbar so weit weg ist wie der Mond, warnt Michail Gorbatschow schon seit Wochen. Er weiß, wovon er spricht, ein Übertreiber und Hysteriker war er noch nie. Wer die Eskalation ins Verderben verhindern will, kann dies nur mit, nicht gegen Russland erreichen. *M. Rosenthal/H. Heckel*

JAN HEITMANN:

Dummes Getöse

Der Gedanke sei absurd, rechtlich nicht haltbar und „dieses Thema schon im vergangenen Jahrhundert abgeschlossen worden“. Mit mehr als deutlichen Worten hat der Föderationsrat, das Oberhaus des russischen Parlaments, den Vorstoß von Abgeordneten der Duma abgeschmettert, von der Bundesrepublik „mindestens drei bis vier Billionen Euro“ Entschädigung für Kriegsschäden zu verlangen. Die Parlamentarier hatten ihre Forderung damit begründet, dass Deutschland „faktisch nichts für die Zerstörungen und Gräueltaten bezahlt“ habe.

„Einige deutsche Aktiva“, die die Sowjetunion entsprechend der Jalta-Konferenz konfisziert habe, und deren Wert selbst unter Einrechnung der Arbeitsleistung der deutschen Kriegsgefangenen und der von der DDR geleisteten Reparationszahlungen „nicht mehr als 15 bis 16 Milliarden Dollar“ betrage, stellten keinen angemessenen Ausgleich für die erlittenen Schäden dar. Diese „konfiszierten Aktiva“ würden „ohnehin als Kriegstrophäen gelten“. Ob dazu auch das von Russland annektierte nördliche Ostpreußen zählt, und falls ja, wie hoch die Duma-Abgeordneten wohl dessen Wert beziffern mögen, blieb bei dieser mehr als fragwürdigen Rechnung offen.

Glücklicherweise hat der Föderationsrat trotz der derzeit aufgeheizten politischen Lage besonnen auf die absurde Forderung reagiert. Es ist gut, dass er dem dummen Getöse der Duma-Abgeordneten sofort ein Ende bereitet hat. Dem schlechten Beispiel Griechenlands folgend, war deren Vorstoß wohl ohnehin nichts anderes als eine törichte Trotzreaktion, in diesem Fall auf die auch auf deutsches Betreiben hin gegen Russland verhängten Sanktionen.

USA unterstützen Athen

Barack Obama wirbt um Großzügigkeit in der Schuldenfrage

Der US-Präsident Barack Obama hat in einem CNN gewährten Interview sein Mitgefühl für das Abweichen der Griechen vom bisherigen Sparkurs erklärt. Er habe Verständnis für die neue griechische Regierung, die sich nicht an die von ihrer Vorgängerin vereinbarten Sparauflagen halten möchte. Er hoffe, dass das Land in der Euro-Zone verbleibe. Damit hat der US-Präsident die Position der neuen linkspopulistischen Regierung in Athen, die neben einer Abkehr vom Sparkurs eine Streckung ihrer Kreditrückzahlungen und einen Schuldenschnitt bei gleichzeitigem Verbleib in der Euro-Zone fordert, in großen Teilen unterstützt.

Inzwischen ist offensichtlich, dass man es in Washington nicht nur bei einer publizistischen Unterstützung der Griechen belassen will. Wie die „Financial Times“ berichtet, will man Vertreter der Euro-Zone dazu bringen, jegliche Überlegungen in Richtung eines griechischen Verlassens der Währungsunion fallen zu lassen. Stattdessen soll Griechenland geholfen werden, zurück auf einen Wachstumspfad zu kommen. Angesichts der Machtverhältnisse in den transatlantischen Beziehungen ist als Ergebnis derartiger Empfehlungen zu erwarten, dass der US-Präsident den Europäern im Allgemeinen und den Deutschen im Besonderen das Verhandlungsergebnis in Sachen Umgang mit dem Problemfall Griechenland vorgeben wird.

> Syriza baut Drohkulisse auf

Die USA haben derzeit gute Gründe, um Athens Wohlwollen zu werben, droht doch die neue griechische Regierung mit freundlichen Tönen gegenüber Russland und einem Scheitern von TTIP. Man werde ein transatlantisches Freihandelsabkommen wie TTIP „unter keinen Umständen“ unterzeichnen, erklärte schon einmal vorsorglich der Syriza-Politiker Geórgios Katroúgalos. *Norman Hanert*

Tsipras greift ins Füllhorn

Milliardenschwere soziale Wohltaten auf Kosten anderer verkündet

Unverhohlen setzt die griechische Regierung auf die Erpressung ihrer Euro-Partner. Die Gemeinschaftswährung sei ein „Kartenhaus“, das zusammenstürze, wenn man nur eine Karte daraus entfernt, behauptet Athens Finanzminister Giannis Varoufakis. Daher bleibt, so die Logik der Hellenen, den anderen Ländern gar nichts anderes übrig, als Griechenland weiter mit ihren Steuermilliarden zu füttern.

Erzürnt müssen Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble miterleben, wie sie in der Falle ihrer eigenen Rhetorik zappeln. Sie waren es, die das Ausscheiden auch nur eines einzigen Landes aus der Einheitswährung seit Jahren kategorisch ausgeschlossen haben.

Premier Alexis Tsipras greift derweil ins soziale Füllhorn. Tausende öffentlich Bedienstete, die auf-

> Asylbewerber sollen durchgewinkt werden

grund erwiesener Unfähigkeit oder wegen Finanzmangels entlassen wurden, sollen wieder eingestellt werden. Rentnern, die weniger als 700 Euro monatlich beziehen, soll eine 13. Monatsrente gezahlt werden. Das stellt sie besser als manchen deutschen Grundrentner. Der Mindestlohn steigt von 586 auf 751 Euro monatlich, der Steuerfreibetrag auf ein Jahresgehalt von 12 000 Euro, bedürftige Familien erhalten Strom, Nahrung und Unterkunft auf Staatskosten. Bezahlen sollen dies die Euro-Partner, voran Deutschland, dem Tsipras zu allem Überfluss erneut Reparationsforderungen wegen des Zweiten Weltkriegs stellt, was Berlin zu Recht zurückweist.

Derweil hat ein führender Parteifreund von Tsipras angekündigt, Griechenlands EU-Außengrenzen für Asylbewerber großzügig zu öffnen. Griechische Auffanglager sollen jedoch geschlossen werden. Dafür will man den Menschen den Weiterzug in andere EU-Länder deutlich erleichtern. *H.H.*

MELDUNGEN

Facebook Feigheit vorgeworfen

Washington – Die „Wahington Post“ hat dem Chef von Facebook, Mark Zuckerberg, vorgeworfen, das soziale Netzwerk sei in der Türkei eingeknickt und habe Bilder des Propheten Mohammed im Stil der „Charlie Hebdo“-Karikaturen von einer Seite genommen. Dabei verwies das US-Blatt darauf, dass Zuckerberg erst zwei Wochen zuvor in einer „Je suis Charlie“-Erklärung auf die Bedeutung der freien Meinungsäußerung hingewiesen habe. „Ich fühle mich verpflichtet, einen Dienst aufzubauen, bei dem Sie sich ohne Furcht vor Gewalt frei äußern können“, so Zuckerberg kurz nach dem Attentat. Hingewiesen wurde zudem darauf, dass Facebook vorgeworfen wird, früher auch schon Seiten chinesischer und syrischer Dissidenten vom Netz genommen zu haben. *N.H.*

Ebola noch nicht besiegt

Berlin/Genf – Die Zahl der Ebola-Neuinfektionen ist in Guinea, Liberia und Sierra Leone auf insgesamt unter 100 Fälle pro Woche gesunken, während es noch vor wenigen Wochen 350 waren. Zudem ist es gelungen, eine weitere Übertragung auf die Nachbarländer zu verhindern. Trotzdem geben Gesundheitsexperten noch keine Entwarnung für Westafrika. Die positiven Zahlen würden lediglich bedeuten, dass die Epidemie sich langsamer ausbreite als bisher, und nicht, dass sie bereits auf dem Rückzug sei, hieß es im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO haben sich von März 2014 bis Ende Januar dieses Jahres mehr als 22 000 Menschen mit dem Ebola-Virus infiziert, etwa 8800 sind gestorben. *J.H.*

Pegida-Funke springt nicht über

Wien – Der Pegida-Funke springt nicht nach Österreich über. Zur ersten Kundgebung in der vergangenen Woche kamen in Wien nur 350 Anhänger zusammen. Ihnen standen fast 5000 Personen überwiegend aus dem linken Spektrum gegenüber, darunter nach Polizeiangaben auch zahlreiche „Berufsdemonstranten“ und Personen, die den Sicherheitsbehörden wegen ihres offenen Bekenntnisses zum Islam bekannt sind. Ein dichter Polizeikordon sorgte dafür, dass das Aufeinandertreffen beider Gruppen in der Innenstadt friedlich verlief. Auf Seiten der Pegida identifizierte die Polizei „mehrere Hooligans und Rechtsradikale“. Da einige vor laufender Kamera den Hitlergruß zeigten, läuft gegen die Veranstalter ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das sogenannte Verbotsgesetz, das eine „Wiederbetätigung im Sinne des Nationalsozialismus“ unter Strafe stellt. Zudem droht dem österreichischen Pegida-Ableger jetzt in Wien ein Demonstrationsverbot. Auch wenn dessen Sprecher weitere Kundgebungen an anderen Orten angekündigt hat, misst der Politologe Benjamin Opratko der österreichischen Pegida-Bewegung keine große Bedeutung zu. Der Unterschied zur deutschen Pegida-Szene liege darin, dass in Österreich „mit der FPÖ eine rechte Volkspartei“ existiere, die die Themen von Pegida schon lange besetze. Deshalb sei es hier auch schwieriger zu behaupten, man werde von der etablierten Politik überhaupt nicht gehört. *J.H.*

Warum gerade Tschetschenen?

Die kaukasische Bevölkerungsgruppe ist an den Schaltstellen des Dschihad überdurchschnittlich vertreten

Im globalen Dschihad der Islamisten kommt den Tschetschenen eine immer wichtigere Rolle zu. Obwohl es nur etwa eine Million Tschetschenen gibt, findet man sie immer häufiger an den zentralen Schaltzentralen des Dschihad, nicht nur im Kaukasus, von wo sie stammen, sondern auch in Syrien, Westeuropa und den USA.

Schon die Osmanen und später auch Adolf Hitler wussten Aggressivität und Extremismus der kaukasischen Bergvölker, die sich länger als alle anderen gegen die russische Eroberung gewehrt hatten, zu schätzen und zu nutzen. Die Osmanen verlegten Tschetschenen und Tscherkessen, die als besonders aggressiv galten, weil sie den Islam erst relativ spät angenommen hatten und gegenüber den anderen muslimischen Volksgruppen Minderwertigkeitsgefühle hatten, in alle aufführerischen Provinzen ihres Reiches. Hitler nutzte kaukasische Freiwilligenverbände der Wehrmacht zum Krieg gegen die Sowjetunion. Nach der Niederlage Deutschlands deportierte Josef Stalin die Tschetschenen aus dem Kaukasus nach Zentralasien. Aber anders als die Wolgadeutschen, die ebenfalls von Stalin deportiert worden waren, durften die Tschetschenen bereits 1956 wieder in ihr Heimatgebiet im Kaukasus zurückkehren, wo sie dann noch vor dem Untergang der Sowjetunion 1991 als erste den bewaffneten Kampf gegen die russischen Besatzer aufgenommen haben.

Dieser Unabhängigkeitskampf war zunächst nationalistisch geprägt. Der tschetschenische Islam hatte unter Stalin nur im Untergrund und dank eines alt eingewurzelten Bruderschaftswesens überlebt. Später bildete der Islam jedoch, unterstützt durch wahhabitische Hassprediger aus Saudi-Arabien, die Speerspitze des die eigenen Religionsgenossen und Nationalisten nicht schonten, wenn sie sich nicht dem eigenen Diktat unterwarfen. Heute bekämpfen sich im Kaukasus nicht mehr Russen und Tschetschenen, sondern Tschetschenen untereinander.



Einer der vielen dschihadistischen Tschetschenen, die vor allem im Islamischen Staat im militärischen Bereich Führungsrollen übernommen haben: Der 1986 in Birkiani geborene Omar al-Schischani Bild: pa

Kampfes gegen die russischen Besatzer. Was sich in Tschetschenien ereignete, war die Übernahme einer nationalistischen Bewegung durch eine transnational-religiösideologische Bewegung. Die Tatsache, dass Tschetschenen Muslime waren, war das Einfallstor, durch das sich Al Kaida Zutritt in den Kaukasus verschaffte. Dadurch wandelte sich auch der ehemals tolerante Islam der Bruderschaften in einen extremistischen der Salafisten, die selbst sie zur Frage der Gewalt stehen, wurde bei den Asylverfahren nicht geprüft. Dank ihrer Bruderschaften konnten sich bald auch in Westeuropa gut eingeführte Netzwerke für den Salafismus und Dschihadismus unter den tschetschenischen Flüchtlingen heraus-

Die ständigen Kriege der letzten 25 Jahre haben viele Tschetschenen zur Flucht nach Westeuropa

> Vielen gewährten die USA oder Westeuropa bereitwillig Asyl

und den USA veranlasst, wo sie bereitwillig Asyl erhielten, weil es sich ja um Verfolgte handelte. Wie

bilden. So haben die tschetschenischen Dschihadisten im letzten Jahrzehnt auf den Schlachtfeldern des Heiligen Krieges, sei es in Afghanistan, im Irak oder in Syrien, einen fast legendären Status als Kämpfer erhalten. „Tschetschene“ wurde zum Synonym für militärisch kompetenter Dschihadist. Die tschetschenischen Kämpfer haben eine militärische Kultur entwickelt, die mehr an Russen als an Araber erinnert. Daher auch ihr Ruf, dass sie auf dem Schlachtfeld eine höhere Effektivität zeigen. Vor allem im Islamischen Staat (IS) haben die Tschetschenen im militärischen Bereich Führungsrollen übernommen, wie Omar al-Schischani aus dem Pankissi-Tal in Georgien, der in der georgischen Armee sein Kriegshandwerk gelernt hatte.

Nicht nur auf dem Schlachtfeld agieren Tschetschenen intelligenter und umsichtiger als etwa Araber oder Türken. Auch auf dem Gebiet des Terrors entwickelten Tschetschenen eine eigene Intelligenz, was die Boston-Marathon-Attentäter bewiesen, die vorher nie als Islamisten in Erscheinung getreten waren. In Westeuropa haben Tschetschenen dank ihrer internationalen Vernetzung und ihres europäischen Äußeren eine führende Rolle im Dschihad übernommen, vor allem in Belgien, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich. Auffallend oft findet man sie in Grenzgebieten, wie dem Elsass, Ostbelgien oder Österreich. Allein 15 000 Tschetschenen leben in Wien, 30 000 in ganz Österreich. Das ist die größte Kolonie außerhalb Tschetscheniens. Keine Volksgruppe hat in Österreich je einen so rapiden Imageverlust erlebt wie Tschetschenen, so rasant ist der Anteil dieser zunächst sehr beliebten, weil integrationswilligen Volksgruppe zunächst an den kriminellen und dann an den islamischen Verbrechen gewachsen. Aus Österreich sind allein 100 Tschetschenen in den Dschihad nach Syrien oder den Irak gezogen, fast alle waren sie Asylbewerber, viele davon schon anerkannt. *Bodo Bost*

Wie Krieg und Terror Deutschland bedrohen

Fachtagung des Bundes Deutscher Kriminalbeamter mit hochrangigen Sicherheitsexperten in Berlin

Krieg und Terror im Namen Allahs – auch in Deutschland!?“ hieß das Thema der diesjährigen „Berliner Sicherheitsgespräche“ des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK). Der Untertitel der Tagung mit hochrangigen Experten lautete: „Die begrenzten Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Islamismus“. Bundesinnenminister Thomas de Maizière verkündete, was ohnehin jeder weiß, nämlich dass es „keine totale Sicherheit“ vor terroristischen Anschlägen gibt. Dass die innere Sicherheit aber auch durch Personalabbau bei den Behörden verringert wurde, verdeutlichte BDK-Bundesvorsitzender André Schulz. Seit dem Jahr 2000 seien über 15 000 Stellen allein bei der Polizei abgebaut worden. Ein weiterer Abbau von mehreren Tausend Stellen sei geplant. „Allein bei der Kriminalpolizei fehlen rund 10 000 Personen“, erklärte Schulz. Der Personalabbau bei den Sicherheitsbehörden – für den vor allem die Bundesländer verantwortlich sind – rächt sich jetzt auch bei der Bekämpfung von gewaltbereiten Islamisten.

Die Behörden schätzen, dass mindestens 600 Personen aus Deutschland in die vom Islamischen Staat (IS) kontrollierten Gebiete in Syrien und dem Irak ausgereist sind. De Maizière sagte, im Vergleich zur Bevölkerungszahl seien dies weniger IS-Unterstützer als aus Frankreich oder Belgien. „Das Besorgniserregende ist“, erklärte er, „dass die Zahlen weiter steigen.“ Und dies „trotz der Berichterstattung über den IS“ in unseren Medien und „trotz der Ermordung von Geiseln bis in die letzten Tage hinein“. Der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Holger Münch, erklärte, der „Ausreisedruck“ aus Deutschland halte weiter an, also die Werbung für den IS und die Aufrufe, sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen. Das BKA schätzt die Größe der „islamistisch-terroristischen“ Szene in Deutschland auf 1000 Personen.

Die meisten zum IS ausgereisten Islamisten stammen aus NRW – den Angaben zufolge 160. Aus Berlin sind über 80 Personen in die IS-Gebiete ausgereist. Schon letzten November hatte Staatssekretär Bernd Krömer im Berliner Abgeordnetenhaus erklärt: „Neben den bekannten ausgereisten Berliner Islamistinnen und Islamisten muss davon ausgegangen werden, dass ein quantitativ nur schwer zu bestimmendes Dunkelfeld von Personen vorhanden ist,



Nahmen an der Konferenz teil: Hans-Georg Maaßen, Holger Münch und Harald Range (v.l.) Bild: M.L.

die ebenfalls ausgereist sind, aber noch nicht in den Fokus der Sicherheitsbehörden geraten sind.“

Die Zahl islamistischer „Gefährder“ in Deutschland – Personen, bei denen Tatsachen die Annahme begründen, dass sie erhebliche Straftaten begehen könnten, auch Anschläge – ist durch Rückkehrer aus dem Nahen Osten rapide gestiegen. Die Behörden gehen von derzeit 200 Rückkehrern aus, eine genaue Zahl kennt man bisher nicht. BDK-Chef Schulz erklärte: „Wir wissen im Regelfall nicht, wer sich von diesen Personen friedlich verhalten wird, wer traumatisiert ist und selber Hilfe benötigt, und wer davon eine tickende Zeitbombe ist.“

Scharfe Kritik äußerte Schulz an Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD), der die Vorratsdatenspeicherung ablehnt. Diese sei unverzichtbar, wenn man erfolgreich Verbrechen vorbeugen oder aufklären wolle. Dies gelte nicht nur für den Terrorismus, sondern für eine Vielzahl weiterer schwerer Straftaten.

Laut Staatssekretär Krömer wurde in Berlin für Personen, die ein IS-Ausbildungslager durchlaufen haben, ein „Rückkehrer-Konzept“ erstellt. Ziel sei vor allem, einen Anschlag zu verhindern. Zugleich werde damit versucht, die Szene beziehungsweise Strukturen in Berlin aufzuhellen. Laut BDK sind jedoch Polizei und Verfassungsschutz „nicht einmal ansatzweise in der Lage, als gefährlich eingestufte Islamisten wirkungsvoll oder gar rund um die Uhr zu bewachen“. Die Zahl der deutschlandweit bekannten Gefährder wird mit 230 angegeben. Die salafistische Szene, aus der die meisten IS-Kämpfer rekrutiert werden, wächst weiter.

Wie Generalbundesanwalt Harald Range auf der BDK-Tagung mitteilte, sind derzeit 20 Islamisten in Untersuchungshaft und fünf Anklagen erhoben. Es würden über 80 Verfahren geführt, die Zahl habe sich innerhalb eines Jahres verzehnfacht. Bereits im Dezember hatte Range erklärt, dass sich seine Behörde an der Grenze ihrer Kapazitäten bewege. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, antwortete auf die Frage, wie die deutsche Islamisten-Szene auf die Morde von Paris reagiert habe: „Mit wilder Euphorie.“ Bereits seit 2013 sei ein „Grundrauschen“ aus der Szene lauter geworden, was mögliche Anschläge auch in Deutschland betreffe, doch habe man dazu bislang keine konkreten Hinweise. *Michael Leh*

Immigration nach Punkten

Im Zuge der Diskussion um ein Einwanderungsgesetz schauen viele nach Kanada

Als die Alternative für Deutschland (AfD) während des Bundestagswahlkampfs 2013 eine Einwanderung nach „kanadischem Modell" forderte, galt dies vielen Kommentatoren und Politikern als „fremdenfeindlich" oder „populistisch". Rund zwei Jahre später gilt das kanadische Punktesystem als gesellschaftsfähig. CDU-Generalsekretär Peter Tauber klingt interessiert und der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel findet es „nachdenkenswert".

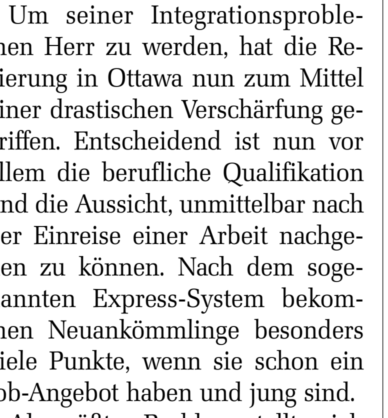
Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Thomas Oppermann, tritt in dieser Woche eine Reise nach Kanada an, um die dortigen Verhältnisse zu inspizieren: „Ich freue mich, dass die Debatte über Einwanderung in Deutschland richtig Fahrt aufgenommen hat. Viele unterschätzen die gewaltige Dramatik für die Volkswirtschaft, wenn in den nächsten zehn Jahren 6,7 Millionen Arbeitskräfte ausscheiden, die nicht ersetzt werden können", sagte er der Nachrichtenagentur DPA.

In Kanada werden Fachkräfte nach einer festen Quote und Kriterien wie Alter, Qualifikation oder Sprachkenntnissen angeworben. Ein vergleichbares System hatte Oppermann für die Zuwanderung von Fachkräften aus Ländern außerhalb der EU vorgeschlagen.

Dabei sind die Grundvoraussetzungen gänzlich anders. Kanada verfügt über eine lange Einwanderungstradition. Rund 20 Prozent der 35 Millionen Einwohner haben nichtkanadische Wurzeln, derzeit kommen rund 250000 Einwanderer pro Jahr. Kern des kanadischen Modells war über Jahre ein Punktesystem, das klar auf hoch qualifizierte Fachkräfte ausgerichtet war. Wer die oben aufgeführten Kriterien erfüllte, konnte auch ohne Jobangebot einreisen.

Dieses Modell wurde vielfach als vorbildlich beschrieben, doch in den vergangenen Jahren hat der Lack Kratzer bekommen. Bis in die späten 70er Jahre wanderten noch hauptsächlich Europäer ein, mittlerweile haben sich die Herkunftsländer deutlich verändert. Die meisten Zuwanderer kommen nun aus China, gefolgt von Indien und Pakistan, der Zuzug aus Europa und aus den USA hat hingegen stark abgenommen.

Kanada hatte sich stets das Recht herausgenommen, eine „bedarfsgerechte Immigration" durchzuführen, vereinfacht ausgedrückt: „Wer nutzt, darf kommen." Darüber, was den Nutzen für die kanadische Gesellschaft ausmacht, wurde in der Vergangenheit oft gestritten. Häufig, so heißt es, seien Immigranten danach ausgesucht worden, ob sie „gute Bürger" sein könnten. Zwar war die durchschnittliche Qualifikation der Einwanderer höher als beispielsweise im EU-Raum, doch in Sachen Integration ging einiges schief. In den Großstädten haben sich Immigrantenghettos gebildet, Chinesen, Inder oder Pakistaner tragen Konflikte untereinander aus oder geben Vorurteile an ihre in Kanada geborenen Kinder weiter. Auch sind die Englischkenntnisse der Neu-Kanadier aus Sicht der einheimischen Wirtschaft nicht ausreichend.



Kanada erstrebt eine »bedarfsgerechte Einwanderung«

Die entscheidende Schwäche des alten Punktesystems, das sich in der Bundesrepublik gerade steigender Beliebtheit erfreut, war offenkundig, dass die Nationalität des Bewerbers keine Rolle gespielt hat. Die Integrationsprobleme sind so wohl erst ermöglicht worden. Dabei hatten 2012 dank der gesteuerten Zuwanderung in Kanada 45 Prozent derjenigen, die in den vorausgegangenen fünf Jahren zugewandert waren, einen Universitätsabschluss, in Deutschland waren es nur 32 Prozent. In Kanada waren zu diesem Zeitpunkt 74,9 Prozent der Einwanderer berufstätig, In Deutschland nur 68,7 Prozent.

Um seiner Integrationsprobleme Herr zu werden, hat die Regierung in Ottawa nun zum Mittel einer drastischen Verschärfung gegriffen. Entscheidend ist nun vor allem die berufliche Qualifikation und die Aussicht, unmittelbar nach der Einreise einer Arbeit nachgehen zu können. Nach dem sogenannten Express-System bekommen Neuankömmlinge besonders viele Punkte, wenn sie schon ein Job-Angebot haben und jung sind.

Als größtes Problem stellte sich bisher nämlich heraus, dass viele Einwanderer ihre ausländischen Studienabschlüsse von kanadischen Arbeitgebern nicht anerkannt bekamen. Beispiele wie das eines indischen Ingenieurs, der als Taxifahrer endete, sind keine Seltenheit. Von den Personen mit Universitätsabschluss, die seit 2009 nach Kanada eingewandert sind, sind zwölf Prozent arbeitslos. In der kanadischen Gesamtbevölkerung ist der Anteil der Arbeitslosen an den Akademikern mit 4,6 Prozent dagegen deutlich niedriger. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass die Einwanderer mit Hochschulabschluss nicht besser in den Arbeitsmarkt integriert sind als die in Kanada sehr begehrten eingewanderten Pflegefachkräfte ohne akademische Abschlüsse.

Die bisherige Quotenregelung bei der Zuwanderung ist modifiziert worden. Teilweise mussten Einwanderer monatelang warten, weil das Kontingent erschöpft war. Ob das neue System, das sich vereinfacht auf die Kriterien Alter, Sprache, Arbeitsplatz reduzieren lässt, in Deutschland durchsetzbar ist, darf bezweifelt werden.

Peter Entinger



Wer nutzt, darf kommen. Eine kanadische Familie spanischer Herkunft nach der Einbürgerungszeremonie Bild: Getty

MELDUNGEN

Ende nach 70 Jahren

Stuttgart – Da der Deutsche Caritasverband die Aufgabe des Kirchlichen Suchdienstes (KSD) als erfüllt ansieht, soll er die Arbeit nach 70 Jahren zum 30. September einstellen. Seit 1945 hatte sich der KSD um die Suche nach vermissten Zivilisten aus den Vertreibungsgebieten gekümmert und getrennte Familien wieder zusammengeführt. In über 20 Millionen Datensätzen können die Wege der Vertriebenen nachvollzogen sowie Adressen von Angehörigen ermittelt werden. Diese Daten sollen ans Bundesarchiv übergeben werden und der Öffentlichkeit zugänglich bleiben. BdV-Präsident Bernd Fabritius bedauert die Schließung des KSD, da wegen des großen Interesses der jüngeren Generation am Schicksal ihrer Vorfahren die Arbeit des Suchdienstes weiter unerlässlich sei. *MRK*

Weiter Kasse mit der Lkw-Maut

Berlin – Die Bundesregierung will mit der Lkw-Maut auch weiterhin ordentlich Kasse machen. Dazu hat sie einen Entwurf zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes vorgelegt. Danach soll zum 1. Juli 2015 die Mautpflicht für Lkw auf weitere rund 1100 Kilometer „vierstreifige Bundesstraßen" ausgedehnt werden. Außerdem soll zum 1. Oktober die Mautpflichtgrenze von zwölf Tonnen zulässiges Gesamtgewicht auf 7,5 Tonnen gesenkt werden. Aufgrund des neuen Wegekostengutachtens seien die Mautsätze zum 1. Januar gesenkt worden, dies führe zu einer Einnahmelücke von insgesamt rund 460 Millionen Euro im Zeitraum 2015 bis 2017. Um diese zu schließen solle die Mautpflicht ausgedehnt werden, heißt es zur Begründung. Derzeit wird auf knapp 13000 Kilometern Autobahnen und rund 1200 Kilometern Bundesstraßen die Lkw-Maut erhoben. *J.H.*

Es soll weitergehen

Gute Laune beim Pegida-Spaziergang vergangenen Montag

Der schrille Jubel über ein vermeintliches Nachlassen des Drucks von der Straße lässt vermuten, dass dort weiterhin Mut und Unbeirrbarkeit gebraucht werden, um die Wende unumkehrbar zu machen. Wie es sich angefühlt hätte, wenn eine unvermutet wiedererstarkte DDR-Obrigkeit im Dezember 1989 nach wenigen Wochen die runden Tische wieder aufgelöst hätte, das war ansatzweise am 3. Februar in Meißen zu erahnen. Die Evangelische Akademie und der stellvertretende Ministerpräsident Martin Dulig hatten zum Bürgergespräch „Vier Monate ‚Pegida' – was nun?" ins Rathaus eingeladen. Weil aber auch die Initiatoren der Pegida-Abspaltung DDfE dazu erscheinen wollten, wurde die Veranstaltung kurzerhand abgesagt. Die „Direkte Demokratie für Europa" hat sich dann am Sonntag in Dresden als eine leichtwegtolerierbare Erscheinung erwiesen. Ganz offensichtlich hat man sich trotz Meinungsverschiedenheiten im Guten getrennt und den ausgetretenen Mitgliedern wurde von Freunden nahegelegt, entsprechend ihrer Haltung weiter zu machen. Das haben sie nun versucht. Doch die Reden waren floskelhaft und schwunglos. René Jahn betonte immerhin: „Wir wissen, dass heute viele da sind, die morgen bei Pegida sind und das ist gut so." Man wolle sich gegenseitig nichts streitig machen, denn „Montag ist Pegida-Tag!" Es ist eine Abschiedsveranstaltung auf dem sonnigen Neumarkt.

Am Abend darauf zeigte sich dann auch trotz scheußlichen Nieselwetters gute Laune im Fahnenmeer. Offenbar ist jetzt der Weg frei, um mit größerer rhetorischer Brillanz eine Haltung zu beweisen. Die Stärke dieser Bewegung war ihre Unerschrockenheit. Ein Rückzug von Lutz Bachmann hätte damit gebrochen und die Glaubwürdigkeit entscheidend eingeschränkt. Nun hat er sich als geschickter Moderator einer stationären Kundgebung zurückgemeldet. Einen „Rechtsruck" werde es nicht geben. Während in der Vergangenheit manches Mal geschimpft wurde um dem berechtigten Verdruss ein kurzzeitiges Ventil zu verschaffen, haben die Hauptbeiträge von Tatjana Festerling und Götz Kubitschek diesmal dazu beigetragen, dass die Versammelten ihrer Situation besser inne werden. So begnügte sich Festerling mit ihren scharfen Worten nicht mit einer allgemeinen Politikerschelte. Sie schilderte, wie eine verhängnisvolle Negativ-Auslese der Parteihierarchien die Politik zum Stillstand bringt. Mit Extremisten am rechten und linken Rand würden die Menschen dazwischen in Schach gehalten. Sie empfahl denen, welche die Demonstranten verunglimpfen, eine Therapie um ihre „Nazi-Obsessesion in den Griff zu bekommen". Götz Kubitschek veranschaulichte den Zuhörern die Vision eines neuen Menschen, der den alten Adam wieder einmal ersetzen soll. Den Mitteln zum Zweck, der Verwischung der Geschlechter, der Auflösung von Bildung und Kultur sowie der Veränderung der Gesellschaft, ließ er durch die Versammelten dreimal ein tausendstimmiges „Nein" entgegen schallen. Zuletzt ergänzte die Kuppel der Frauenkirche von den Lichtern der emporgehaltenen Mobiltelefone. Die Verachtung des Eigenen müsse ein Ende haben, forderte Kubitschek. Dafür braucht es gewiss noch einige Monate Bewegung. Am nächsten Montag soll dann wieder durch Dresden spaziert werden. *Sebastian Hennig*

Der Wille, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, ist spürbar

Christen werden bevorzugt

Saarland: Beschleunigte Asylverfahren wegen islamistischer Gewalt

Immer mehr islamistische Asylbewerber strömen nach Deutschland und teilen sich Unterkunft und Wohnungen mit geflüchteten Christen und Jesiden, die sie noch vor Kurzem verfolgt haben. Im Saarland sollen jetzt christliche Flüchtlinge nicht mehr mit muslimischen zusammen untergebracht werden, nachdem bekannt geworden war, dass muslimische Flüchtlinge auch in Deutschland weiter Druck auf die geflohenen Christen ausüben und diese beleidigen.

Die saarländische Landesaufnahmestelle für Asylbewerber in Lebach liegt direkt neben einer Bundeswehrkaserne und einer Polizeistation. Trotzdem soll einer der islamistischen Bombenbastler der Madrider Anschläge von 2004 eine Zeitlang hier unbehelligt gelebt haben. Hier leben derzeit 1300 Flüchtlinge, die überwiegende Mehrheit muslimischen Glaubens. Die etwa 30 dort lebenden Christen aus Syrien und dem Irak beklagten sich zunächst gegenüber dem Assyrischen Kulturverein, sie seien von Islamisten beleidigt und bedroht worden. Aus Angst vor den Islamisten sagten sie erst nach einigem Zögern auch vor der Polizei aus, die ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen sowie wegen des Verdachts der Körperverletzung einleitete und Zeugen vernahm. Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen übernommen.

Obwohl das saarländische Innenministerium erklärte, es lägen „keine konkreten Hinweise auf eine Gefährdung der Sicherheitslage in der Landesaufnahmestelle" vor, hat der neue saarländische Innenminister Klaus Bouillon (CDU), der bekannt ist für sein schnelles und beherztes Durchgreifen, die Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Lebach angewiesen, die Asylverfahren von Christen aus dem Irak und Syrien „mit Priorität" zu bearbeiten, damit diese Flüchtlinge möglichst rasch die Landesaufnahmestelle verlassen und in den Kommunen unterkommen können. Zudem soll bei der Caritas-Beratungsstelle in der Landesaufnahmestelle eine Anlaufstelle eingerichtet werden, die vertraulich Hinweise auf Gefährdungen und besondere Vorfälle entgegennimmt und Betroffene berät.

Flüchtlingsrat und Grüne sehen »sozialen Frieden« in Gefahr

Die beabsichtigte Bevorzugung von Christen bei der langwierigen Asylprozedur hat den Saarländischen Flüchtlingsrat, der sich seit Jahren für die Schließung des Lagers einsetzt, auf den Plan gerufen. Schon lange gäbe es im Lager Probleme beim Zusammenleben, die man nicht kleinreden dürfe, heißt es dort. Dennoch lehnt er die Pläne des Innenministers ab. Auch die Grünen-Landtagsfraktion warnte Bouillon davor, Christen in der Landesaufnahmestelle mit Priorität zu behandeln. Dadurch würden Muslime diskriminiert. Bouillon gefährde mit dieser Entscheidung den „sozialen Frieden in der Aufnahmestelle".

Die saarländische CDU und Teile der SPD verteidigten das Vorhaben dagegen: Wenn Flüchtlinge Drohungen und Beleidigungen ausgesetzt seien, dann stelle es keine Bevorzugung dar, deren Anträge schneller zu behandeln, sagte CDU-Generalsekretär Roland Theis. Und er ging sogar noch weiter: „Wer Hass und religiösen Fundamentalismus mitbringt, der muss zügig wieder abgeschoben werden", so Theis. *B.B.*

Zeitzeugen



John Diefenbaker – Der charismatische Ex-Premierminister (1957–1963) war halb Deutscher, halb Schotte. Der Baptist wurde 1895 in Neustadt, Ontario, geboren. Er verzog später nach Saskatchewan, wo er neben Ottawa seine zweite Machtbasis aufbaute. Als Kanadas Premier betrieb er mit dem ebenfalls deutschstämmigen US-Präsidenten Dwight Eisenhower auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges Westdeutschlands Integration ins westliche Bündnis. Er war es auch, der schon früh die Internierungen von deutschstämmigen Kanadiern verurteilte sowie Deutsche und Ukrainer in Kanada förderte.



Ed Schreyer – Der in Kanada geborene Edward Schreyer (1969–1977 Premier der Prairie-Provinz Manitoba, 1979–1984 Generalgouverneur von Kanada) ist der höchstrangige Politiker stets deutscher Herkunft. Seine Eltern waren Katholiken deutscher und österreichischer Herkunft, die Großeltern waren Bürger der Donaumonarchie, die aus Ost-Galizien, der heutigen West-Ukraine, emigrierten. Infolgedessen wird Schreyer gleich von mehreren ethnischen Gemeinschaften in Kanada als ihr Landsmann vereinnahmt.

Ralph Klein – Unvergesslich ist Albertas langjähriger Premier Ralph Klein (1992–2006), scherzhaft „King Ralph“ genannt. Er wurde 1942 in Calgary geboren, 2013 verstarb er. Seine Vorfahren stammen aus Remlingen, Unterfranken. Als Bürgermeister brachte er 1988 die Olympischen Winterspiele nach Calgary. Er förderte die Wirtschaft der gasreichen Provinz.



Tony Bergmeier – Der Präsident des Deutschkanadischen Kongresses ist einer der führenden Deutschen in Kanada, deren Vorfahren nicht aus Osteuropa stammen. Bergmeier wurde 1934 in München geboren, ist von Beruf Stukkateur. Er legte seine Meisterprüfung in der Königlichen Residenz ab. Seit 1957 lebt er in Kitchener, Ontario. Er ist zugleich Vizepräsident der Deutschen Weltallianz und zusammen mit Kitcheners Bürgermeister Carl Zehr Initiator des Christkindlmarktes und Förderer des Kitchener Oktoberfests.

Eine Erfolgsgeschichte

Vertriebene aus den Ostgebieten wurden wegen ihrer Integrationsfähigkeit geschätzt

Wussten Sie, dass in Kanada Karneval und Fasching in den Clubs und Bierhallen das ganze Jahr über gefeiert wird? Karneval ist nicht nur ein Fest, sondern eine Lebensart, die man von den Deutschen erwartet. Das Oktoberfest hingegen verbindet Kitchener-Berlin und andere kanadische Städte einmal im Jahr mit München. Dass die Deutschen nicht nur in Seppelhosen und Dirndel auftreten, das zeigte schon Justin Bieber, gegenwärtig der wichtigste Exportschlager Kanadas.

Wie stark die Deutschen Kanadas Politik, Wirtschaft und Kultur wesentlich mitgeprägt haben, ist nur wenigen bekannt.

Zwischen Deutschland und Kanada gibt es schon seit Langem ausgezeichnete Beziehungen. Kanada war eines der Länder, die trotz Einmischungsversuche der Kommunisten Mitte der 1970er Jahre die Anerkennung der DDR möglichst lange hinauszögerten, und die nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 vorbehaltlos die deutsche Vereinigung unterstützten. Geschickterweise ließ sich Kanada in den Jahren 2008 bis 2012 durch einen deutschstämmigen Botschafter in Berlin, Peter Böhm, der zwar in Kitchener, Ontario, dem früheren „Berlin“, geboren wurde, dessen Vorfahren aber aus Siebenbürgen stammen, vertreten.

Die Deutschkanadier genießen in Kanada einen guten Ruf aufgrund ihres Erfolges sowie ihrer Integrations- und Anpassungsfähigkeit. Die meisten haben sich in den Städten der anglo-frankophonen Leitkultur angepasst und machten Karriere in Politik, Wirtschaft und Kultur.

Deutsche bilden in Kanada die größte Diasporagruppe

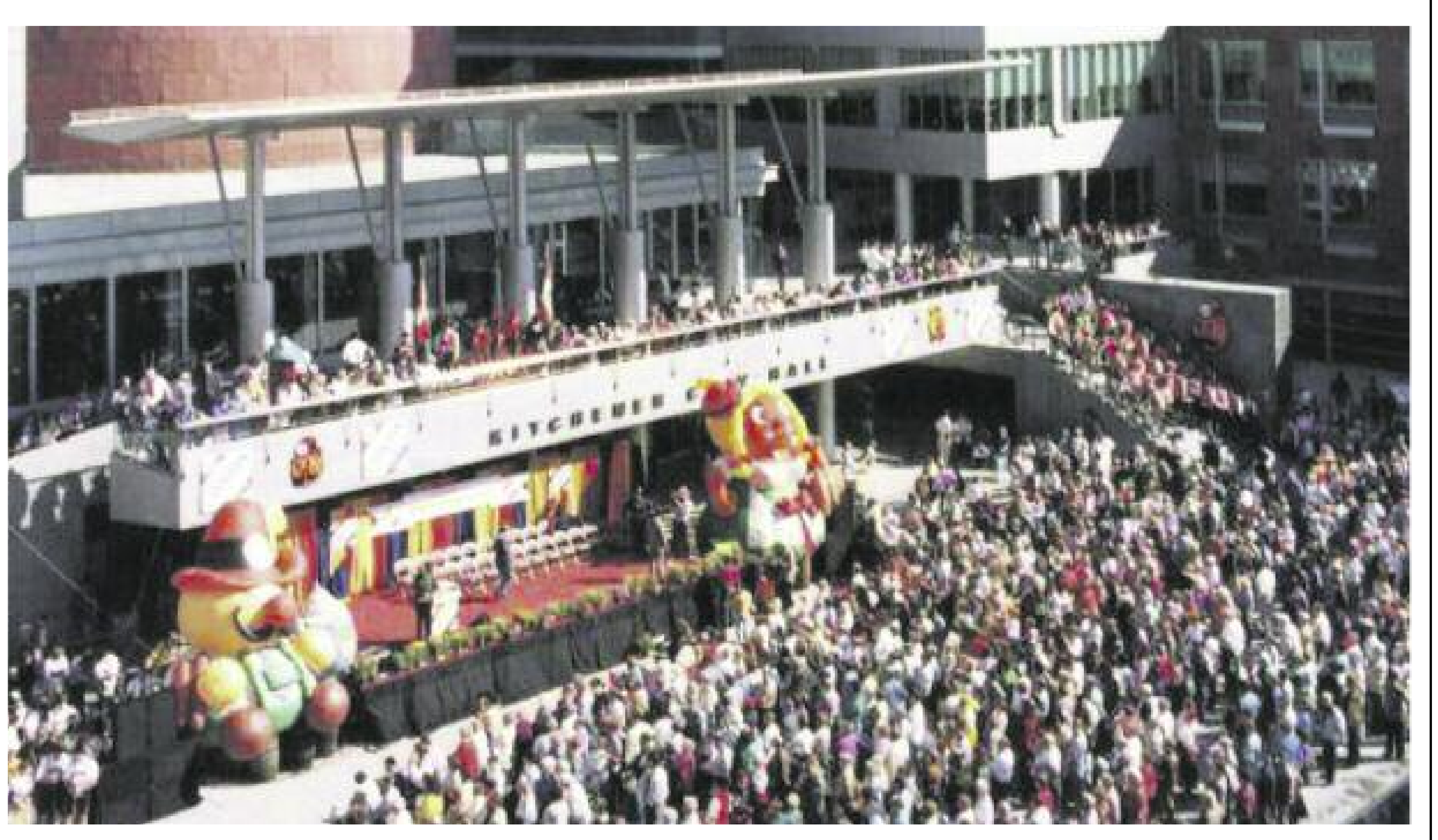
Viele der aus Osteuropa eingewanderten „Deutschen“ verkörpern wie der Generalgouverneur Ed Schreyer in ihrer Person das ethnische Gemisch ihrer Heimat und fühlen sich immer noch ihren Herkunftsregionen in Russland, der Ukraine oder auf dem Balkan stärker verbunden als ihrer Ursprungsheimat Deutschland. Sie halten auch in Kanada freundschaftliche Beziehungen zu anderen Einwanderern aus Osteuropa wie Ukrainern, Polen, Russen, Balten und Juden. Natürlich stammen nicht alle Deutschen aus Osteuropa, sondern auch aus Deutschland, darunter der große Block der Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, sowie aus den USA, Südamerika und vielen anderen Regionen der Welt.

Die Deutschen sind mit ihren Kulturinstitutionen, mit den Goethe-Instituten und den Germanistik-Zentren an den Universitäten, der Botschaft in Ottawa und mehreren Konsulaten, der Deutschkanadischen Handelskammer, dem Deutschkanadischen Kongress (DKK), der Vereinigung der Donau-schwaben und einer unendlichen Vielfalt an Klubs weithin präsent.

Die Deutschen bilden Kanadas größte Diasporagruppe. Mit 3,5 Millionen von 35 Millionen Kanadiern sind die Deutschkanadier, sei es in einliniger oder gemischter Herkunft, hinter Briten und Franzosen die drittstärkste Gruppe im Land.

Nach verbreiteten Angaben leben in Ontario 1144 560, in Alberta 679 700, in British Columbia 561 570, in Saskatchewan 286.045, in Manitoba 216 755, in Quebec 131 795 sowie in den Meeresprovinzen wie Nova Scotia 150 135 und den Nordwestterritorien 8880 Kanadier deutscher Herkunft. Die fünf Hochburgen der Deutschen sind: Toronto mit 220 135, Vancouver mit 187410, Winnipeg mit 109 355, Kitchener mit 93 325 und Montreal mit 83 850 Deutschstämmigen.

Hans-Joachim Hoppe



Feststimmung in Kitchener: Deutschkanadier feiern in Anwesenheit von Albertas Premier Ralph Klein
Bild: Archiv

Interniert in kanadischen Lagern

Während der beiden Weltkriege wurden meist willkürlich ausgewählte Deutsche in Kanada als „Feinde“ zu Tausenden in sogenannte „Internierungslager“ gesteckt, die ähnlich wie in Russland nach Art eines „Archipel Gulag“ in einem Bogen über die Weiten des Landes angelegt waren.

Im Ersten Weltkrieg waren Kanadier aller Nationalitäten, die aus dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn oder den mit ihnen verbündeten Staaten kamen, betroffen – neben den Deutschen waren es auch Ukrainer, Polen, Ungarn, Bulgaren und Türken. Im Zweiten Weltkrieg traf es vor allem Deutsche, Japaner und Italiener. Zwischen 1940 und 1945 sollen ungefähr 37 000 deutsche und italienische Kriegsgefangene von den Alliierten in etwa 40 überwiegend abgelegenen Lagern interniert worden sein. Die meisten Lager wie auch die Zahl der Gefangenen wurden geheim gehalten. Es gibt zwar einige deutschkanadische Amateurschriftsteller, die ihre Lagerzeit im Nachhinein beschönigen, Tatsache ist aber, dass die Arbeit in den Wäldern als Holzfäller, in Bergwerken, beim Eisenbahnbau oder an der Küste kein Zuckerschlecken, sondern sehr hart war.

Staat hat das Unrecht anerkannt

Heute fordern Kanadier deutscher, ukrainischer und japanischer Herkunft vom kanadischen Staat Rehabilitation und Entschädigung für erlittenes Unrecht, denn sie wurden meist nicht wegen Kollaboration mit ihren Heimatländern oder konkreter Straftaten in die Lager gesperrt, sondern allein aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Der kanadische Staat hat inzwischen dieses Unrecht anerkannt und eine Stiftung zur Aufarbeitung dieser unrühmlichen Vergangenheit gegründet. *HJH*

Starke Interessenvertretung

Hunderte Organisationen kümmern sich um Belange der Deutschen

Hauptvertretung der Deutschen in Kanada ist der Deutschkanadische Kongress (DKK) mit Verbänden in fast allen Provinzen. Da ein Großteil der Deutschkanadier Flüchtlinge und Vertriebene aus Mittel- und Osteuropa und deren Nachfahren sind, will der DKK das Bewusstsein über das Unrecht der Vertreibung von über 14 Millionen Deutschen aufrechterhalten. Zusammen mit den Ukrainern forderte der DKK, das neue Menschenrechtsmuseum in Winnipeg nicht nur dem Holocaust an den Juden, sondern allen Massenmorden, darunter auch den zwei Millionen Opfern der Vertreibung zu widmen. (siehe *PAZ* Nr. 40/2014, Seite 6).

Zusammen mit den Verbänden der Ukrainer, Italiener und Japaner fordert der DKK von der kanadischen Regierung Rehabilitation und Wiedergutmachung für die willkürliche Internierung von Zehntausenden kanadischen Bürgern während der beiden Weltkriege allein wegen ihrer Herkunft. Der DKK sieht sich als Wächter über die Wahrung der deutschen Sprache und Kultur in Kooperation mit den deutschen Vertretungen, Schulen und Instituten. Im DKK hatte bislang eine Gruppe von älteren konservativen Aktiven im Zentralverband und in den Provinzen die Führung inne. Während Tony Bergmeier, 80 Jahre alt, als Präsident des DKK die Stellung hält, hat in den Provinzen eine neue Generation die Führung übernommen wie in Ontario die Unternehmerin Andrea von Moeller.

Museum soll auch an das Leid der Vertriebenen erinnern

Nach deutsch-US-amerikanischem Vorbild entstanden ab 1913 über die Jahrzehnte mehrere Dachorganisationen, welche die deutsche Tradition hochhielten und für soziale Einrichtungen, wie Sonnabendschulen für Kinder sorgten. 1994 erreichte diese Entwicklung mit 94 Verbänden mit 20 000 Aktiven und 40 000 Mitgliedern ihren Höhepunkt. 1977 war der Zulauf wegen einer Führungskrise in der Dachorganisation abrupt eingebrochen. 1984 wurde nach der Einführung des Multikulturalismus in Kanada und der Bereitstellung von staatlichen Förderungen der Deutschkanadische Kongress gegründet als offizielle Vertretung der Kanadier deutscher Herkunft. 1994 verfügte der Kongress schon über mehrere Regionalorganisationen in Nova Scotia, Ontario, Manitoba, Alberta, Saskatchewan und British Columbia mit insgesamt 550 Mitgliedsverbänden, Klubs, 130 Kirchen, 100 deutschen Schulen, 20 Seniorenheimen sowie Museen, Theatern, Banken und Kreditinstituten. Als Dachorganisation der 15 Millionen Auslandsdeutschen sieht sich die „Deutsche Weltallianz“, der die Verbände Kanadas, der USA, Argentiniens sowie zahlreiche Landsmannschaften und auch der Bund der Vertriebenen, angehören.

Deutsche, Ukrainer, Russen, Polen und Balten bilden in Kanada neben der anglo- und frankophonen Oberschicht einen informellen „dritten Block“, dessen Interessen die kanadische Regierung durch den sprichwörtlichen Multikulturalismus und eine Deutschland und Osteuropa zugewandte Außenpolitik Rechnung trägt. *HJH*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Henkels späte Empörung

Islamistische Aktivitäten in Berliner Moschee nicht erst seit frauenfeindlicher Predigt bekannt



Von außen unscheinbar, doch seit Jahren Hochburg radikal-islamischer Umtriebe: Al-Nur-Moschee in Berlin-Neukölln

Bild: action press

Ein Imam hat in einer Predigt den Frauen jegliches Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen. Nach mehreren Strafanzeigen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Volksverhetzung. Obwohl die islamistischen Umtriebe in der Neuköllner Al-Nur-Moschee seit Langem bekannt sind, ziehen die verantwortlichen Spitzenpolitiker erst jetzt ein Vereinsverbot in Erwägung.

Sie hat viel zu lange auf sich warten lassen, dafür fiel die Reaktion des Berliner Innensenats auf die islamistischen Aktivitäten und Hetzreden in der Al-Nur-Moschee umso drastischer aus. Nach der frauenfeindlichen Hasspredigt des aus Ägypten stammenden Imams Sheikh Abdel Moez al Eila bezeichnete Innensenator Frank Henkel (CDU) derartige Äußerungen als „finstere religiöse Ideologie, abstoßend und eine Zumutung für jeden klar denkenden Menschen“. Der Prediger hatte verkündet, eine Frau müsse „kochen, den Boden wischen, sauber machen und sich um ihren Mann, ihre Söhne und ihre Töchter kümmern“. Sie dürfe nicht ohne Erlaubnis ihres Ehemannes arbeiten und nicht einmal das Haus verlassen. Außerdem sei es ihr „nicht gestattet, den Beischlaf mit ihrem Mann zu verweigern“.

Noch weiter als sein Senator ging Innenstaatssekretär Bernd Krömer (CDU). Äußerungen wie die des Predigers würde er „noch nicht einmal in der Steinzeit verorten, geschweige denn im 21. Jahrhundert“. Diese Art des Islam gehöre „gewiss nicht zu Deutschland“. Es sei ein Punkt erreicht, wo die Frage eines Vereinsverbots intensiv geprüft werden müsse. „Wenn es immer wieder zu Auffälligkeiten in bestimmten Vereinen kommt und sich der Eindruck verdichtet, dass hier ein Ort ist, an dem häufiger verfassungsfeindliche Ziele propagiert werden, dann wird man einem Vereinsverbot schon näher treten“, äußerte Krömer gegenüber dem Sender rbb. Allerdings schränkte er ein, dass diese Äußerungen allein nicht für ein Vereinsverbot ausreichen würden. Hierfür ist nach Aussage eines Sprechers des Berliner Verfassungsschutzes der Nachweis einer „aktiv kämpferischen Grundhaltung“ erforderlich. Dem Imam dagegen, der seit Dezember in der Al-Nur-Moschee predigt und den Berliner Sicherheitsbehörden bisher nicht aufgefallen sein soll, könnten „aufgrund seiner jetzt bekannt gewordenen Predigt Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ nachgewiesen werden.

> »Diese Art des Islam gehört gewiss nicht zu Deutschland«

Die Al-Nur-Moschee ist eine von dem Verein Islamische Gesellschaft Berlin e.V. betriebene Einrichtung. Ziel des Vereins ist es nach Angaben auf dessen Internetseite, den Berlinern die Möglichkeit zu bieten, „sich umfassend über die Religion Islam zu informieren“. Dabei gelte „das Bestreben, Aufklärung über den Islam zu vermitteln sowie Vorurteile und Missverständnisse abzubauen und eine gegenseitige Toleranz zu fördern“. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes ist der Verein jedoch in Wirklichkeit bestrebt, den Besuchern den Islam in radikalfundamentalistischer Auslegung zu vermitteln. Laut Verfassungsschutz ist die Al-Nur-Moschee Treffpunkt von Anhängern des Salafismus, die moderne Entwicklungen in Gesellschaft und islamischer Theologie kategorisch ablehnten.

Dass in der Al-Nur-Moschee regelmäßig islamistische Hetzreden gehalten werden, ist seit Langem bekannt. Bereits im Sommer vergangenen Jahres geriet das Gotteshaus in die Schlagzeilen, weil der aus Dänemark angereiste Imam Sheikh Abu Bilal Ismail in einer Predigt Juden als „Kriminelle“ bezeichnet und Allah um deren Vernichtung „bis zum Letzten“ gebeten hatte. Daraufhin gingen zahlreiche Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft ein, die wegen des Anfangsverdachts der Volksverhetzung ermittelte. Auch die dänische Polizei, die den Prediger der Grimhøj Moschee in Aarhus wegen seines Aufrufs an seine Gemeinde, sich dem Dschihad in Syrien anzuschließen, bereits im Visier hatte, schaltete sich ein. Laut der dänischen Zeitung „The Copenhagen Post“ hat Ismail seine Aussage später relativiert und behauptet, er habe nicht alle Juden gemeint, sondern „nur die, die Menschen in Gaza getötet“ hätten. Er habe Gott gebeten, die Juden zu töten, „die uns töten“. Dennoch hat die Berliner Staatsanwaltschaft nach Informationen der „Berliner Morgenpost“ inzwischen einen Strafbefehl wegen Volksverhetzung gegen Abu Bilal Ismail beantragt. Der Ausgang dieses Verfahrens werde, so Krömer, Auswirkungen auf das weitere Vorgehen gegen Abdel Moez al Eila haben.

Auch gegen ihn liegen inzwischen mehrere Strafanzeigen wegen Volksverhetzung vor. Die erste kam vom Türkischen Bund Berlin-Brandenburg e.V., einem überkonfessionellen und überparteilichen Dachverband von Organisationen und Einzelpersonen. Dessen Sprecherin Ayse Demir begründete die Anzeige damit, dass die Äußerungen des Imams darauf hinausliefen, „Vergewaltigungen von Frauen zu legitimieren“. Es bestehe der Verdacht der Beleidigung und der öffentlichen Aufforderung zur Gewalt.

Die Leitung der Al-Nur-Gemeinde scheint dagegen kein Problem mit den Hasstiraden ihrer Prediger zu haben. Ihr Vorbeter erklärte gegenüber dem rbb, al Eila habe keine Hasspredigt gehalten, sondern sei missverstanden worden. Er habe den Männern lediglich Tipps für eine Ehe ohne Probleme geben wollen und ihnen geraten, „sich mehr um ihre Frauen zu kümmern, selbst wenn es ihnen nicht gut geht“. Trotz dieser Interpretation hat die Gemeinde dem Imam mittlerweile ein Predigtverbot erteilt – wohl um den Behörden keine Handhabe für ein Vereinsverbot zu geben. *Jan Heitmann*

Unsere Misere

Von Theo Maass

Schwarzfahren ist „in“. Auch wenn Bahngesellschaften das Gegenteil plakatieren und behaupten, dies sei kein „Kavaliersdelikt“, werden Schwarzfahrer immer dreister. Zur besten Berufsverkehrszeit auf der vielbefahrenen „Ringbahn“ der Berliner S-Bahn weigerte sich ein renitenter Rentner ohne Fahrschein, den Zug zu verlassen, und krakeelte laut herum.

Drei Mitarbeiter der Bahn konnten ihn nicht bewegen auszusteigen, und so stand der Zug geschlagene 20 Minuten auf dem Bahnhof herum. Alle folgenden Züge standen demzufolge auch. Alsbald erhielt der Rentner lautstarke Unterstützung. Eine gutgekleidete Dame um die 40 befand, man solle den „alten Mann“ doch nicht so streng behandeln. In der Diskussion mit anderen Fahrgästen erwies sich, dass die „Gucci-Lady“ aus München stammte. Zwar seien dort die „schwarzen Sheriffs“ rabiater, aber die Bahnen sauberer. Ein zirka 16-jähriger Bio-Türke mit deutschem Pass („Fass mich nicht an, Nazischwein!“) erklärte, dass in der Türkei Schwarzfahrer weniger grob behandelt würden. Dort sei alles menschlicher. Schließlich erschienen drei Antifa-Kämpfer und sprachen dem Rentner Mut zu. Der Versuch, dem Rentner einen weggeworfenen Fahrschein zuzustecken, wurde von den aufmerksamen Bahnmitarbeitern unterbunden.

Langsam gesellten sich zur Unterstützerszene weitere alternativ aussehende Gestalten hinzu. Es bildete sich ein Kreis um die drei Bahnmitarbeiter. Die Situation wurde bedrohlich. Der Rentner glaubte nun, seine Chance erkannt zu haben, stand auf und versuchte, Zug und Bahnhof zu verlassen – immer wieder von den Bahnmitarbeitern aufgehalten und von den Antifa-Leuten meterweise vorwärts gebracht. Die Münchenerin fing an hysterisch zu kreischen, der Rentner sei krank und benötige dringend einen Arzt. Das sei unterlassene Hilfeleistung, schrie sie aus Leibeskräften.

Aber was war dann? Drei Bundespolizisten eilten auf den Bahnsteig, die Münchenerin fasste ihre Gucci-Tasche fester und bestieg den S-Bahn-Zug. Dahin hatte sich auch der Türke verzogen. Die alternativ ausschauenden Personen verkrümelten sich ebenfalls. Den Versuch einer Gewalttätigkeit bezahlte ein Antifa-Streiter mit einem gekonnten Judo-Griff, der ihn auf den „Boden der Tatsachen“ brachte.

Mitreisende schauten die ganze Zeit nur zu. Wo blieb die Zivilcourage für die Kontrolleure der Bahn? Sie schützen die Rechte der zahlenden Mehrheit, die sich an die Regeln hält, ordnungsgemäß ihre Karte löst und dafür jeden Tag arbeiten geht. „Solidarität“ aber genießen diejenigen, die auf Kosten jener Mehrheit ihre Vorteile ziehen wollen. Hier zeigte sich die Misere unserer Gesellschaft im Kleinen.

Streit um marode Straßen

Senat und Bezirke zanken, wer für die Sanierung zuständig ist

Berlins Infrastruktur zerfällt. Tausende von Schlaglöchern behindern den Autoverkehr massiv. Auf einer der meist befahrenen Querverbindungen von Kreuzberg nach Schöneberg, der Yorkstraße, wurde die Geschwindigkeit sogar auf zehn Kilometer pro Stunde eingeschränkt.

Es ist nicht nur das fehlende Geld für die Baumaßnahmen, das eine rasche Reparatur unmöglich macht. Auch die Bürokratie, die für Planung und Genehmigung zuständig ist, kommt nicht hinterher. Grund: Personalmangel und Zuständigkeitsgerangel. Dabei beobachten die Bürger ein seltsames Phänomen: Baugenehmigungen für Containerdörfer für Asylbewerber werden in Windeseile erteilt, beim Straßenbau dagegen streiten sich Bezirke und Stadt um Zuständigkeiten.

Der Verkehrsstaatssekretär des Senats, Christian Gaebler (SPD), verteidigt sich: „Eigene Baumaßnahmen dürfen sie (die Bezirke) als Straßenbaulastträger auch selbst anordnen. Da kann es natürlich komplexere Maßnahmen geben, wo man sagt: Es ist schwierig, das soll doch lieber die VLB (Verkehrslenkungs-Behörde des Senats) machen. Aber grundsätzlich zu sagen ‚Das machen wir nicht, weil wir das nicht wollen‘, halte ich nicht für sachgerecht.“

> Bei Asylheimen gibt es die Probleme nicht

Die Bezirke halten dagegen. Auch dort herrschen auf den Ämtern durch den Personalabbau der letzten Jahre große Not und Bearbeitungsrückstände. Für Carsten Spallek (CDU), Baustadtrat von Mitte, ist der Senat am Zuge. Nur bei Notreparaturen dürften die Bezirke einspringen. Schon im Vorjahr hatte es Ärger gegeben. Im Bezirk Mitte sollten 2013 drei kaputte, schlaglochbehaftete Straßenabschnitte saniert werden. Das Geld war da, die Aufträge vergeben, aber die VLB gab kein grünes Licht. Das Projekt moderte in der Senatsbehörde vor sich hin. Wieder Personalmangel?

Eine andere Berliner Baustelle sind sanierungsbedürftige Schulen. Besonders betroffen davon ist das Fichtenberg-Gymnasium in Berlin-Zehlendorf/Steglitz. Auf fünf Millionen Euro ist der Sanierungsbedarf derweil angewachsen, 600 000 Euro hat der Bezirk nun für die Reparatur des Dachstuhls bewilligt. Sollten die Statiker feststellen, dass die Dachbalken ihre tragende Funktion nicht mehr erfüllen können, müsste die Schule aus Sicherheitsgründen geschlossen werden. Allein in Zehlendorf/Steglitz summiert sich der Sanierungsbedarf bei den Schulen auf 400 Millionen Euro. *Hans Lody*

Reiche will zur Wirtschaft

Wechsel auf gutdotierten Posten: Märkische CDU vor Machtkampf?

Der angekündigte Wechsel der brandenburgischen Politikerin Katherina Reiche (CDU) zur Wirtschaft hat nicht nur heftige Kritik ausgelöst, sondern auch für Spekulationen über einen Machtkampf in der märkischen CDU gesorgt. Medienberichten zufolge will Reiche Anfang September den Posten als neue Hauptgeschäftsführerin des „Verbands Kommunaler Unternehmen“ (VKU) antreten.

Bereits mit Wirkung vom 4. Februar hat die 41-Jährige ihr Amt als Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium aufgegeben. Ihr Bundestagsmandat will sie zum 1. September niederlegen. Bemängelt wird nicht nur die hohe Bezahlung im neuen Job – in Medien wurde die Summe von 50 000 Euro monatlich genannt – sondern auch der Zeitpunkt.

Wie der Sender rbb berichtet, hat die CDU-Politikerin die letzte Möglichkeit genutzt, bevor das Bundeskabinett schärfere Regelungen auf den Weg gebracht hat. Demzufolge soll für Regierungsmitglieder bei einem Wechsel in die Wirtschaft künftig eine Sperrzeit von bis zu 18 Monaten gelten.

Reiches Abschied aus der Politik hat Folgen bis in die Bundestagsfraktion der Union. Die einzig mögliche Nachrückerin wäre die brandenburgische CDU-Politikerin Andrea Voßhoff. Diese will aber ihren Posten als Deutschlands oberste Datenschützerin nicht aufgeben. Als Folge droht der Union, dass sie im Bundestag einen Sitz verliert.

> Gerade noch rechtzeitig vor der Sperrfrist

Einschneidender noch könnten die Folgen für die brandenburgische CDU sein. Fast zeitgleich mit Reiches Ankündigung wurde nämlich bekannt, dass ihr Ehemann, der CDU-Landtagsabgeordnete Sven Petke, einen Nebenjob als Manager wieder aufgibt. Laut „Tagesspiegel“ hätte Petke für eine Vertragsverlängerung beim Bahnhersteller Bombardier auf sein Landtagsmandat verzichten müssen, was er aber nicht gewollt habe. Der Verzicht auf den gutdotierten Posten bei Bombardier zugunsten der Politik hat inzwischen Spekulationen ausgelöst, ob Petke wohlmöglich den CDU-Landesvorsitz anstrebt.

Bereits 2007 hatte der heute 47-Jährige für den Parteivorsitz kandidiert und die Abstimmung mit nur zwei Stimmen verloren. Für einen zweiten Anlauf scheinen die Chancen nicht schlecht. Der jetzige Landeschef Michael Schierack gilt nach den missglückten Koalitionsverhandlungen mit der SPD als angeschlagen. In Parteikreisen wird erwartet, dass Schierack im Herbst den CDU-Vorsitz abgibt. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Höherer Ölpreis gegen Assad

Damaskus – Der syrische Staatschef Baschar al-Assad erklärte in einem Interview mit US-Journalisten, Russland und der Iran wollten sein Regime trotz der mit dem niedrigen Ölpreis verbundenen Probleme stützen. Zuvor hatten Beamte aus Saudi-Arabien Gerüchte an die „New York Times“ lanciert, denen zufolge ihr Land Moskau eine Reduzierung der Ölförderung angeboten haben soll, wenn Russland von der Unterstützung für das Assad-Regime Abstand nehmen würde. Top-Repräsentanten Saudi-Arabiens hatten mit der russischen Seite ergebnislos verhandelt. Eine Drosselung der Fördermenge hätte ein Steigen des Ölpreises zur Folge. *MRK*

Ikea investiert in Russland

Stockholm – Laut der Organisation „Business-Schweden“ haben schwedische Investoren in Russland immer größere Probleme, sich zu finanzieren, aber dem Willen, sich in dem großen Markt zu engagieren, tut das offenbar keinen Abbruch. Zumindest der Möbelriese Ikea, der im vergangenen Jahr in Russland einen Umsatz von sechs Milliarden Euro erzielte, will trotz der Krise weiterhin in das Land investieren. Ikea-Sprecherin Daniela Rogosic sagte, das Unternehmen wolle in Kaufhäuser Investitionen zu tätigen und bis 2020 eine Umsatz-Verdopplung in Russland erwirtschaften. Es gibt Pläne, in Welikij Nowgorod eine Fabrik mit dem Schwerpunkt Kleider- und Küchenschränke sowie Speicherlösungen zu bauen. Ikea blickt auf gute Erfahrungen mit dem russischen Markt zurück: 2013 war Russland in Bezug auf den Umsatz des Unternehmens der viertgrößte Absatzmarkt. Auch der schwedische Modehersteller H&M möchte nach Russland expandieren. *MRK*

Ukrainekonflikt trägt US-Handschrift

Trotz Uneinigkeit im Kongress: Anzeichen für amerikanische Einmischung häufen sich

In den USA herrscht große Uneinigkeit über die Russland- und Ukrainepolitik. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko fordert immer drängender Waffenlieferungen von der Nato. Dies hat US-Präsident Barack Obama bislang abgelehnt, während sein designierter Verteidigungsminister Ashton Carter für die Versorgung der Ukrainer mit Nato-Waffen ist. Vizepräsident Joe Biden sprach sich dagegen entschieden aus. Er meint, die USA könnten kein Interesse an einem bewaffneten Konflikt in der Ostukraine haben. Dennoch häufen sich die Anzeichen dafür, dass die USA von Beginn an den Ukrainekonflikt mittels Unterstützung „faschistischer“ Organisationen mit geschürt haben.

Die Russland-Politik der Nato ist wesentlich bestimmt von der Behauptung, Moskaus Truppen seien Kombattanten im ukrainischen Bürgerkrieg. Diese Aussage wird derart oft und unverdrossen wiederholt, dass ihr in der allgemeinen Rezeption schon fast Beweiskraft zukommt. Das scheint so gewollt zu sein, denn trotz der Bedeutung des Vorwurfs haben bislang weder die USA noch andere Nato-Mitglieder noch gar die Ukraine dingliche Beweise dafür vorgelegt und dies trotz der wiederholten Aufforderung seitens der russischen Regierung, das doch zu tun.

Auch die Klage des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, in seinem Land kämpften 9000 russische Soldaten, blieb bislang ohne jeden Nachweis. Das ist angesichts des Propaganda-Wertes eines handfesten Beweises umso erstaunlicher, als die heutige Militär- und Nachrichtentechnik derart leistungsfähig ist, dass ihr kaum eine Fliege entgeht. Die NSA ist nur ein Beispiel unter mehreren. In Zeiten, in denen man aus dem Weltraum das Kennzeichen eines Autos zu entziffern vermag, kann die Aussage, es gebe keine Satellitenbilder über Truppenbewegungen im Umfang von mehreren tausend Mann oder von militärischem Großgerät nur bedeuten, dass solche Bewegungen nicht stattgefunden haben. Man müsste sich sonst die Frage stellen, ob die USA die Öffentlichkeit glauben machen wollen, ihre Spione am Himmel und die auf der Erde schliefen den ganzen Tag. Was könnte so wichtig sein, dass man eine derartige Blamage auf sich nähme?

Die Antwort ist ganz einfach und sie kommt aus berufenem Mund. Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte hat vor wenigen Tagen in Kiew eingestanden, dass keine regulären russischen Truppen am Bürgerkrieg in der Ostukraine beteiligt sind. „Wir haben einige Fakten, dass einzelne Soldaten der russischen Streitkräfte und russische Staatsbürger im Bestand der illegalen bewaffneten Formationen an Kampfhandlungen teilnehmen. Wir führen aber keine Kämpfe mit Einheiten der regulären russischen Armee“, erklärte Generalstabschef Viktor Muschenko in Kiew.

Nato bleibt Beweis für Beteiligung russischer Truppen schuldig

Gleichzeitig musste in Washington die Außenamts-Sprecherin Jen Psaki wieder einmal eingestehen, dass die USA keine Angaben darüber hätten, wie viel russische Militärs sich in der Ukraine aufhalten sollten. Psaki, wie meist etwas hilflos: „Wir haben Meldungen gelesen, dass Russland zwei taktische Bataillone in die Ukraine entsandt haben soll. Aber unabhängige Quellen können das bislang nicht belegen.“

Ganz anders verhält es sich mit der Präsenz von Einheiten privater militärischer Dienstleistungsunternehmen aus den USA in der Ukraine. Seit Mai des vergangenen Jahres sind 500 Mann der berüchtigten Söldnertruppe Blackwater – jetzt heißt sie Academi, was ihrer Brutalität keinen Abbruch tut – im Einsatz. Das vermutet jetzt auch der deutsche Politik- und Wirtschaftsberater Michael Lüders in einem Interview gegenüber dem Fernsehsender „Phoenix“. Und er fügte hinzu, dass die ukrainische Regierung „fest entschlossen“ sei, „die Probleme im Osten des Landes militärisch zu lösen“.

Doch dabei wird es nicht bleiben. Der Befehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa, Generalleutnant Frederick Ben Hodges, erklärte Ende Januar, in den kommenden Wochen werde ein Kontingent US-Soldaten in die Ukraine entsandt, das mit der Nationalgarde der Ukraine üben solle. Dabei handelt es sich um die Kampfeinheiten der radikal-nationalistischen Organisation „Rechter Sektor“, die unter anderem das Hakenkreuz als Emblem führt. Zudem besuchte er kürzlich in Begleitung des höchsten US-Sanitätsoffiziers in Europa das Zentrale Militärkrankenhaus in Kiew, wo er sich mit dessen Leiter austauschte, sich von ukrainischen Verwundeten von ihren Fronterlebnissen berichten ließ und zur Erinnerung an seinen Besuch Embleme seines Kommandos überreichte.

Beraten, Schulen, Aufklären ... das sind die aufsteigenden Stufen, mit denen die USA ihre Invasionen einzuleiten pflegen. Im allgemeinen ist es so, dass, wenn bekannt wird, die US-Truppen schulten irgendwo, ihre Soldaten meist schon im Blut stehen. Nur eines fehlt – niemand ruft nach Sanktionen. *Florian Stumfall*



Haltestelle in Donezk: Einem Anschlag auf einen Bus fielen 13 Menschen zum Opfer Bild: action press

Erstaunliche Pannen

Kritik an Frankreichs Sicherheitskräften im Fall »Charlie Hebdo«

Nur kurze Zeit nach dem Pariser „Charlie Hebdo“-Attentat hat der Bürgermeister der türkischen Hauptstadt Ankara, Melih Gökçek, eine gewagte These aufgestellt. „Hinter Ereignissen dieser Art steckt mit Sicherheit der Mossad ... Damit soll Feindseligkeit gegenüber dem Islam geschürt werden“, so der AKP-Politiker zur „Financial Times“. Mit seiner Vermutung steht der islamische Politiker längst nicht mehr allein. Im Internet blühen die Spekulationen, bei dem Attentat habe es sich um eine Geheimdienstoperation unter „falscher Flagge“ gehandelt.

Es wäre nicht der erste Fall in der französischen Geschichte, dass Staatsbedienstete Urheber von Terroraktionen gewesen sind. So versenkten im Jahr 1985 Agenten des französischen Auslandsgeheimdienstes DGSE mit einem Bombenanschlag das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“. Der damalige französische Verteidigungsminister Charles Hernu musste nach der Aufdeckung der Affäre ebenso seinen Hut nehmen wie der DGSE-Chef.

Zweifel an der offiziellen Darstellung der Anschläge hat insbesondere ein Video ausgelöst, das die Ermordung des Polizisten Ahmed Merabet zeigen soll. Skeptiker weisen darauf hin, dass weder bei dem Schuss in Merabets Oberschenkel noch bei dem Schuss in den Kopf Blutspuren zu sehen seien. Daraus wird dann auf eine Inszenierung geschlossen, der Polizist sei gar nicht tot. Außer Acht gelassen wird dabei allerdings die beschränkte Qualität der Aufnahmen, noch mehr aber, dass der Mord von zahlreichen Zeugen beobachtet worden ist.

Ähnlich substanzlos sind viele Punkte, mit denen die These von einer Geheimdienstoperation untermauert werden soll. Vieles, was an Verdächtigungen vorgebracht wird, hält einer tieferen Überprüfung nicht stand. Angeführt wird unter anderem das professionell erscheinende Vorgehen der Täter, das auf eine gründliche – sprich geheimdienstliche – Vorbereitung des Attentats hindeuten soll. Tatsache ist, dass die Aktion am 7. Januar gleich mit einem Irrtum begann. Mit Sturmhauben und Kalaschnikows stürmten die Täter zu einem Haus mit zwei Eingängen und standen zunächst einmal prompt vor der falschen Tür.

Bürgermeister von von Ankara verdächtigt Mossad

Die Redaktionsräume waren bereits am 1. Juli vergangenen Jahres verlegt worden, was den Tätern anscheinend nicht bekannt war. Ungeplant wirkte ebenso die Flucht. Statt schleunigst das Gebiet zu verlassen, irrten die Täter so konfus umher, dass es sie sogar wieder in die unmittelbare Nähe des Tatortes zurück verschlug.

Auch wenn Details des „Charlie Hebdo“-Attentats und speziell auch der gemeldete Selbstmord des zuständigen Ermittlers Helric Fredou weiterhin Fragen aufwerfen, den wirklich wunden Punkt könnte vielmehr das Agieren der französischen Sicherheitsbehörden darstellen. So hat Frankreichs Innenminister Bernard Cazeneuve bestätigt, dass die beiden mutmaßlichen Attentäter Said und Cherif Kouachi unter der Beobachtung der Sicherheitsbehörden gestanden hätten. Trifft dies zu, dann scheint es bei dieser Überwachung zu ernsthaften Pannen gekommen zu sein. Bemängelt wurde inzwischen ebenso die lange Reaktionszeit der Pariser Polizei nach dem Attentat auf die Redaktionsräume von „Charlie Hebdo“. Eine knappe halbe Stunde nachdem die Attentäter in der Rue Nicolas Appert erschienen waren, war die Polizei immer noch nicht mit einem der Situation angemessenen Aufgebot vor Ort. *Norman Hanert*

Streit um Heiligsprechung

Papst Franziskus plant, bei USA-Besuch Junípero Serra zu ehren

Die Entscheidung von Papst Franziskus, bei seinem USA-Besuch im September den spanischen Missionar Pater Junípero Serra mit einer feierlichen Messe in Washington heilig zu sprechen, hat zu einem unerwartet heftigen Für und Wider geführt. Der Pater, verewigt in Schulbüchern, Straßennamen und ungezählten Statuen, ist eine Ikone US-amerikanischer Geschichte. Zusammen mit Ronald Reagan vertritt er in der „Halle der Statuen“ im Capitol in Washington Kalifornien. Denn es war dort, wo der Theologie- und Philosophieprofessor aus Mallorca, der sich zum Missionar der spanischen Krone berufen fühlte, 1769 sein berühmt gewordenes „California Mission System“ ins Leben rief.

Von San Diego im Süden bis San Francisco im Norden entstanden 21 katholische Missionen, in denen die eingeborenen Indianer in Massen zum christlichen Glauben bekehrt wurden. Von 1769 bis 1835 wurden unter den spanischen Eroberern durch Serra an die 90 000 Indianer der verschiedenen kalifornischen Stämme getauft und, wie es hieß, „zivilisiert“. Das bedeutete, sie wurden aus ihrem vertrauten Stammesleben gerissen, ihrer Sprache, Religion, Kleidung und ehelichen Bräuche, ihrer gesamten Kultur beraubt. Sie wurden zu harter landwirtschaftlicher Arbeit gezwungen und den strengen moralischen Regeln ihrer neuen Herren unterworfen. Sünder wurden ausgepeitscht, Flüchtende von Soldaten brutal eingefangen. Auch starben die Indianer in Massen an europäischen Krankheiten wie Masern, gegen die sie nicht immun waren. Deshalb ist der Pater Junípero Serra für die Nachkommen der Ureinwohner und ihre Vertreter alles andere als ein Heiliger, auch wenn die Zwangsarbeit in den Missionen Kalifornien und die spanische Herrschaft zur Blüte führte.

Indianervertreter kritisieren die Ikone der US-Geschichte

„Serra und sein Missions-System waren verantwortlich für den spanischen Völkermord an den Indianern“, sagt Olin Tezlaticopa, Direktor der Eingeborenen-Initiative „Mexica Movement“. Mit Plakaten, die den Franziskaner und den Erzbischof von Los Angeles, Jose Gomez, mit Hakenkreuz und Hitlerbart zeigten, protestierte die Gruppe letzten Sonntag zur Messe vor der Kathedrale „Our Lady of the Angels“. Der Erzbischof sieht die geplante Heiligsprechung seines „spirituellen Helden“ als „einen wunderschönen Tag der Erinnerung daran, dass unser Staat Kalifornien und unser Land wie alle lateinamerikanischen Nationen aus der christlichen Mission und ihren Gründungen entstanden sind“. Der Erzbischof von San Francisco, Salvatore J. Cordileone, gab das harte Leben der Indianer zu, „aber die Missionare haben auch Schulen gebaut und lehrten Ackerbau. Waren die Indianer besser dran mit den Missionaren? Ja!“

Die katholische Kirche, meint Autor Steven Newcomb, tut alles, um Pater Serra nicht als Agenten eines inhumanen christlichen Imperialismus zu sehen, sondern als jemanden, der in der Verbreitung des Glaubens das Wohl der Menschheit sah und die Indianer als dumme Kinder betrachtete, unfähig, die richtigen Entscheidungen in ihrem Leben zu treffen. Die Kirche habe das für sie getan. Das empört die Literaturprofessorin Deborah A. Miranda vom Ohlone-Stamm: „Ich verband große Hoffnungen mit diesem Papst und seiner soziale Einstellung. Aber dies ist enttäuschend. Serra hat uns nicht nur das Christentum gebracht, er hat es uns aufgezwungen, uns keine Wahl gelassen. Er hat einen unkalkulierten Schaden für die gesamte Kultur angerichtet.“ *Liselotte Millauer*

»Das Ding ziehen wir durch«

Mindestlohn: Trotz heftiger Kritik will Arbeitsministerin Nahles erst im August ein erstes Fazit ziehen

Kaum einen Monat in Kraft, sind die Beschwerden über den Mindestlohn lautstärker denn je. „Job-Killer“ und „Bürokratie-Monster“ sind nur zwei Vorwürfe, denen sich der Mindestlohn ausgesetzt sieht.

Viele Branchen, die den Stundenlohn von 8,50 Euro einführen mussten, legen die gestiegenen Kosten auf den Verbraucher um. In einigen Bundesländern sind Taxifahrten um mehr als 30 Prozent teurer geworden, im traditionell schlecht bezahlten Friseurgewerbe ist die Teuerungsrate ebenfalls beträchtlich ‚und in einigen Bundesländern ist sogar das Brot teurer geworden. Als „unverantwortlich“ bezeichnet es der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Reiner Hoffmann, „dass die Arbeitgeber ihre Mehrausgaben an die Kunden weitergeben. Da sieht man erst mal, wie schlecht manche vorher bezahlt haben.“

In Berlin belastet der Mindestlohn den Koalitionsfrieden. Arbeitsministerin Andrea Nahles sieht keinen Grund zur Panik. „SPD und Union haben zusammen eine der größten Sozialreformen der Geschichte auf den Weg gebracht. Es ist Unsinn, alles zu hinterfragen“, sagte die SPD-Politikerin, die erst im August nach der Sommerpause ein erstes Fazit ziehen will.

Doch dies ist einigen in der Koalition viel zu spät. Unionsnahe Wirtschaftsverbände fluchen leise, der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer tut dies bayerisch-deftig wesentlich lauter: „Der CSU geht es nicht um den Mindestlohn an sich, sondern es geht um einen Irrsinn an Bürokratie.“ Das bayerische Kabinett hat gefordert, dass Arbeitgeber die Arbeitszeiten bei Minijobbern und in für Schwarzarbeit anfälligen Branchen wie Bau oder Gastronomie nicht mehr dokumentieren müssen. Über diese Forderungen von „höchster Priorität“ müsse im Koalitionsausschuss von Union und SPD in Berlin verhandelt werden.

Die Arbeitgeber sind zwar seit dem 1. Januar verpflichtet, Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit zu erfassen. Das gilt aber nur für gewerblich tätige Minijobber und für Beschäftigte aus neun Branchen, die als anfällig für Schwarzarbeit gelten. Selbst die CDU-Fraktion hat in einem internen Papier zugegeben, dass die Arbeitszeit gerade in diesen Bereichen oftmals schon dokumentiert wurde und „allenfalls zehn Prozent neu hinzukommen“.

Dennoch scheint der Mindestlohn die Schattenwirtschaft zu befeuern, wie aus einer Studie des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) hervorgeht. Mehr als 1,5 Milliarden Euro gingen dem Fiskus im Jahr 2015 verloren, erstmals seit Jahren seien diese Zahlen nicht rückläufig. „Die aktuelle Entwicklung ist auch durch den Mindestlohn bedingt“, erklärte IAW-Direktor Bernhard Boockmann gegenüber der Nachrichtenagentur DPA, und der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Michael Theurer giftete: „Der Einheitsmindestlohn ist ein Sonderkonjunkturprogramm für die

Häufig zahlt der Verbraucher die Zeche

Schattenwirtschaft.“ Schwarz gearbeitet werde nach Angaben des IAW besonders häufig in Gaststätten, Hotels sowie Teilen der Bauwirtschaft, also gerade in jenen Branchen, in denen die Dokumentationspflicht gilt.

Doch auch abseits aller Bürokratie-Debatten treibt der Mindestlohn seltsame Blüten. So plant der Verband der Transportwirtschaft laut „Deutscher Verkehrs-Zeitung“ bereits den Gang vor das Bundesverfassungsgericht, um den Mindestlohn für Transporte durch ausländische Firmen und grenzüberschreitenden Verkehr außer Kraft zu setzen. Nach Protesten aus Polen wurde die Regelung für ausländische Lkw-Fahrer auf Durchreise bereits ausgesetzt. Wenn sie aber ihre Waren in Deutschland ausladen, soll er wiederum gelten. Völlig unklar werden die Verhältnisse, wenn beispielsweise eine Lieferung nach Österreich in der Bundesrepublik teilentladen wird.

Ein absolutes Ärgernis stellt das neue Gesetz auch für viele Vereine da. Überdurchschnittlich viele Bürger engagieren sich dort, derzeit besitzen mehr als 28 Millionen Menschen den Mitgliedsausweis eines Sportvereins. Vor allem die nebenberuflich tätigen Trainer stehen nun vor einem Problem. Bekommt ein Jugendtrainer als Minijobber 450 Euro, kann er infolge des Mindestlohngesetzes maximal 52,9 Stunden pro Monat arbeiten. Trainiert er aber mehrere Mannschaften und kommen dann auch noch weite Auswärtsfahrten hinzu, ist das Budget schnell überschritten.

Probleme melden auch die Wohlfahrtsverbände, die Freiwilligendienste anbieten. Für die Verbände sind diese Hilfskräfte wichtig, und jungen Leuten wird eine Hilfe bei der Berufswahl geboten. 8,50 Euro in der Stunde kann dort kaum jemand zahlen.

Abhilfe im Dickicht der Regeln soll nun eine neunköpfige Experten-Kommission schaffen, die sich unter dem Vorsitz des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Henning Voscherau aus Spitzenvertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zusammensetzt und die Vorschläge für die alle zwei Jahre geplante Mindestlohn-Anpassung machen soll.

Ministerin Nahles bleibt vorläufig bei ihrer harten Haltung: „Schummeln geht nicht, und das Ding ziehen wir durch.“

Peter Entinger



Opfer des Mindestlohns: Wegen gestiegener Preise haben Taxifahrer wie hier in Thüringen weniger Fahrgäste *Bild: pa*

MELDUNGEN

Mehr Steuern für Auslandsgeld

Moskau – Russische Unternehmer sollen rund 181 Milliarden Dollar im Ausland gebunkert haben. Geld, das der unter Druck geratene Staat dringend benötigt. Präsident Wladimir Putin hat deshalb verfügt, dass Einkommen aus dem Ausland mit 13 Prozent versteuert werden müssen. Wer kein Unternehmen im Ausland hat, muss 20 Prozent an den Staat abgeben. Während zahlreiche Russen ihr Geld nach Hause geholt haben, verlegen andere ihren Wohnsitz ins Ausland. *MRK*

Kürzungen kassiert

Athen – Griechenlands Rechnungshof hat am 2. Februar die noch vom abgelösten Samaras-Kabinett beschlossenen rückwirkenden Kürzungen bei den Pensionen von Richtern als verfassungswidrig eingestuft. Einem Bericht der Zeitung „Ekathimerini“ zufolge stellt aus Sicht des Rechnungshofes der Versuch, die öffentlichen Ausgaben gemäß den Griechenland auferlegten Reformen zu begrenzen, keine ausreichende Rechtfertigung für die Pensionskürzungen dar. Vergangenes Jahr waren bereits Besoldungskürzungen für noch aktiv im Dienst befindliche Richter, Polizeibeamte und Militärangehörige für verfassungswidrig erklärt worden. *N.H.*

Die Schulden-Uhr

Gesamtverschuldung:
2.048.257.922.551 €
Vorwoche: 2.048.168.874.859 €

Verschuldung pro Kopf:
25.359 €
Vorwoche: 25.358 €

(Dienstag, 10. Februar 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Drohung mit der Pleite

Griechische Regierung setzt auf Angst der »deutschen Freunde«

Was nach dem Regierungswechsel in Athen angekündigt wurde, scheint angesichts der finanziellen Lage des Landes zutiefst irrational: Beamte sollen wieder eingestellt, der Mindestlohn erhöht und die Staatsausgaben wieder ansteigen. Quasi als i-Tüpfelchen dazu noch die Forderung nach einem nochmaligen, dritten Schuldenschnitt für Griechenland. Kurzum: Angesichts eines Schuldenberges von rund 320 Milliarden Euro will man in Athen die Reformabmachungen brechen, während das damit erneut ausufernde Staatsdefizit anscheinend vom Rest der Eurozone finanziert werden soll.

Man tut gut daran, derlei weniger als politischen Amoklauf denn als Teil einer gewieften griechischen Verhandlungsstrategie zu sehen. Der neu ins Amt gekommene Finanzminister Yanis Varoufakis gilt als hochintelligenter Ökonom, dessen Spezialgebiet die Spieltheorie inklusive des sogenannten „Gefangenendilemmas“ ist. Nach eigenen Angaben zählt der Titel „Strategie des Konflikts“ des Nobelpreisträgers Thomas Schelling zur Lieblingslektüre Varoufakis. Beschrieben wird in dem Buch unter anderem das Konzept eines „Spiels mit dem Feuer“. Dabei wird dem jeweiligen Gegner so viel Angst vor einem Verlust, einem Konkurs oder einem Krieg eingejagt, bis dieser die Nerven verliert und nachgibt.

Wie eine konkrete Anwendung dieses Konzepts aussehen könnte, hat Varoufakis bereits 2010 angedeutet: „Lasst uns pleitegehen! Jetzt! Mit einem Lächeln und optimistisch!“ – „Wenn wir uns selbst von der Angst vor einer Staatspleite freimachen könnten, würden unsere deutschen Freunde sich sofort beeilen, sie zu verhindern.“

Bislang scheint das in Athen angestellte Kalkül aufzugehen

Was vor einigen Jahren lediglich das Gedankenspiel eines Ökonomieprofessors war, ist inzwischen Verhandlungsstrategie der neuen griechischen Regierung.

Basis des ganzen ist, dass man in Athen begriffen hat, wie das Projekt Europäische Union insgesamt funktioniert. Weil man den Rauswurf aus EU und Euro-Zone nicht fürchten muss, lohnt es sich, Maximalforderungen zu stellen und den übrigen Klub-Mitgliedern notfalls auch mal die Pistole auf die Brust zu setzen. Mittlerweile gibt es Anzeichen dafür, dass diese Herangehensweise Athens auch noch durch Druck des US-Präsidenten Barack Obama gestärkt wird. Zusammengekommen ist damit eine für die übrigen Mitglieder der Euro-Zone brisante Mischung: Auf der einen Seite steht ein ausgewiesener Experte als Finanzminister, der seine Kenntnis der Spieltheorie mit Lust zum Risiko und zur Provokation verbindet. Auf der anderen Seite stehen Akteure, die jahrelang verkündet haben, unbedingt am Euro in seiner jetzigen Form festhalten zu wollen – „alternativlos“ und „koste es was es wolle“.

Bislang scheint das in Athen angestellte Kalkül aufzugehen. So hat die Europäische Zentralbank zwar medienwirksam verkündet, sie werde eine kurzfristige Finanzierung Griechenlands nun nicht mehr mitmachen und keine griechischen Staatsanleihen mehr als Sicherheit akzeptieren. Weit weniger beachtet wurde allerdings, dass an anderer Stelle der Geldhahn für Athen gleich wieder aufgedreht wurde. Die Obergrenze für Notfallkredite der griechischen Notenbank, die sogenannten ELA-Kredite, wurde durch die Europäische Zentralbank auf 60 Milliarden Euro angehoben.

Norman Hanert

Obama gegen Steuerflucht

EU-Fraktionschefs versuchen Juncker in Steuerfrage zu schützen

Steuerpläne, die vor Kurzem von US-Präsident Barack Obama vorgelegt wurden, drohen dem Geschäftsmodell einiger europäischer Steuerparadiese die Grundlage zu entziehen. Als Teil einer größer angelegten Steuerreform strebt Obama an, bislang unversteuerte Auslandsgewinne von US-Firmen künftig der Steuerpflicht zu unterwerfen – egal ob die Gewinne in die USA zurückgeführt werden oder nicht. Gedacht ist daran, die auf rund zwei Billionen US-Dollar geschätzten Gewinne zunächst einmalig mit 14 Prozent zu versteuern. Aus dem Haushaltsentwurf für 2016 geht außerdem hervor, dass Auslandsgewinne künftig sogar mit 19 Prozent besteuert werden sollen.

Obamas Plan, Auslandprofite von US-Konzernen zu besteuern, gilt als einer der wenigen Vorschläge, dem im republikanisch dominierten Kongress Erfolgschancen eingeräumt werden. Auch in den Reihen der Republikaner stößt man sich mittlerweile an den Praktiken großer US-geführter Unternehmen, über Tochterfirmen in Luxemburg, Irland, der Schweiz und den Niederlanden die Steuerpflicht kleinzurechnen. „Wir wollen bei verschiedenen Steuerreformideen mit der Regierung zusammenarbeiten und sehen, ob wir uns einigen können“, so die Ansicht des Budget-Experten der Republikaner, Senator Paul Ryan, zu Obamas Plänen.

Mit einigem Recht ist das Vorhaben inzwischen als eine „steuerpolitische Kriegserklärung an Luxemburg“ bezeichnet worden. Wie erst im vergangenen November durch die sogenannte „Luxleaks“-Enthüllungen bekannt wurde, hat das Großherzogtum mehr als 340 internationalen Konzernen großzügige Steuergeschenken gewährt.

Dem Luxemburger droht nur ein Sonderausschuss

Das Pikante dabei ist, dass Jean-Claude Juncker, der fast zwei Jahrzehnte Finanzminister und Regierungschef in Luxemburg war, als mitverantwortlich für die Steuergeschäfte gilt. Inzwischen zum EU-Kommissionspräsident aufgestiegen, sieht sich der Christdemokrat im EU-Parlament starker Kritik ausgesetzt, die teilweise sogar aus den Reihen der eigenen EVP-Fraktion kommt.

Als Punktsieg kann Juncker allerdings verbuchen, dass es im Europaparlament keinen Untersuchungsausschuss zur Affäre um das mutmaßliche Steuerdumping für internationale Großunternehmen in seinem Kleinstaat geben wird. Nach Angaben einer Sprecherin des EU-Parlaments lehnte eine Mehrheit der Fraktionschefs einen von Grünen und Teilen der Linken geforderten Untersuchungsausschuss ab. Lediglich ein Sonderausschuss mit sehr eingeschränkten Befugnissen soll eingerichtet werden. Doch nur ein Untersuchungsausschuss hat Zugang zu Dokumenten der nationalen Regierungen und Behörden, was nach Ansicht des Grünen-Abgeordneten Sven Giegold in Steuerfragen entscheidend ist. Indem die EU-Kommission zunehmend den Eindruck erweckt, Luxemburg sei steuerpolitisch kein Einzelfall, könnte sie nun Juncker eine zusätzliche Entlastung verschaffen. Angekündigt ist, die Ermittlungen wegen Steuerdumpings nochmals auszuweiten.

Nachdem bereits gegen Junckers Heimatland sowie Irland und die Niederlande wegen Steuerdumping ermittelt wird, ist nun auch noch Belgien ins Visier gerückt. Nach Einschätzung der EU-Kommission soll Belgien internationale Konzerne – vor allem aus der EU und auch aus Deutschland – mit Steuerrabatten von „50 bis zu 90 Prozent“ geködert haben. *N.H.*

Eine Schande

Von Frank Horns

Betroffenheitsfernsehen auf allen Kanälen: Reporter-Masochist Jenke vom Wilmsdorf lässt sich am Montag auf RTL tüchtig stressen, um Burn-Out-Patienten nachfühlen zu können. 3sat nimmt sich am Mittwoch des beklagenswerten Loses der Wiener Sex-Arbeiterinnen an. Und auf Arte barmen großäugige Schnee-Eulen, um ihren sacht dahinschmelzenden arktischen Lebensraum.

Zuschauer aufrütteln, aufklären und betroffen machen, scheint jedem Filmemacher ein ganz besonderes Anliegen. Nichts lässt sich dagegen sagen, wenn schwere Schicksale und gravierendes Unrecht öffentlich gemacht werden. Nur so lässt sich meist etwas zum Positiven bewirken. Selbstverständlich gehört auch die Berichterstattung zum Jahrestag der Befreiung von Ausschwitz am 27. Januar 1945 in die Medien. ARD, ZDF und viele andere Sender sind dem Gebot nachgekommen.

> Ostpreußen? Lag das vor oder hinter dem Kaukasus?

Aber müsste bei all den Sex-Arbeiterinnen und Schnee-Eulen jetzt nicht endlich auch Platz für die Rückbesinnung auf ein anderes entsetzliches Ereignis deutscher Geschichte sein. Vor 70 Jahren hatten die Truppen der sowjetischen Roten Armee die Reichsgrenze im Osten überschritten. Damit setzte mitten im bitterkalten Januar 1945 von Ostpreußen bis Schlesien die Flucht der deutschen Bevölkerung ein. Unter unsäglichen Strapazen machten sich vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen in Trecks oder alleine auf den Weg Richtung Westen. Am Ende starben bei Flucht und Vertreibung Millionen Menschen. Noch mehr verloren ihre Heimat. Deutschland büßte ein Drittel seiner Fläche ein. Eine Tragödie, die in diesem Ausmaß kein anderer moderner Staat erlebt hat.

In den Medien aber wird sie praktisch nicht thematisiert, und das ist eine Schande! Wo es zu rundweg allen Themen vom Flachbild-TV flimmert, rieselt und schallt, herrscht zu Flucht und Vertreibung deprimierendes Schweigen. Klar, dass Thema passt nicht ins Weltbild der medialen Weltverbesserer. Irgendwie – man weiß es selbst nicht so genau – waren die damals doch alle selber schuld an ihrem Schicksal. Hätten eben nicht dem Hitler so fanatisch folgen sollen. Deutsche Schuld und nicht deutsche Opfer sind nun mal das große Thema. Und überhaupt Ostpreußen? Wo lag das noch mal? Vor oder hinter dem Kaukasus?

Wohl nirgendwo sonst auf der Welt wäre es vorstellbar, eine derartige nationale Tragödie so radikal auszublenden. Bevor sich die Bilder im Fernsehen ändern, müssen sich aber erst einmal die Bilder in den Köpfen der Fernsehmacher ändern. Wie das zu erreichen ist? Ob man auch sie aufrütteln, aufklären und betroffen machen kann? Man muss es versuchen. Ausstellungen, Publikationen, Gespräche und viele andere kleine Schritte müssen die ungeheuerlichen Geschehnisse vor 70 Jahren in die Öffentlichkeit zurückholen. „Kommst nicht heute, kommst doch morgen, übermorgen ganz gewiss“, lautet ein ostpreußisches Sprichwort.

Kurs auf den Bürgerkrieg

Von Hans Heckel

Das Signal, das vom Verbot der Legida-Demonstration am vergangenen Montag ausgeht, muss alarmieren. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) hatte die Kundgebung untersagt, weil angeblich nicht genug Polizeikräfte zu ihrer Absicherung bereitständen. Es bestehe wegen zu befürchtender Gewalt Gefahr für Leib und Leben. Polizei und Sachsens Innenministerium widersprachen dem.

Festzuhalten ist: Die Gewalt bei vergangenen Legida-Demos ging ganz oder nahezu ausschließlich von linksextremen Legida-Gegnern aus – Attacken auf Polizisten und Legida-Demonstranten, Anschläge auf Gleisanlagen und vieles mehr. Die „Gegen-Demonstrationen“ aber hat Jung nicht verboten. Der gewaltkriminelle linke Mob darf sich also bestätigt fühlen, während friedlichen Bürgern ein grundgesetzlich verbrieftes Bürgerrecht, das Demonstrationsrecht, bestritten wird.

Dieser Skandal ist noch weit einschneidender als das Verbot einer Dresdener Pegida-Kundgebung im Januar. Damals wurde vorgeschoben, es drohe ein radikal-islamischer Anschlag, also gewissermaßen „Gefahr von draußen“. Daher wurden an der Elbe alle Demonstrationen untersagt, auch die von links.

> Das Signal des Leipziger Demo-Verbots muss alarmieren

In Leipzig dagegen haben es linke Gewalttäter geschafft, den Staat dazu zu veranlassen, ihre „Arbeit“ zu machen. Ihr Ziel, eine Gewaltherrschaft zu errichten, in der allein sie entscheiden, wer Rechte besitzt und wer nicht, wurde von der etablierten Politik umgesetzt.

Mit anderen Worten: In Leipzig wurde das Signal in Richtung Bürgerkrieg gestellt. Ob der Staat nicht mehr imstande oder nicht mehr willens ist, das Demonstrationsrecht durchzusetzen, ist dabei letztlich zweitrangig. Den Bürgern bleibt in dieser Situation nur, sich kleinlaut vor dem linken extremistischen Mob zu verkriechen oder eigene, kampffähige Verbände aufzustellen, um ihr Recht selbst durchzusetzen.

Hier ist der allzu oft voreilig gezogene Vergleich mit „Weimarer Verhältnissen“ nicht mehr zu vermeiden. Damals waren selbst die demokratischen Kräfte unter Führung der SPD gezwungen, mit dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ einen eigenen Kampfverband zu bilden, um ihre Versammlungen vor rotem und braunem Terror zu schützen. Der Staat war zu ohnmächtig dafür.

In Leipzig hat der Staat den Bürgern nun mitgeteilt: Gewalttätige Extremisten lassen wir gewähren. Den von ihnen massiv bedrohten, gesetzestreuen Bürgern schneiden wir die Rechte ab. Für den Fall, dass der Staat sich auf diese Weise von seinen Bürgern abwendet, ja, sich sogar offen gegen sie stellt und das Werk gewalttätiger Feinde der Demokratie verrichtet, hält das Grundgesetz für die Bürger das Recht auf Widerstand bereit.



Legida-Demonstranten am 9. Februar in Leipzig: Sie wollten sich trotz des Verbots nicht davon abhalten lassen, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung auszuüben

Bild: action press

Frei gedacht



Zehntausende Kosovaren fliehen nach Deutschland

Von Eva Herman

Die Meldungen über wachsende Flüchtlingsströme in westliche Staaten reißen nicht ab. Vor allem aus den Nato-Kriegsländern Syrien, Libyen und Irak sowie aus Afrika fliehen die Menschen, zu Millionen haben sie sich aufgemacht in den fernen Kontinent Europa. Denn ihre Länder sind von Bombenhagel und Terrorkrieg unbewohnbar gemacht worden. Und jetzt neue Horrormeldungen: Massenexodus aus dem Kosovo! Zehntausende verlassen das von der westlichen Administration einst als unabhängig erklärte Land und reisen illegal nach Deutschland. Warum? Die offizielle Version deutscher Diplomaten lautet, viele Kosovo-Albaner fühlten sich von unseren langen Abschiebeverfahren angelockt. Klar, das berichten die Medien – da könnte etwas dran sein.

Wir wollen andere Standpunkte als die offiziell erlaubten beleuchten, und so habe ich mit meinem ehemaligen ARD-Kollegen Marko Jošilo gesprochen, der aus dem Jugoslawienkrieg der 90er Jahre für deutsche TV-Anstalten berichtete und ein klärendes Buch über die Kriegsrhetorik der Massenmedien schrieb. Der Exodus ist ein Symptom, doch wo liegen die Ursachen? Zwar werde die Wirtschaftsmisere als Grund dafür genannt, doch in Wahrheit trage die westliche Allianz die Schuld, so Jošilos Feststellung. Wie man die Sache auch drehe und beleuchte, letztendlich lande man immer wieder beim globalen Finanzsystem, das seine Vollstrecker wie die EU, die USA, die Nato für ihre Machtinteressen einsetze, egal, um welches Land auf der Welt es sich auch handele.

Aktuelles Beispiel sei das Tauziehen um die Ukraine, die in kurzer Zeit in ein Kriegsland verwandelt wurde, das, ebenso wie Jugoslawien, nun Stück für Stück auseinanderfällt.

Doch zurück in den Kosovo. Der Nato-Bombenkrieg Ende der 90er Jahre war eine Hoffnung der Kosovaren für eine Loslösung von Serbien. Heute sehen sie keine Zukunft in ihrem Staat, denn auch nach 15 Jahren Präsenz von Nato, Kfor und Eulex geht es ihnen nicht besser als noch zu Zeiten unter den Serben.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal“, fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Menschen hier fühlen sich betrogen, denn ihr Land scheint zu einer reinen Kolonie der EU und Nato geworden zu sein, stellt der Journalist fest. Die internationale Gemeinschaft verfolge nur ihre eigenen Interessen. „Da werden EU-Millionensummen ins Kosovo gepumpt, doch wo bleiben die Gelder?“ Jošilo nennt eine mögliche Variante für die plötzliche Massenflucht: „Zwar fließt massenhaft Geld hierher, aber vermutlich nicht, um die Region wieder aufzubauen, sondern um die Strukturen der dort anwesenden Nato- und EU-Angehörigen zu sichern. Die Bevölkerung hat von den Geldern bislang wenig gesehen!“

95 Prozent der Kosovobewohner sind Muslime, die Arbeitslosigkeit ist hoch. Jede Familie hat durchschnittlich neun bis zehn Kinder. Das gehört zur Tradition der Kosovo-Albaner, und seit der ehemalige jugoslawische Staatspräsident Josip Broz Tito die persönliche Patenschaft für das siebte Kind einer jeden Familie angeboten hatte, verstärkte sich der Trend. Die albanische Bevölkerung hatte sich deswegen nach dem Zweiten Weltkrieg explosionsartig vergrößert. „Diesen Leuten gefällt es jetzt natürlich besser, Sozialhilfe im Westen zu bekommen, während sich ihr Asylantrag im langwierigen Verfahren befindet. So geht es ihnen immer noch besser, als im Kosovo für einen Hungerlohn zu arbeiten oder arbeitslos zu sein. Durch ihren Kinderreichtum haben hunderttausende Kosovoalbaner ihre Verwandten in der Schweiz, Deutschland oder Österreich, doch sie brauchen ein Visum. Dass ausgerechnet die Bürger des von den Institutionen der internationalen Gemeinschaft am strengsten überwachten Landes Europas um Visa anstehen, ist im grenzenlosen Europa eigentlich anachronistisch. Neben der Rechtsstaatsmission Eulex mit ihrer Polizeimission stehen nach wie vor Eufor-Truppen im Land. Und trotzdem legt Europa den Kosovaren viele Steine in den Weg. Viele EU-Staaten fürchteten einen Massenexodus. Jetzt geschieht das, auf illegale Weise!“

Die Geschichte des Kosovo ist nicht unkompliziert, seit der Westen in den 90er Jahren ohne Mandat gewaltsam eingriff: „Status ist, dass der Kosovo heute in die EU will, doch Serbien muss zustimmen, und Kosovo als eigenständigen Staat anerkennen. Aber das funktioniert nicht, weil Serbien den Kosovo immer noch als Teil des eigenen Staatsgebiets ansieht. Die Nato hatte den Serben 1999 im Zuge des Bombenkrieges den Kosovo weggenommen. Die Albaner haben sich 2008 ohne Referendum für unabhängig erklärt. Die USA, Europa und die Nato-Länder hatten das anerkannt, doch viele Länder, unter anderem Serbien, nicht.“

Die Gründe, warum Jugoslawien 1999 mit einem Bombenkrieg überzogen wurde, klingen nach Jošilos Worten anders als die amtliche Version: „Offizieller Vorwand der Amerikaner war es damals, die Kosovo-Albaner vor einer ethnischen Säuberung durch die Serben zu beschützen. Doch der damalige deutsche Verteidigungsminister Scharping hatte die Unwahrheit gesagt, diese Pläne hatten nie existiert. Sein sogenannter Hufeisenplan von 1998 war vielmehr eine Erfindung des deutschen Verteidigungsministeriums. Warum? Weil es vor allem darum ging, die Global-Interessen der Finanzmacht durchzusetzen, um im Kosovo, im Zuge der Nato-Osterweiterung, einen US-Militärstützpunkt zu errichten: Serbien war das einzige Land gewesen, das nicht bereit war, Nato-Truppen dort zu dulden.“

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt mit Ehemann und Kind in Hamburg.

Die EU müsste durch den Krieg und die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo Verantwortung tragen. Was tut man jetzt für die Bevölkerung dort? "Sie tun gar nichts. Die Menschen sind ihnen gleichgültig", so der Reporter aus Sarajevo. „Es mag auch mit an der Mentalität liegen, denn die Menschen dort arbeiten nicht gerne. Ursprünglich lebten die meisten in den Bergen, von der Viehhaltung, ein bisschen Landwirtschaft und Kleinkrämerei. Sie handeln gerne, kaum jemand dort ging je schwerer Arbeit nach. Deswegen blüht auch der Drogenhandel heute üppig. Für die Finanzmacht kommt das alles sehr gelegen: Seit die US-Administration den widerspenstigen Serben den Kosovo entriss, nutzt sie das Gebiet für eigene Interessen, so ist das Gebiet *der* Umschlagplatz für Drogen. Die US-Maschinen können, aus Afghanistan kommend, direkt im Kosovo landen – in Bondsteel, dem größten US-Stützpunkt Europas. Auf der Militärbasis in Ferizaj bei Pristina sind zirka 5000 Soldaten westlicher Kräfte stationiert.“

Es gebe noch eine zweite Variante, um den Massenexodus zu erklären, erläutert der ARD-Journalist. So heißt es, die Kosovo-Albaner wollten die noch verbliebenen Serben im nördlichen Kosovo vertreiben. Weil das ohne größere Kriegshandlungen nicht vonstattengehen könne, so glaubten die Serben, dass die Kosovaren ihre Familien zuvor noch in Sicherheit bringen wollten.

Wo auch immer die Wahrheit zu finden sein mag, Fakt ist: Nie trifft das Leid die Verursacher, sondern stets die Völker, Familien, Väter, Mütter, Kinder, Alte. Sie müssen als Spielbälle der Mächtigen herhalten, werden dabei immer ärmer, die Großen immer reicher. Das menschenverachtende Spiel geht weiter: Teile und herrsche! Im Kosovo, in der Ukraine, in Europa …

Marko Jošilo: Wie Medien Krieg machen. Ein Insider über die wahren Drahtzieher des Jugoslawien-Kriegs und die Rolle der Medien, Zeiningen 2014., 368 Seiten, 19,90 Euro

Entdeckerherz am Pult

In der Welt der Musik zu Hause – Der in Breslau geborene Spitzendirigent Christoph Eschenbach feiert seinen 75. Geburtstag

Er ist einer der wenigen deutschen Dirigenten von Weltrang: Christoph Eschenbach. Der Breslauer, der seit 2003 die Orchesterakademie des Schleswig-Holstein Musik Festivals leitet, wird 75.

„Mein einst heimatloses Leben geht seiner Heimat entgegen: dem endlosen, weiten und immer rätselhaften Horizont ...“, sagt Christoph Eschenbach, dessen einziges wirkliches Zuhause die besten Orchester und größten Opernhäuser der Welt sind.

„Ich möchte noch dirigieren, wenn ich 100 bin, weil ich im 99. Lebensjahr noch neugierig sein werde und vielleicht noch mehr entdecken kann als jetzt“, erklärt Eschenbach. Zweifel sind unangebracht. Allein der Blick auf seinen Terminkalender zeigt neben Konzerten in Washington, DC, wo der Maestro als Musikdirektor des National Symphony Orchestra (NSO) unter Vertrag steht, eine rastlose internationale Tätigkeit.

Da verwundert es nicht, dass man sich in den USA frühzeitig seiner weiteren Mitarbeit versicherte und bereits im März 2014, zu Beginn des laufenden Vertrages für die Saison 2014/2015, diesen um einen neuen Zwei-Jahres-Vertrag bis Ende 2017 verlängerte. „In den letzten vier Spielzeiten hat Maestro Eschenbach dem National Symphony Orchestra und dem Kennedy Center zu weiterer Größe verholfen“, begründet der Präsident des Kennedy-Centers, Michael M. Kaiser, die Entscheidung. Solo-Oboist Nicholas Stovall ergänzt: „Die Musiker des National Symphony Orchestra sind froh, dass sich die Beziehung mit Maestro Eschenbach in den kommenden Jahren weiter vertiefen wird. Die Zusammenarbeit, ob im großen Orchester, als Solist oder als Kammermusiker, ist immer an- und aufregend.“

Eine Meinung, die Musiker auf der ganzen Welt mit Stovall teilen. Als hoch geschätzter Gastdirigent der Tschechischen, Londoner und Wiener Philharmoniker, des NDR Sinfonieorchesters, des DSO Berlin sowie anderer Musikkörper pendelt der Unermüdliche zwischen Washington, New York, Peking, Istanbul, Prag, Paris, Rom, London, Wien, Baden-Baden, Hamburg, Lübeck oder Berlin hin und her. Sieben bis elf Konzerte und Meisterklassen stehen jeden Monat auf dem Terminplan. Das Dirigieren hält offensichtlich jung, wie man an Nikolaus Harnoncourt, der am 6. Dezember 2014 seinen 85. Geburtstag feierte, sehen kann.

Eschenbach wurde am 20. Februar 1940 in Breslau als Sohn des Musikwissenschaftlers Heribert Ringmann geboren. Seine Mutter starb bei der Geburt. Sein Vater fiel im Krieg. Als auch seine Großmutter an den Folgen der Flucht starb, kümmerte sich eine Cousine seiner Mutter um ihn. Wallydore Eschenbach wurde seine Adoptivmutter und Christoph nahm später den Namen der Adoptivfamilie an.

Als Pianistin hatte sie das Interesse des Jungen an der Musik früh erkannt, gab ihm den ersten Klavierunterricht und förderte seine musikalische Ausbildung. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten. Schon mit elf Jahren gewann der junge Christoph den 1. Preis beim Hamburger Steinway-Wettbewerb. Während seiner Gymnasialzeit in Aachen besuchte er gleichzeitig die Musikhochschule Köln. Nach dem Abitur 1959 kehrte er nach Hamburg zurück, studierte an der Hochschule für Musik und Theater erneut bei Eliza Hansen Klavier und bei Wilhelm Brückner-Rüggeberg Dirigieren.

Nach dem Sieg beim ARD-Wettbewerb 1962 in München war die internationale Pianisten-Karriere nicht mehr aufzuhalten. Der Traum aber blieb das Dirigieren und dessen offizielles Debüt erfüllte sich im April 1972 in Hamburg mit Bruckners 3. Sinfonie. Hamburg nahm früh eine Schlüsselrolle in Eschenbachs Leben ein und die Hanseaten können sicher sein, dass er ihnen die Treue hält.



Das Orchester immer fest im Griff: Christoph Eschenbach bei einem Festivalkonzert im Freien Bild: pa

Im November 1975 gab er sein US-Debüt als Dirigent in San Francisco und damit nahm eine internationale Dirigenten-Karriere ihren furiosen Lauf: Eschenbach wurde Chefdirigent und Generalmusikdirektor der Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz in Ludwigshafen, Chefdirigent des Tonhalle Orchesters Zürich, Leiter des Houston Symphony Orchestra in Texas, USA, dessen Ehrendirigent er heute ist, Musikdirektor des Ravinia Festivals in Illinois, USA, des Chicago Symphony Orchestra, USA, und gleichzeitig von 1998 bis 2004 Leiter des NDR Sinfonieorchesters und von 1999 bis 2002 Künstlerischer Leiter des Schleswig-Holstein Musik Festivals. 2003 übernahm er bis 2008 die Leitung des Philadelphia Orchestra, USA, und war zeitgleich von 2000 bis 2010 Directeur musical vom Orchestre de Paris. Seit der Saison 2010/11 ist er der sechste Musikdirektor des NSO und Washington, DC, sein musikalischer Lebensmittelpunkt.

Neben der eigenen Karriere hat Eschenbach immer auch die junger Talente im Auge: „Meine beiden größten Entdeckungen, die mich durch viele gemeinsame Aufführungen seit vielen Jahren begleiten und die der Ansporn waren, auf dieser Entdeckungsreise weiter zu gehen, waren Tzimo Barto und Renée Flemming Ende der 80er Jahre.“ Als Mentor und Ratgeber hat er vielen heutigen Stars zur Seite gestanden und ihnen so zum Durchbruch verholfen, darunter unter den Pianisten Lang Lang und Christopher Tainton, unter den Geigern Julia Fischer und Erik Schumann, unter den Cellisten Claudio Bohórquez, Leonard Elschenbroich, Dimitri Maslennikov und Daniel Müller-Schott, unter den Dirigenten John Axelrod, unter den Ensembles G-Strings, deren Musiker fast alle zum NDR Sinfonieorchester gehören, und unter den Sängern Marisol Montalvo mit ihrem dramatischen Koloratursopran.

Auch im Rahmen der Orchesterakademie des Schleswig-Holstein Musik Festivals gibt Eschenbach seit Jahren seinen immensen Erfahrungsschatz an junge Musiker weiter. Am 16. August wird er bei seiner Geburtstagsgala in der Holstenhalle Neumünster selber am Pult stehen. Bereits am 5. Juli leitet er die ganztägige Jubiläumsgala 25 Jahre Festspiele Mecklenburg-Vorpommern in Ulrichshusen. Weitere Termine sind in Mannheim (6. März), Frankfurt am Main (18. April) und Berlin (21. Mai). *Helga Schnehagen*

Mit Worten zugebombt

Militärhistorisches Museum in Dresden erinnert an den 70. Jahrestag der Bombennächte – Verarbeitung des Infernos in der Literatur

Dresden ist im Laufe der Jahrzehnte fast zum Archetyp sämtlicher Ortschaften avanciert, welche im Bombenhagel des Zweiten Weltkriegs untergingen. Ob dafür auch die inzwischen zahlreichen literarischen Zeugnisse aller Genres verantwortlich sind, in denen über die Luftangriffe vom 13. und 14. Februar 1945 sowie deren Folgen berichtet wird, versucht derzeit das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden zu ergründen. Anlässlich des 70. Jahrestages der Zerstörung der Stadt ist dort eine Ausstellung zum Thema der schriftstellerischen Rezeption des Infernos an der Elbe zu sehen.

Dabei soll eigentlich Kurt Vonneguts Roman „Schlachthof 5“ im Mittelpunkt der Exposition stehen, für die Ansgar Snethlage und Thomas Ebersbach verantwortlich zeichnen. Tatsächlich freilich wird dem Augenzeugen Vonnegut nicht wesentlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet als den anderen acht vorgestellten Autoren. Und das ist höchst bedauerlich, da die Letztgenannten zumeist Erzähler waren, die im Gegensatz zu dem US-Kriegsgefangenen Vonnegut nur vom Hörensagen berichteten. Dies trifft beispielsweise auf Martin Walser und Harry Mulisch zu, die beide die Bombardierung von „Elbflorenz“ in ihren Werken „Die Verteidigung der Kindheit“ und „Das steinerne Brautbett“ thematisierten. Diese beiden Romane mögen von einem beachtlichen künstlerischen Niveau sein, taugen jedoch trotzdem keinesfalls dazu, als Mosaiksteine für ein Bild von der Zerstörung Dresdens zu dienen, das der historischen Wahrheit auf maximale Weise nahekommt. Aber genau das behaupten die Ausstellungsmacher!

Noch weniger sinnvoll erscheint allerdings der Rückgriff auf die Bücher von Jonathan Lethem und Marcel Beyer. Zum einen sind das nämlich literarische Produkte aus der Feder von Personen, welche erst in den 1960er Jahren geboren wurden, zum anderen dienen die Bezüge auf den Feuersturm sowohl in „Kaltenburg“ als auch in „Der Garten des Dissidenten“ ganz anderen Zwecken als der Aufarbeitung der Katastrophe von 1945. Und gleich gar keine Authentizität vermittelte der schlicht gestrickte Historienschinken „Dresden“, der 2006 im Zweiten Deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde und vor Kitsch nur so triefte – aber dennoch seinen Platz unter den „bewegenden Zeugnissen von der Zerstörung der barocken Gauhauptstadt“ gefunden hat, obwohl es sich hierbei nicht einmal um ein literarisches Werk handelt.



Bild: Kaufmann

Brachte zur Tragödie nur einen Artikel zu Papier: Erich Kästner

Das letztere gilt natürlich auch für die Trauermotette „Was liegt die Stadt so wüst“ von Rudolf Mauersberger, dem legendären Kantor der Dresdner Kreuzkirche, sowie die Gemälde und Zeichnungen von Otto Griebel. Aber das sind wenigstens Kunstwerke von Dresdnern, die als Zeitgenossen vieles miterlebt haben. Ja, man kann sogar sagen, dass die Wirkung von Griebels Bildern – so zum Beispiel „Leichenhaufen am Wiener Platz“ – ungleich größer ist als die jedes geschriebenen Wortes: Damit sind diese der eigentliche Höhepunkt der Ausstellung und nicht die zumeist wenig spektakulären, weil textlastigen Exponate, welche an den einen oder anderen Schriftsteller erinnern sollen.

Außerdem erfüllen eben auch nur drei der vorgestellten Vertreter der schreibenden Zunft die Voraussetzung, tatsächlich Augenzeuge der Zerstörung Dresdens oder zumindest der unmittelbaren Auswirkungen derselben gewesen zu sein: Vonnegut, der jüdische KZ-Häftling Roman Halter, der 2007 das autobiografische Buch „Romans Reise durch die Nacht“ herausbrachte, sowie Erich Kästner, ein prominenter Sohn der Stadt, von dem der aufwühlende Artikel „Und dann fuhr ich nach Dresden“ stammt.

Deshalb ist die Ausstellung „Schlachthof 5“ letztlich kein großer Wurf, zumal nicht nur die Auswahl der literarischen Zeugen kritikwürdig daherkommt, sondern auch der einführende Teil über das Bombardement selbst, der sich vor allem am Bericht der staatlicherseits bestellten „Historikerkommission zur Ermittlung der Opferzahlen der Luftangriffe auf die Stadt Dresden“ orientiert, aber unerwähnt lässt, dass dessen zentrale Aussagen und Schlussfolgerungen auf vielfältigen Widerspruch gestoßen sind. Stattdessen wird das Original des Papiers wie eine Devotionalie präsentiert. *Wolfgang Kaufmann*

Ein Amerikaner in Dresden – Stummer Zeitzeuge Vonnegut

Das Unbegreifliche in Worte fassen – selbst die besten Autoren scheitern an dieser Aufgabe. Über den Bombenkrieg gegen deutsche Städte ließe sich viel erzählen, doch Schriftsteller haben das Thema gescheut wie der Teufel das Weihwasser. Auch Kurt Vonnegut (1922–2007), ein US-Bürger mit deutschen Vorfahren, brauchte über 20 Jahre, ehe er sich mit seinem Roman „Schlachthof 5 oder Der Kinderkreuzzug“ daran wagte, das Trauma literarisch zu bewältigen. Zu frisch waren die seelischen Wunden, die er sich als US-Kriegsgefangener in Dresden zuzog, als die Bomben fielen.

In „Schlachthof 5“ erklärt Vonnegut dann auch, welche Qualen er durchmachen musste, um dieses Buch zu schreiben. Getäuscht von der Illusion, gleich nach dem Krieg ein Meisterwerk zu schreiben, indem er einfach seine Erinnerungen aufschreibt, brachte er bloß ein paar unbedeutende Worte zustande. Als er dann aber endlich einen Zugang zu dem schwierigen Thema fand, schuf er 1969 nicht nur sein mit Abstand bekanntestes Werk, sondern auch eines, welches die Bombenangriffe auf Dresden als erstes kritisch ins Bewusstsein der US-Öffentlichkeit rückte.

Der Kniff, den Vonnegut fand, um den Schrecken literarisch erlebbar zu machen, war folgender: Er kombinierte das Grauen mit Trivialem, das Reale mit dem Phantastischen. Vonnegut, der ein Liebhaber von billiger Science-Fiction-Literatur war, lässt einen Teil seines Werkes auf dem Planeten Tralfamadore spielen, wohin der Romanheld Billy Pilgrim von Außerirdischen per Ufo entführt wurde. Dort erlebt er eine heile Welt, in der alles Böse überwunden ist. Diese unwirkliche Traumwelt wird kontrastiert mit der ebenso irrealen Albtraumwelt, die Billy in Dresden erlebt. Nach der Ardennenoffensive gefangen genommen, landet Vonneguts autobiografischer Romanheld als Kriegsgefangener in Dresden, wo er die Kriegsschäden beseitigen soll. Geschützt im Schlachthof 5 am Ostragehege knapp außerhalb der Stadtmitte überlebt er den Bombenhagel.

Im Buch skizziert Vonnegut das Grauen des Angriffs und die Tage danach mit nur wenigen Strichen, doch das genügte, um das US-Publikum zu erschüttern. Dort wusste außer den Bomberpiloten und einigen Historikern kaum jemand etwas über diese Katastrophe. Hiroshima und Nagasaki überlagerten alle anderen Kriegs-Tragödien. Erst dieses schmale Buch von 200 Seiten, das wegen seiner trivialen Stilmittel Ähnlichkeit mit einem Groschenroman besitzt, konfrontierte die USA mit der eigenen wenig ruhmvollen Kriegsvergangenheit in Dresden. Das Buch wurde ein Welterfolg und zählt zu den wichtigsten literarischen Zeugnissen über die Luftangriffe auf deutsche Städte. *H. Tews*

Cover: Verlag

Vom Literaturkritiker Denis Scheck ist im Deutschen Kunstverlag eine schmale Bildbiografie über Vonnegut erschienen (80 Seiten, 19.90 Euro)

Bismarcks Partner im Zweibund

Gyula Andrássy brachte es vom in effigie hingerichteten Revolutionär bis zum Außenminister einer Großmacht

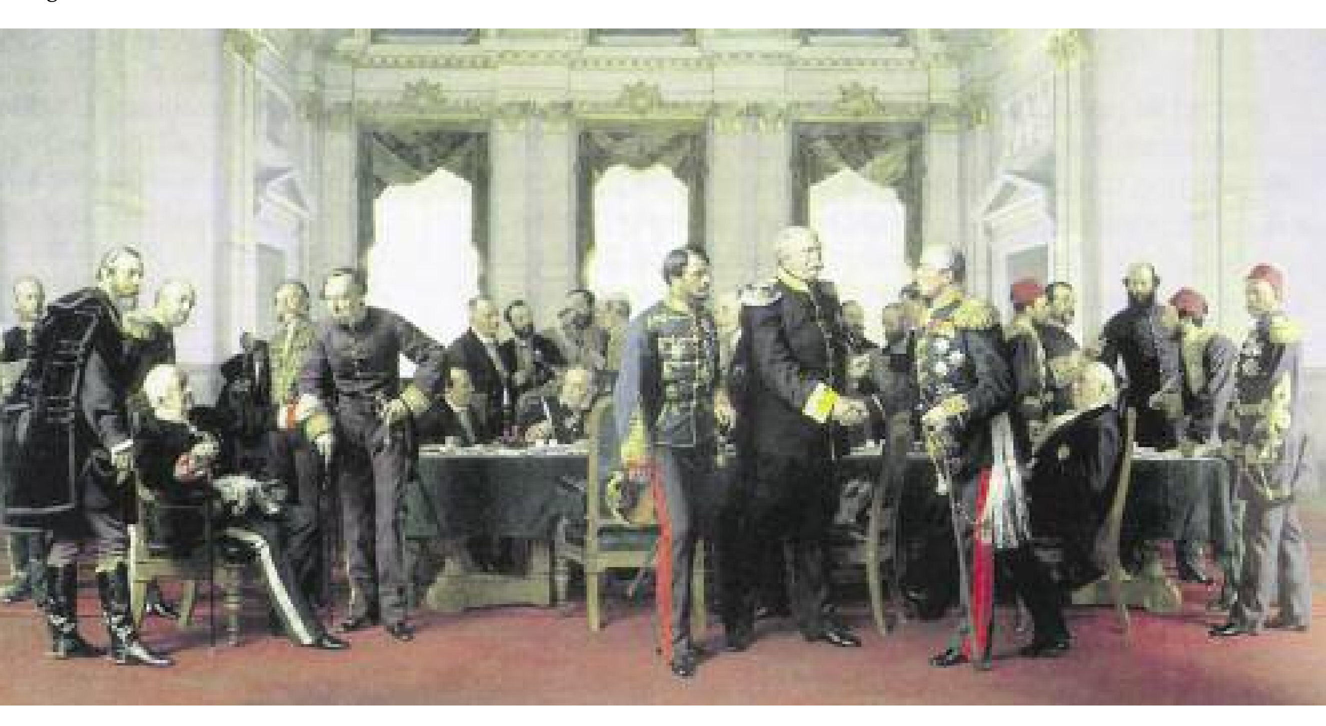
Wer bei der „Sissi"-Trilogie beim zweiten Teil „Sissi – Die junge Kaiserin" oder aber im Geschichtsunterricht beim Thema Berliner Kongress aufgepasst hat, kennt Gyula Andrássy. Vor 125 Jahren ist der ungarische Graf gestorben.

Gyula Graf Andrássy von Csík-Szent-Király und Kraszna-Horka stand seinem Herrscherhaus, den Habsburgern, ambivalent, hingegen den Preußen gleich in doppelter Hinsicht positiv gegenüber. Beides resultierte aus seinem ungarischen Nationalismus, den er mit vielen anderen Angehörigen der ungarischen Oberschicht seiner Zeit teilte.

Kindheit, Jugend und Ausbildung des am 8. März 1823 in Kaschau geborenen ungarischen Grafen verliefen standesgemäß. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Budapest, unternahm Auslandsreisen, um die Welt kennenzulernen und nahm anschließend eine seinem Stande entsprechende Stellung im Staatsaufbau ein. Die 48er Revolution und sein Nationalismus ließen ihn jedoch in Konflikt mit der Staatsgewalt geraten. Er beteiligte sich aktiv an der ungarischen Revolution gegen die Habsburger. Nachdem er sich im Kampfe gegen die Österreicher bewährt hatte, wurde er von der ungarischen Revolutionsregierung als deren Vertreter nach Konstantinopel geschickt. Nach der Niederschlagung der 48er Revolution ging Andrássy von dort ins westeuropäische Exil. In Abwesenheit wurde er von der Donaumonarchie zum Tode verurteilt und in effigie, also symbolisch, hingerichtet.

Obwohl sein deutscher Herrscher seinen Kopf wollte, entwickelte sich Andrássy im Exil aber nicht etwa zu einem Deutschlandhasser, sondern vielmehr zu einem Freund Deutschlands. Das lag daran, dass er nicht in den Deutschen, sondern in den Russen und deren Panslawismus die große Gefahr für Ungarn sah. Er wusste, dass Ungarn alleine Russland nicht gewachsen war. „Wir können nur dann siegen, wir werden nur dann nicht zum Opfer fallen, wenn wir im Kampfe nicht isoliert dastehen", sagte er. An Ungarns Seite wünschte er Deutschland. Deshalb erstrebte er ein „enge Eintracht mit den Völkern des großen Deutschlands".

Sein Streben galt deshalb guten Beziehungen zu Preußen – aber auch zu den Deutschösterreichern, mit denen er im Gegensatz zu anderen Ungarn weiterhin unter einem Staatsdach vereint leben wollte. Allerdings wünschte er für seine Landesleute Gleichberechtigung, neudeutsch: Augenhöhe mit den Deutschösterreichern. Dieses war jedoch schwerlich zu erreichen, solange die Habsburger nicht nur in Österreich die Herrschaft, sondern auch im Deutschen Bund zumindest die (Vor-)Herrschaft ausübten. In einem Herrschaftsgebiet der Habsburger, das von der Nord- und Ostsee bis zur Adria reichte, also Gesamtdeutschland einschloss, würde Ungarn nur ein Appendix, eine Provinz bleiben. Nur wenn die Herrschaft der Habsburger über die Deutschen auf jene in Österreich beschränkt würde, konnte Ungarn zur gleichberechtigten zweiten Staatssäule in der Habsburgermonarchie aufsteigen.


Ein Bild vom Berliner Kongress mit Symbolkraft: Mit Gyula Andrássy an seiner Seite reicht Otto von Bismarck dem russischen Delegationsleiter Alexander Gortschakow die Hand zur Verständigung Bild: Archiv

Insofern war Preußens Ministerpräsident Otto von Bismarck mit seinem Versuch, die österreichische Vorherrschaft in Deutschland zu beenden, Andrássys natürlicher Verbündeter. Erst nach Preußens Sieg über Österreich im Deutschen Krieg von 1866, der anschließenden Auflösung des Deutschen Bundes und dem erzwungenen Verzicht Österreichs auf die Vorherrschaft in Deutschland konnte Andrássys großes innenpolitische Ziel Wirklichkeit werden: der Aufstieg Ungarns von einer Provinz des österreichischen Kaiserstaates zu einem gleichberechtigten eigenständigen Königreich neben Österreich unter dem gemeinsamen Dache einer Doppelmonarchie. Andrássy wirkte an diesem sogenannten Ausgleich von 1867 zwischen Österreichern und Ungarn, der zur kaiserlichen und königlichen Monarchie Österreich-Ungarn führte, maßgeblich mit und wurde im Jahre des Ausgleichs der erste Ministerpräsident des nun gleichberechtigten Königreiches Ungarn.

Als Preußen 1870 durch den Krieg mit Frankreich in Bedrängnis geriet, witterten manche österreichischen Revanchisten ihre Chance. Andrássy war naheliegenderweise gegen eine Revanche, so wie er auch dagegen war, dass die Zustände von vor dem Deutschen Krieg und damit Österreichs Vorherrschaft in Deutschland restauriert wurde. Andrássy trug das Seine dazu bei, dass die Revanchisten unterlagen. Österreich-Ungarn blieb im Deutsch-Französischen Krieg neutral. Preußens Sieg bestätigte und verfestigte das Ergebnis des Deutschen Krieges, sprich das Ende der österreichischen Vorherrschaft in Deutschland. Angesichts Habsburgs Entscheidung gegen den Revanchismus war es konsequent, dass der Bismarck-kritische Deutsche Friedrich Ferdinand von Beust als Außenminister 1871 entlassen wurde und Ungarns preußenfreundlicher Ministerpräsident auf seinen Stuhl wechselte.

Gyula Andrássy Bild: Archiv

Als österreich-ungarischer Außenminister ging Andrássy nun daran, sein außenpolitisches Programm, die Absicherung der Donaumonarchie gegen Russland mit Hilfe Preußens beziehungsweise des Deutschen Reiches, zu bewerkstelligen. Andrássy wusste, dass Bismarck nicht um der Freundschaft mit Wien willen die bewährte Freundschaft mit Sankt Petersburg opfern würde. Er erkannte, dass der Weg nach Berlin über Sankt Petersburg führte und war zur Verbesserung der seit dem Krimkrieg angespannten Beziehungen zu Russland bereit. Das Dreikaiserabkommen von 1873 war ein erster Erfolg. Im Russisch-Osmanischen Krieg von 1877/78 hielt Andrássy die Füße still, aber der russische Siegfrieden von San Stefano wurde von ihm dann doch nicht widerstandslos hingenommen. Er erreichte 1878 eine Revision auf dem Berliner Kongress. Österreich-Ungarn erhielt dort das Recht, Bosnien-Herzegowina zu verwalten, und das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Russland nahm nachhaltigen Schaden. Nun war Berlin reif für ein Bündnis mit Wien unter Ausschluss Sankt Petersburgs. 1879 wurde der Zweibund geschlossen.

Diesen krönenden Abschluss von Andrássys Außenpolitik wartete dessen Kaiser Franz Joseph I. noch ab, dann gewährte er seinem Außenminister die erbetene Entlassung. Der Ungar zog sich in seine Heimat zurück. Andrássy erkrankte an Blasenkrebs. Die Suche nach einem milden Klima führte ihn an die Adria. Am 18. Februar 1890 starb er in der Villa Minach im Fischerdorf Volosko an der Kvarner Bucht. *Manuel Ruoff*

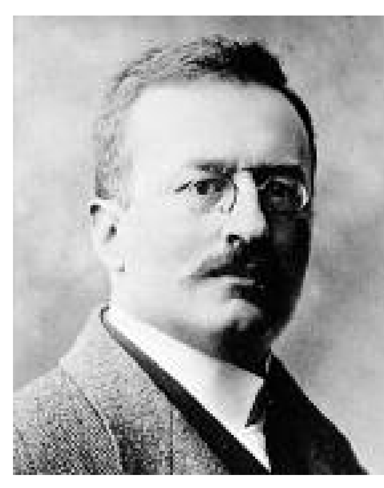
Der letzte große Landreisende der Geschichte

Sven Anders Hedin war Geograf, Topograf, Entdeckungsreisender, Fotograf, Reiseschriftsteller und Illustrator eigener Werke

Über 60 Jahre stand der Asienforscher, Kartograf und Schriftsteller Sven Hedin im Licht der Öffentlichkeit. Der am 19. Februar 1865 in Stockholm geborene und dort auch am 26. November 1952 gestorbene Schwede war der letzte große Landreisende der Geschichte und einer der bedeutendsten Forschungsreisenden aller Zeiten. Zwischen 1893 und 1935 unternahm er vier Expeditionen in die noch unbekannten Gebiete Zentralasiens. Im westlichen China und in Tibet durchquerte er Gebirge, Wüsten und Steppen, entdeckte auf dem Dach der Welt die Quellen der Flüsse Brahmaputra, Indus und Sutlej und besuchte das für Fremde verbotene Bergkloster Shigatse. In der Wüste des Tarimbeckens erforschte er den Salzsee Lop Nur. Zudem fand und untersuchte er zahlreiche archäologische Stätten. Das von ihm hinterlassene umfangreiche Kartenwerk war für die Erforschung der asiatischen Steppen jahrzehntelang die einzige Grundlage. Bei Deutschlands Kriegsgegnern in den Weltkriegen litt sein Ansehen jedoch immens durch sein Eintreten für Deutschland.

Sven Hedin war eine der bekanntesten Persönlichkeiten seiner Zeit. Auch war er der letzte Schwede, der in den Adelsstand erhoben wurde. Auf seinem Adelswappen prangt auf goldenem Schildgrund ein blauer Globus mit dem lichten Abbild Asiens, darunter in lateinischer Sprache sein Motto: „Voluntate et labore" – „Durch Willen und Arbeit". In Orient und Okzident traf er mit weltlichen Herrschern und religiösen Oberhäuptern zusammen, wurde mit Orden und Ehrungen überhäuft. Mit dem deutschen Kaiser und dem Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg stand er in Kontakt. Man bewunderte ihn wegen seiner Ausdauer und der Zähigkeit, mit der er den Naturgewalten trotzte, doch ebenso sehr wegen seiner diplomatischen Fähigkeiten, da er immer wieder Fährnisse wie die Restriktionen der asiatischen und englischen Machthaber überwand. Allerdings war dabei oft auch Glück mit im Spiel. Seinen harten Kampf mit der Natur vermarktete Hedin mit beispiellosem Fleiß und Erfolg. Außer Schwedisch, seiner Muttersprache, sprach er Deutsch, Englisch, Persisch, Tatarisch und Russisch. Seine Produktivität als Schriftsteller war phänomenal.

Fast unübersehbar ist die Liste seiner wissenschaftlichen und populären Schriften und Bücher. Hedins internationaler Ruhm wurde durch sein 1899 erschienenes zweibändiges Reisebuch mit dem Titel „Durch Asiens Wüsten" begründet, das von seiner ersten Expedition durch die Taklamakan 1893 bis 1897 handelt. Wo heute entlang der alten Seidenstraße eine Asphaltstraße durch die Wüste führt, wäre Sven Hedin beinahe verdurstet. Er rettete sich durch das Trinken von Kamelurin, Schafs- und Hühnerblut. In letzter Minute fand er einen Wassertümpel. Einige der Expeditionsteilnehmer kostete hingegen das Trinken von Spiritus das Leben. Um 1900, als Menschen aller Gesellschaftskreise abends bei Lampenschein um den Tisch saßen und einander vorlasen, waren spannende Reise- und Abenteuerbücher eine Sensation.


Sven Hedin Bild: Archiv

Nach der Beendigung seiner beiden darauf folgenden Expeditionen von 1899 bis 1902 und von 1905 bis 1908 folgten jeweils weitere populäre Bücher, sämtlich mit Karten, zahlreichen Fotos und den künstlerisch hochwertigen Zeichnungen des Autors ausgestattet. Die höchsten Auflagen druckte der Verlag Brockhaus in Deutschland. Absolute Publikumslieblinge waren „Transhimalaya" (drei Bände, 1909–12), der in 28 Sprachen übersetzte internationale Bestseller „Von Pol zu Pol" (drei Bände, 1911/12) und „Rätsel der Wüste Gobi" (1931). Durch den Verkauf der Bücher und Vortragsreisen kreuz und quer durch Europa finanzierte Hedin überwiegend seine Expeditionen. Die wissenschaftlichen Ergebnisse wurden jeweils in mehrbändigen Dokumentationen veröffentlicht, deren Umfang von Mal zu Mal zunahm. So umfasst die „Southern Tibet" betitelte Dokumentation über seine dritte Expedition, die ihn von 1905 bis 1909 nach Tibet führte, nicht weniger als zwölf Bände, davon drei Atlanten auf der Grundlage von 1736 Panoramastreifen von insgesamt 875 Metern Länge. Mehrere Autoren waren daran beteiligt. Nach acht Überquerungen des Transhimalaya hatte sich der Umfang der kartografischen Aufzeichnungen verdoppelt, verglichen mit der zweiten Expedition. Der bis zu 7000 Meter hohe innere Gebirgszug des Transhimalaya, der die Wasserscheide zwischen den ins asiatische Binnenland und den in die Meere fließenden Flüssen bildet, wurde ihm zu Ehren Sven-Hedin-Gebirge genannt.

„Schon mit zwölf Jahren sah ich mein Ziel ziemlich deutlich vor mir", schrieb der Sohn eines Stockholmer Architekten in seinem autobiografischen Werk „Mein Leben als Entdecker". Mit 16 Jahren begann er seine Arbeit an einem Weltatlas, den er mit 18 vollendete. Tiefen Eindruck machte auf ihn der begeisterte Empfang, den die Stockholmer an einem Frühlingsabend des Jahres 1880 dem Polarforscher Erik von Nordenskjöld bereiteten, der mit seinem Auxiliarsegler „Vega", einem Segelschiff mit einem zusätzlichen Hilfsantrieb zur besseren Manövrierfähigkeit in Engen, Straßen, Häfen und zur Fahrt in Flauten, die Nordostpassage durchquert hatte.

Gerade hatte er sein Abitur hinter sich, als er 1886 auf einer Reise durch Persien vom Zauber des Orients ergriffen wurde. Daraufhin ließ er seinen Plan fallen, als Erster den Südpol zu erreichen, stattdessen packte ihn der Ehrgeiz, in Zentralasien Entdeckerruhm zu erlangen. Nach dem Geografiestudium in Stockholm, Uppsala und Berlin, wo er bei dem berühmten Chinaforscher Ferdinand Freiherr von Richthofen Vorlesungen hörte, trat der 25-Jährige 1890 seine zweite Persienreise an, diesmal als Mitglied einer königlich-schwedischen Gesandtschaft. 1892 schloss er sein Studium in Halle mit dem Doktorgrad ab und bereitete seine erste Expedition vor.

Vor 150 Jahren kam der deutschfreundliche Schwede in Stockholm zur Welt

Als glücklichste Zeit seines Lebens hat Hedin immer wieder die Jahre bezeichnet, die er in der Einsamkeit Innerasiens zubrachte. Zuletzt leitete er von 1927 bis 1930, also bis zum Alter von 70 Jahren, ein groß angelegtes, schwedisch-chinesisches Forschungsprojekt in der Mongolei, der Gobi und in Ostturkestan, das heute von den Uiguren bewohnte Autonome Gebiet Xinjiang. Mehrmals mussten die Arbeiten unterbrochen werden, da die Mannschaft aus internationalen Wissenschaftlern, darunter zwei Deutsche, in die Wirren des chinesischen Bürgerkrieges geriet. Bei dieser Unternehmung ersetzten oftmals Autos und Telegrafen Kamele und reitende Boten. 55 zu großen Teil posthum erschienene Bände sind das Ergebnis dieser Expedition.

Im Ersten Weltkrieg hat sich Hedin in Büchern und Schriften eindeutig und engagiert für das Deutsche Reich und dessen Verbündete eingesetzt, weshalb unter anderem die exklusive „Royal Geographical Society" und das Kaiserreich Indien (Indian Empire) die ihm verliehenen Auszeichnungen 1915 annullierten. In seinem Heimatland Schweden hatte er seit Kriegsbeginn 1939 wegen seiner Verbindungen zu hochrangigen Nationalsozialisten einschließlich Adolf Hitler einen schweren Stand. Indessen arbeitete der betagte, immer noch unermüdliche Schriftsteller, um den es einsam geworden war, in seiner Stockholmer Wohnung hoch über dem Riddarfjärden noch jahrelang weiter an wissenschaftlichen und autobiografischen Werken. Als er 1952 mit 87 Jahren starb, würdigten ihn seine Forscherkollegen zurückhaltend, galt es doch als anstößig, Wissenschaft mit Abenteuerlust zu kombinieren. Eine Zeitlang geriet Sven Hedin in Vergessenheit, bis seine Bücher im Zuge der Tibet-Begeisterung der 60er und 70er Jahre eine kurze Renaissance erlebten. *Dagmar Jestrzemski*

Fast ein zweites Tannenberg

In der Winterschlacht in Masuren versuchte Hindenburg vor 100 Jahren nach der 2. nun die 10. russische Armee einzukesseln

Während die Tannenbergschlacht in Deutschland heute noch ein Begriff ist, scheint die sogenannte Winterschlacht in Masuren vom 7. bis 22. Februar 1915 total vergessen zu sein. Dabei waren ihre Auswirkungen mit den Ergebnissen des deutschen Sieges von Tannenberg durchaus vergleichbar.

Auch bei dieser Schlacht hatte General Paul von Hindenburg auf deutscher Seite den Oberbefehl inne. Neben dem Sieger der Schlacht bei Tannenberg, seiner 8. Armee, die mittlerweile von Otto von Below befehligt wurde, stand dem Oberbefehlshaber der gesamten deutschen Streitkräfte im Osten (OberOst) diesmal auch das XXXX. Reserve-Korps unter dem General der Infanterie Karl Litzmann sowie die zwischenzeitlich neu aufgestellte 10. Armee zur Verfügung. Diese von Hermann von Eichhorn befehligte Armee bestand aus dem XXXVIII. und dem XXXIX. Reservekorps sowie dem aus Elsässern und Lothringern bestehende XXI. Armeekorps. Jenes Korps hielt man beim Einsatz im Westen für unzuverlässig, aber im Osten schlug es sich hervorragend.

Die russische 10. Armee unter dem deutschbaltischen General Thadeus Baron von Sievers sollte – ähnlich wie bei Tannenberg 1914 die russische Narew-Armee – umfasst und vernichtet werden. Man bezweckte damit, den letzten Streifen ostpreußischen Bodens, auf dem die Russen immer hinter der ungefähren Linie Nikolaiken–Lötzen–Angerburg–Darkehmen–Gumbinnen standen, zu befreien. Daher rührt auch der Namen „Winterschlacht in Masuren“.

> Der Zar verlor knapp 160 000 Mann, der Kaiser 16 200

Zur Einkreisung dienten den Deutschen als linker Flügel Eichhorns 10. Armee mit ihrem Armeeoberkommando in Insterburg und als rechter Flügel Belows 8. Armee mit ihrem Armeeoberkommando in Sensburg. Der deutsche Angriff kam einem neuen russischen Großangriff auf Ostpreußen zuvor. Geheimhaltung und Spionageabwehr auf deutscher Seite funktionierten wie weiland bei der Schlacht von Tannenberg vorzüglich. Noch bevor die Russen losschlugen, ergriff Hindenburg die Initiative und ging in Richtung Osten vor. Hauptmann Hans von Redern schrieb über den Beginn der Offensive am 7. Februar 1915 und den herrschenden Geist in der deutschen Truppe:

„Wie üblich bezeichneten in Flammen aufgehende Ortschaften die Rückzugslinien des Gegners. Es war ein schauerlich-schönes Bild, wenn wir in die Dunkelheit hinein marschierten und rings am Horizont lohende Gehöfte und hell brennende Dörfer uns den Weg beleuchteten. Diesen Mordbrennern mußten wir an den Kragen! Das war der einzige Gedanke, der uns ohne Rast vorwärtstrieb.“

Das russische Hauptquartier des Kommandos des Obersten Befehlshabers (Stawka Werchownowo Glawnokomandujuschtschewo, kurz Stawka) Großfürst Nikolai Nikolajewitsch wie auch der zuständige Heeresgruppenbefehlshaber der Nordwest-Front, General Nikolai Russkij, schätzten den deutschen Angriff in seinen Dimensionen anfangs falsch ein. Man hielt alles nur für lokale Angriffsoperationen, die auf die kleine Festung Ossowitz und die Garnisonsstadt Kauen (Kowno, Kaunas) zielten. Erst zwischen dem 11. und dem 14. Februar 1915 wurde den Russen der ganze Ernst der Lage klar. Dies war kein lokaler deutscher Angriff, sondern eine auf die Einkreisung der 10. Armee zielende Operation, wobei deren rechte Flanke bereits zerschlagen war.

Nunmehr bemühte man sich – wie bei Tannenberg – zu retten, was noch zu retten war. Doch der beschleunigte russische Rückzug glich oft genug einer panischen Flucht. Die Spuren dieser Flucht beschrieb Redern wie folgt:

Die Russen hatten, „als sie sich verloren sahen, die Säcke“ mit Militärproviant „von den Fahrzeugen heruntergerissen, sie aufgeschnitten und alles wahllos auf die mit tauendem Schnee bedeckte Straße verstreut. Bis an die Knöchel watete man in Zucker, Hafer, Tee und Röstbrot. Beim Anblick der Bagagewagen bekam man einen Einblick, wie die Russen in Ostpreußen gehaust hatten. Alles was nicht niet- und nagelfest war, hatten sie mitgehen heißen: Damenhüte mit großen Federn, Damenkleider und Blusen, Nähmaschinen, Grammophone, aus dem Rahmen geschnittene alte Bilder und Stiche, Geweihe und Gehörne, Kunstgegenstände aller Art, Schreibmaschinen ...“



Bild: Archiv

Damals ein Postkartenmotiv: Kaiser Wilhelm II. besucht Lyck nach der siegreichen Schlacht

Zwei russischen Armeekorps gelang es unter großen Verlusten zu entkommen, ein weiteres war zerschlagen und das XX. Armeekorps unter General Pawel Bulgakow kapitulierte. Die russische Armee büßte knapp 60 000 Tote und Verwundete, etwa 100 000 Gefangene und 300 Geschütze ein. Die deutschen Verluste betrugen rund 16 200 Mann. Der deutsche Sieg besaß eine ähnliche Dimension wie der von Tannenberg. Der Befehlshaber der 10. Armee wurde abgesetzt und in die Wüste, dass heißt als Truppenbefehlshaber nach Sibirien, geschickt. Dort beging er kurz darauf Selbstmord. Auch der Befehlshaber der Nordwest-Front erhielt den blauen Brief. Ihren für das Frühjahr 1915 geplanten Vorstoß nach Ostpreußen führte die russische Armee nicht mehr durch. Stattdessen wurde sie im Mai 1915 von einer weiteren deutschen Großoffensive, dem erfolgreichen Frontdurchbruch bei Görlitz und Tarnau in Galizien, überrascht und weit nach Osten zurückgedrängt.

Mit der Zerschlagung der einst so siegesgewissen 10. Armee in den Wäldern von Augustów, knapp hinter der ostpreußischen Grenze begannen die großen russischen Niederlagen des Jahres 1915, die letztlich den russischen militärischen und politischen Zusammenbruch 1917 einleiteten. Deshalb stellte die Niederlage der 10. Armee für die Russen ein großes Trauma dar und gehörte im Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen zum Standardlehrprogramm der sowjetischen Militärakademien.

Jürgen W. Schmidt

Nicht umsonst sprechen manche von der Winterschlacht bei Lyck und Augustów

Das Hauptkontingent des russischen Heeres lag in Lyck, das seit dem 7. November 1914 zum dritten Mal besetzt war. Der deutschen Heeresführung war die Massierung der Russen in Lyck bekannt. Am 11. Februar 2015 begann unter dem Befehlshaber der 8. Armee, General Otto von Below, der Angriff auf Lyck. Die Russen hatten um die Kreisstadt herum, begünstigt durch die vielen Landengen zwischen den Seen, einen Verteidigungsring aufgebaut. Es kam zu heftigen Kämpfen mit großen Verlusten auf beiden Seiten. Auch zwischen dem Großen Sawinda-See und dem Woszeller See war acht Kilometer nordwestlich von Lyck eine Verteidigungssperre aufgebaut. Die Russen verteidigten sich tapfer. Vom zwei Kilometer westlich der Verteidigungssperre liegenden Grabnick aus beobachtete am 14. Februar Kaiser Wilhelm II. mit einem Scherenfernrohr die Kämpfe.

Nach der Beendigung dieses Krieges wurde dort ein Soldatenfriedhof mit dem sogenannten Kaiserstein errichtet. Der Friedhof besteht heute noch. Anstelle des „Kaisersteines“ ziert heute ein schlichtes Holzkreuz die Stelle der Beobachtung durch den Kaiser. Im Übrigen gibt es im Kreis Lyck mit ungefähr 30 so viele Soldatenfriedhöfe wie sonst nirgendwo. Der bedeutendste unter ihnen ist wohl der Friedhof mit den drei Kreuzen bei Bartossen, das „Masurische Golgatha“.

Gleichzeitig mit dem Angriff auf Lyck gelang es den deutschen Kräften, Lyck weiträumig zu umgehen. Der linke Flügel unter dem Befehlshaber der 10. Armee, General Hermann von Eichhorn, marschierte aus der Gegend um Gumbinnen in Richtung Suwalki. Der rechte Flügel unter dem Befehlshaber des XXXX. Reservekorps, General Karl Litzmann, marschierte aus der Gegend von Johannisburg auf polnischem Gebiet nahe der Reichsgrenze über Grajewo und Rajgrod in Richtung Augustów. Hier trafen sich beide Einheiten, die Einkreisung war vollendet.

Als die Russen nach den verlorenen Kämpfen um Lyck sich nach Osten zurückziehen wollten, tappten sie in eine Falle und wurden vernichtend geschlagen.

Lyck wurde am 14. Februar endgültig befreit. Kaiser Wilhelm II. besuchte am 16. Februar das stark zerstörte Lyck. Als Dank für die Befreiung wurden in Lyck Straßen umbenannt beziehungsweise neu benannt. Aus der Hauptstraße wurde die Kaiser-Wilhelm-Straße, aus der Bahnhofstraße wurde die Hindenburgstraße. In der Siedlung Sperlingslust wurde eine Straße nach General Litzmann benannt. Die Ziegeleistraße wurde in Morgenstraße umbenannt. Generalleutnant Curt von Morgen war als Befehlshaber des zur 8. Armee gehörenden I. Reservekorps auch an der Befreiung Lycks beteiligt gewesen. Das gleiche gilt für den Befehlshaber der zum I. Reservekorps gehörenden 2. Division, General Adalbert von Falk. Eine Falkstraße gab es aber schon in Lyck, die war nach dem gleichnamigen Vater und Kultusminister benannt. Dafür wurde Falk junior ebenso wie sein Vater und Hindenburg Ehrenbürger von Lyck. *Gerd Bandilla*

Dreimal bewahrte er Berlin vor der Einnahme

Der Befreiungskrieger Friedrich Wilhelm Bülow von Dennewitz verlor keine einzige Schlacht – Vor 260 Jahren starb er in Königsberg

Am 16. Februar 1755 wurde in Falkenberg (Altmark) Friedrich Wilhelm Freiherr von Bülow als Spross eines uralten Geschlechts geboren. Unter fünf Söhnen galt er als der dümmste. „Unser Bruder Friedrich Wilhelm ist der dümmste von uns allen“, sagten seine Geschwister, „aber er ist immer noch klüger als alle preußischen Generale.“ Doch in der Ausbildungszeit war er es, der mit seinem Wechsel die Schulden der Brüder deckte, und der 1768 in die preußische Armee eingetretene Offizier, der immerzu komponierte und verschiedene Instrumente spielte, wäre vielleicht unbeachtet geblieben, hätten nicht sein Wuchs, sein männlich-schönes Gesicht und die dunkelblauen Augen die Aufmerksamkeit der Gräfin Wilhelmine von Lichtenau erregt. Diese empfahl Bülow der Förderung durch König Friedrich Wilhelm II., deren anfängliche Maitresse sowie spätere Vertraute und Beraterin sie war. Fortan wetteiferten Bülows Vorgesetzte darin, den bei Hof beliebten Offizier vorankommen zu lassen.

1793 wurde Bülow als Stabskapitän Prinz Louis Ferdinand zugeteilt, gegen den er sofort blank zog. Von einem Duell mit dem Vetter des Königs war er erst abzubringen, als dieser einen Irrtum einsah und ihm um den Hals fiel. Gemeinsam nahmen sie 1792 bis 1795 am ersten Koalitionskrieg teil. Bülow wurde 1794 Major und 1797 Kommandeur eines ostpreußischen Füsilierbataillons. Als Oberst und Chef der 2. Füsilierbrigade kam er 1806 zwar weder bei Jena und Auerstedt noch bei Preußisch Eylau ins Gefecht, konnte sich aber auf der Kurischen Nehrung persönlich auszeichnen und mit seinen 3000 Mann zeigen, wie geschickt er gegen einen überlegenen Feind zu operieren verstand.

Napoleon kannte seitdem Bülows Namen und zeichnete ihn bei Besichtigungen der nun verbündeten preußischen Truppen mehrfach aus. Als Bülow auf einem Bankett alle Sticheleien von französischer Seite dank seiner vollkommenen Beherrschung der französischen Sprache und seines flinken Verstandes souverän beantwortete, fiel vom Kaiser die Bemerkung: „Sieh an, ein echter General!“

Seit 1808 Generalmajor und als Kommandeur einer Infanteriebrigade in Treptow dem pommerschen Korps Gebhard Leberecht von Blüchers unterstellt, war Bülow als Mann des Vertrauens der aussichtsreichste Kandidat für jenen Posten, den 1812 schließlich Ludwig Yorck von Wartenburg erhielt. König Friedrich Wilhelm III. mag dies nach der Konvention von Tauroggen bedauert haben, doch standen auch die Bülows nicht eben in dem Ruf, besonders umgängliche und bequeme Zeitgenossen zu sein. Dass Bülow ein ebensolcher Dickschädel wie Yorck sein konnte, beweisen dessen Briefe nach Berlin, als beide in einem Kommando zusammentrafen.

Bild: Archiv

Bülow von Dennewitz

„Wer uns zusammenbringt, wird die Folgen zu verantworten haben“, schrieb Yorck und „Wer Bülow und mich kennt, muss voraussehen können, dass wir in den ersten acht Tagen uns in den Haaren liegen“. Anstelle Yorcks wurde Bülow 1812 als Generalleutnant Generalgouverneur von West- und Ostpreußen, wo er durch die Aufstellung starker Verbände die preußische Erhebung gegen Napoleon vorbereitete.

Zu Beginn der Befreiungskriege übernahm Bülow – mit Hermann von Boyen als Generalstabschef – den Befehl über das III. preußische Korps, mit dem er zunächst am 5. April 1813 bei Möckern den ersten alliierten Sieg in den Befreiungskriegen über Napoleons Stief- und Adoptivsohn Eugène de Beauharnais entschied. Bülow schrieb nach der Schlacht: „Unsere Truppen fochten mit einer unbeschreiblichen Erbitterung!“ Am 2. Mai 1813 erstürmte er Halle.

Anschließend wurde Bülow Befehlshaber des preußischen Kontingents der Nordarmee unter dem Kronprinzen Karl Johann von Schweden, Napoleons vormaligem Marschall Jean Baptiste Bernadotte. Durch seine Siege über Marschall Charles Nicolas Oudinot bei Luckau und Groß Beeren am 4. Juni und 23. August 1813 sowie über Marschall Michel Ney bei Dennewitz am 6. September 1813 bewahrte er Berlin dreimal vor der Einnahme durch die Franzosen – gegen die Befehle Karl Johanns.

Ebenfalls ohne den „Zigeuner“ Bernadotte deckte er am 3. Oktober Blüchers Elbübergang bei Wartenburg. In der Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis 19. Oktober 1813 war er ebenso erfolgreich wie bei der Vertreibung der französischen Truppen aus Nordwestdeutschland.

Im Herbst- und Winterfeldzug fand Bülows Korps zunächst bei der Befreiung der Niederlande Verwendung. Am 30. November 1813 erstürmte es Arnheim, besetzte den Bommeler Waard und wies am 11. Januar 1814 einen französischen Vorstoß bei Hoogstraeten zurück.

Am 8. Februar 1814 zog Bülow in Brüssel ein, konnte aber das von Lazare Carnot verteidigte Antwerpen nicht nehmen. Dennoch vereinigte er sich rechtzeitig genug mit Blücher, um am 9. März Anteil am Sieg bei Laon zu nehmen.

Nach dem Einmarsch in Paris hob ihn Friedrich Wilhelm III. mit dem Titel Bülow von Dennewitz in den erblichen Grafenstand und ernannte ihn zum General der Infanterie. 1815 erhielt er das Kommando des neu aufgestellten IV. Korps, kam bei Ligny nicht mehr zum Einsatz, entschied aber durch seinen Angriff bei Plancenoit die Schlacht bei Belle Alliance.

Nach Yorcks Demission übernahm Bülow 1815 erneut das Generalkommando des I. Korps in Königsberg. Dort ist er am 25. Februar 1816 gestorben. In einem schlichten Mausoleum auf seiner Domäne Grünhof, die er 1814 zusammen mit Neuhausen als Dotation erhalten hatte, fand Friedrich Wilhelm Graf Bülow von Dennewitz seine letzte Ruhestätte. *E.B.*

Die Natur ist unbestechlicher Zeuge des Klimawandels

Zu: Zustandsbeschreibung statt Unwort (Nr. 3)

In punkto Umweltberichterstattung tun sich gelegentlich die *PAZ*-Autoren schwer und begeben sich auf argumentativ dünnes Eis. Das „Waldsterben“ wurde schon in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts von weitsichtigen Forstleuten erkannt, die jedoch seinerzeit kaum beachtet wurden. Spätestens Ende der 70er Jahre konnte jeder Erkenntniswillige zum Beispiel im Erzgebirge oder im Bayerischen Wald großflächig die massiven Krankheitsbilder – insbesondere an Nadelhölzern – sehen. Kalamitäten taten ein Übriges, die geschwächten Bäume zum Absterben zu bringen. Laubhölzer haben den Vorteil, ihre Blätter jährlich zu erneuern.

Nadelhölzer müssen mit ihren luftverschmutzungsgeschädigten Assimilationsorganen bis zu sieben Jahren auskommen. Ein flächenhaftes Baumsterben gibt es auch heute noch zum Beispiel durch Grundwasserabsenkung wegen des hohen Wasserverbrauchs der Ballungsräume. Neben dem Wassermangel, der natürlich auch die Bäume trifft, kommt es zum Beispiel zu Maikäfer-Kalamitäten, da die Engerlinge nicht mehr durch hohe Grundwasserstände dezimiert werden.

In den 1980er und frühen 1990er Jahren hat die Forstpartie begonnen, den Wald statistisch gesund zu sägen. Kranke Bäume wurden entnommen und die Anzahl leicht geschädigter beziehungsweise gesunder Bäume nahm im Verhältnis zu den schwer geschädigten oder gar abgestorbenen zu. Inzwischen hat sich durch die Luftreinhaltungsbemühungen und Kalkungen auf Waldflächen tatsächlich der Waldzustand gebessert.

Entwarnung kann jedoch noch nicht gegeben werden. Immissionsschäden sind auch heute noch nachweisbar. Dass die Forstpartie, die mehrheitlich nachhaltig und eher konservativ orientiert ist, sich bereits im Hinblick auf den zukünftigen Waldbau mit dem Klimawandel befasst, ist nicht das einzige Indiz dafür, dass er tatsächlich stattfindet. Die Natur, politisch und ökologisch völlig unmotiviert, ist ein unbestechlicher Zeuge.

So dringen immer mehr wärmeliebende Arten nord- und bergwärts in Areale vor, in denen sie bislang nie oder nur als Rarität vorkamen. Viele Arten vermehren sich hierzulande kräftig, weil harte Winter als Regulator ausfallen. Dass die Permafrostgrenze in den Alpen immer höher steigt und die Gletscher abschmelzen, kann wohl auch kein unvoreingenommen sehender Mitmensch ignorieren.

Horst Mauer, Hofheim am Taunus

Waldsterben? Das war einmal. Dem deutschen Wald geht es heute verhältnismäßig gut. Doch zeigen sich in der Natur auch Anzeichen, die auf einen Klimawandel hindeuten können? Bild: action press

Was Churchill sagt

Zu: Er gewann den Krieg, aber verlor das Empire (Nr. 4)

Churchill schrieb in der „Times“ am 7. November 1938 einen offenen Brief an Adolf Hitler: „Sollte England in ein nationales Unglück geraten, das dem Unglück Deutschlands von 1918 vergleichbar ist, so werde ich Gott bitten, uns einen Mann zu senden von Ihrer Kraft des Willens und des Geistes.“

Bereits 1937 schrieb Churchill über Hitler: „Man kann Hitlers System mit Abneigung gegenüberstehen, aber trotzdem seine patriotischen Großtaten bewundern. Sollte unser Land einmal besiegt werden, so hoffe ich, dass wir einen Vorkämpfer des gleichen Schlages finden, der imstande ist, unseren Mut neu zu beleben und uns auf den Platz zurückzuführen, der uns unter den Nationen gebührt.“ Deutschland wurde ihm 1939 zu stark. Kommentar überflüssig.

Wilhelm Meier, Frankfurt/M

Eine andere, gewalttätige Welt

Zu: Jedes Maß verloren (Nr. 3)

Anlässlich der Straßenunruhen in Frankreich im Oktober/November 2005 zwischen Immigranten und Einheimischen stellte der französische Philosoph André Glucksmann fest: „Sie integrieren sich gerade dadurch, dass sie Autos anzünden, sogar dadurch, dass sie Menschen anzünden. Sie integrieren sich durch den Protest.“ Diese Feststellung ist nicht von einem deutschen Nazi, sondern von dem Sohn einer jüdischen Familie getroffen worden.

Der französische Rapper Mac Tyer spricht in dem Zusammenhang von einer „anderen Welt“. Wie sich diese mit ihren nicht wegzudiskutierenden massiven Problemen sich präsentiert, ist besonders in Frankreich als ein Abschreckungsszenario zu studieren: Man beschäftige sich bitte einmal mit den „Banlieues“.

Ist es schon vergessen, dass der damalige Staatspräsident Nicolas Sarkozy es angesichts der Straßenschlachten in den Vororten zwischen muslimischen Jugendlichen und der Polizei für nötig hielt, die Forderung aufzustellen, „das Gesindel wegzukärchern“? Wohlgemerkt, mit „Gesindel“ meinte der französische Präsident die muslimischen Jugendlichen.

Ebenso wie in Frankreich leiden auch in Großbritannien zahlreiche Städte unter der großen Zahl ihrer muslimischen Mitbürger. Aber es wäre eine Verkennung der Realitäten, in diesem Zusammenhang nur Frankreich und Großbritannien zu erwähnen.

Ebenso sind in nahezu allen deutschen Städten ganze Straßenzüge oder gesamte Stadtteile zu besichtigen, die als eindrucksvolle Anschauungsbeispiele für die Feststellung, „das ist eine andere Welt“, dienen können. Die Orientalisierung ist unübersehbar.

„Eine andere Welt“ bedeutet auch, auf der einen Seite eine postchristliche, weitgehend atheistische, auf der anderen Seite eine fromm-islamische Gesellschaft im Land zu haben. Das gibt auf lange Sicht Bürgerkrieg. Wenn schon Kurden und Türken nicht friedlich zusammenleben können, werden islamistische Türken wohl kaum die „ungläubigen“ Deutschen in Frieden lassen.

„Eine andere Welt“ bedeutet auch grausamer Religionskrieg zwischen Sunniten und Schiiten, Sunniten gegen Alawiten, ausgetragen inmitten der Bevölkerung. Einzelne Kämpfe dieser Art haben bereits im Herbst 2014 stattgefunden. Ein gewaltsames Zusammenstoßen zwischen den verschiedenartigen und potenziell feindlichen Kulturen ist unvermeidlich, wenn nicht die vorläufig noch bevölkerungsreichere Seite durch Nachgiebigkeit alle Konflikte zu entschärfen sucht.

Ich wehre mich dagegen, dass die zurzeit agierenden Politiker bereitwilligst daran arbeiten, dass die Aussage, „das ist eine andere Welt“, uneingeschränkt und unumkehrbar in Deutschland Gültigkeit gewinnt. Ich wehre mich dagegen, dass die Türkisierung Deutschlands als alternativlos akzeptiert wird. Eine Betrachtung der deutschen Spitzenpolitiker führt zwangsläufig zu dem Schluss, dass sie nicht erkennen, eine Zivilisation zugrundezurichten, indem sie deren Substanz vernichten.

Joachim Wiegand, Bückeburg

Leserbriefe bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Wir leben in einem mediokratisch-ökologistischen Sozialismus

Zu: Die Saat des Hasses (Nr. 4)

Die Bundeskanzlerin sagte in ihrer Neujahrsansprache: „Heute rufen manche montags wieder ‚Wir sind das Volk'. Aber tatsächlich meinen sie: Ihr gehört nicht dazu – wegen Eurer Hautfarbe oder Eurer Religion ...“

Ich kann in den 19 Forderungen der Pegida-Bewegung weder Fremdenfeindlichkeit und Rassismus noch Intoleranz gegenüber irgendeiner Religion erkennen. Bezeichnenderweise wurden diese Forderungen nicht von den Zeitgeistmedien publiziert, weil das Volk offensichtlich zu dumm ist zu begreifen, was wirklich gemeint ist. Allerdings wird ein entschiedener Widerstand gegen den Export religiöser Konflikte innerhalb des Islams nach Deutschland, unserem Heimatland, zum Ausdruck gebracht. „Ihr gehört nicht dazu“ trifft aber dennoch den Kern. Es handelt sich um eine Abgrenzung von der etablierten politischen Klasse, von der Arroganz der Macht. Es ist ein weiteres „Nicht in unserem Namen“. Parallelen zu 1989 sind also durchaus gegeben. Viele der heutige Demonstrierenden waren offensichtlich auch 1989 auf der Straße und haben die Freiheit erkämpft. Wenigstens Frau Merkel sollte wissen, dass diese Leute schon 1989 gesagt haben „nu erscht recht“ und mit Einschüchterungsversuchen nicht kleinzukriegen sind.

Aus den Äußerungen vieler Politiker, aber auch der Leitung der evangelischen Kirche, die übrigens seit fast 100 Jahren immer auf Seiten des Zeitgeistes und der jeweiligen politischen Korrektheit steht – von den deutschen Christen zur Kirche im Sozialismus bis zur Amtskirche von heute –, kann ich nur auf eine tiefe Verachtung des Volkes schließen. Offensichtlich werden die mutigen Dresdener und andere Bürger, die ihre Sprachlosigkeit überwunden haben, als unmündige Kinder betrachtet, die die Kompliziertheit der Welt nicht begreifen können. Wir werden uns sehr große Mühe geben müssen, um das Vertrauen wieder zu erlangen.

In den politisch korrekten Medien, die alles dominieren, sind Verschweigen, Verkürzen, Lügen, Desinformationskampagnen oder Verunglimpfung missliebiger Personen an der Tagesordnung. Nahezu jeder konservative Gedanke wird als rassistisch, fremdenfeindlich oder neonazistisch abgekanzelt.

Viktor Klemperer hat in seinem philologischen Notizbuch „LTI“ (lingua tertii imperii) die Sprache des Dritten Reiches und im letzten Band seiner Tagebücher die LQI (lingua quarti imperii), die Sprache des Vierten Reiches, des real existierenden Sozialismus, gebrandmarkt. Die lingua quinti imperii, die Sprache eines Fünften Reiches (ich nenne dies mediokratisch-ökologistischer Sozialismus), klopft nicht nur an die Tür, sie ist längst eingetreten. Ich sehe aber keine Gleichschaltung der Medien, wie Günter Grass meint, sondern die Strippenzieher der Mediokratie machen Politik und bestimmen den Kurs.

Unter dem Deckmantel der Governance werden sie uns übrigens von aller Staatlichkeit befreien, vor allem vom Nationalstaat. Das Credo der Königsberger Künstlerin Käthe Kollwitz seit 1914 waren Goethes Worte „Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden“. Es ist nicht nur das tägliche Vermahlen menschlichen Saatkorns durch Kriege und Terrorismus, das mich erschauern lässt, sondern auch die geistige, ideologische Brandstiftung von Links- und Rechtsextremen und das feige, sich wegduckende Gehabe der Parteien vor linken Schreihälsen und extremistischen Straftätern. Ist aus „sapere aude“ („Wage es, weise zu sein!“) endgültig „sapere ade“ geworden?

Das Gebot der Stunde sollte lauten: „die Waffen nieder“. Der Geist, die Argumente sollten aufeinanderprallen und nicht Fäuste oder Phrasen. Das hat aber etwas mit Toleranz zu tun und nicht mit Geschwätz.

Gerd Kistner, Rampe

Völlige Ignoranz

Zu: Die größte Schiffskatastrophe der Geschichte (Nr. 4)

Auch der 70. Jahrestag des Untergangs des Flüchtlingsschiffs „Wilhelm Gustloff“ in der Ostsee am 30. Januar 1945 ist – wie auch viele andere Jahrestage – von der breiten Öffentlichkeit ohne jedes Gedenken vorübergegangen. Als Betroffener – wir flüchteten in derselben Nacht mit der „Göttingen“ und nahmen noch 28 Überlebende der „Gustloff“ auf – bin ich in jedem Jahr fassungslos über diese unfassbare Ignoranz unserer Medien.

Gerade in der gegenwärtigen Flüchtlingsdebatte in unserem Land ist es für mich gänzlich unbegreiflich, wie man dieses schreckliche Ereignis dermaßen ignorieren kann.

Reinhard Haack, Starnberg

Zwei phänomenale Ostpreußen

Zu: Ostpreußische Familie (Nr. 4)

Es gibt zwei bemerkenswerte Phänomene in der *PAZ*:

Da sammelt und bearbeitet die älteste noch aktive Journalistin der Welt (gerade 99 Jahre alt geworden) seit Jahren aus dem Leserkreis Informationen und Meldungen aus der ostpreußischen Heimat und beweist dabei ein unglaubliches Talent an sprachlicher und didaktischer Kompetenz: informativ, interessant, individuell und einfühlsam. Und dabei immer die reichhaltige Geschichte dieser Provinz im Blickfeld. Namen tauchen auf, werden zusammengeführt, und auch um Mithilfe der Leser wird gebeten, wenn eigene Erkenntnisse nicht ausreichen. Die Leser-Reaktionen darauf sind bunt und inspirierend. Ruth Geede macht es möglich: Das ist gelebte Familie!

Und dann gibt es als Beispiel eine Art „Handlungsreisenden“ in Sachen Ostpreußen und dem Memelland. Sein Name: Bernd Dauskardt, 77 Jahre alt und beinamputiert durch eine Handgranate in den letzten Tagen des Krieges 1945. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs bereist er regelmäßig das nördliche Ostpreußen und berichtet darüber.

Wieder einmal war er an einer Stelle des Memellandes, „wo normalerweise keiner hinkommt“: im Jura-Forst. Er findet dort einen Friedhof aus deutscher Zeit und mitten drin einen gut erhaltenen schwarzen Grabstein der Familie Abromeit. Erschüttert liest er auf diesem Stein einen Nachruf, der eine ganze Familien-Saga beinhaltet. Es ist ein Fund von Seltenheitswert. Dauskardt denkt sofort an Ruth Geede und berichtet ihr davon – wie schon viele Male zuvor von seinen Entdeckungsreisen. Und so mancher, der sich bei der Lektüre zurücklehnt, denkt darüber nach, warum sich dieser Mann angesichts seiner körperlichen Behinderung so etwas antut? Was ist der Motor seines Handelns? Der Grund ist nicht nur der, dass sein Vater 1945 als Wehrmachtsoldat dort gefallen und begraben ist; nein, es ist die Sehnsucht nach dem Land seiner Ahnen, die seit Jahrhunderten dort gelebt, gedient und gearbeitet haben.

Für mich sind es zwei bemerkenswerte Persönlichkeiten, die ihr Leben in den Dienst der verlorenen Heimat gestellt haben. Ein tiefes Gefühl der Dankbarkeit und Bewunderung macht sich breit, wenn man sich die Zeit nimmt, auch darüber einmal nachzudenken.

Günter Uschtrin, Regesbostel

Orbán wird bewusst falsch verstanden

Zu: Langsam bröckelt die Front (Nr. 5)

Auch wenn Journalisten sich in ungerechter Weise getroffen fühlen, wenn die endlich nicht mehr nur „schweigende Mehrheit“ die ideologisch-propagandistisch abgehobenen und selbstherrlichen Medien in Deutschland als „Lügenpresse“ empfindet, so liegt das an wiederholten realen negativen Erfahrungen. Nicht nur bezüglich deutscher Themen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die schon seit vier Jahren laufende Verleumdungskampagne gegen Viktor Orbán und Ungarn. Diese Hetze wird ohne reale Belege oder gar Beweise in inhaltlich fast gleichlautenden Artikeln in den verschiedenen, angeblich pluralistischen Medien offensichtlich vorkonzipiert und konzertiert betrieben. Es werden einfach Lügen in die Welt gesetzt und diese dauernd wiederholt. So zum Beispiel über die „illiberale Demokratie“, die Orbán angeblich vertritt und anstrebt. Dabei handelt es sich nur um eine Antwort in einer Diskussion über „illiberale Gesellschaften“, mit denen auch Ungarn in wirtschaftlicher Konkurrenz steht, und hat nichts mit Ungarn selbst zu tun.

Zu diesen Methoden gehört die dauernde Verdrehung ins Negative und die Unterschlagung des Positiven. Auch wenn man nur das Wirtschaftliche nimmt, schreibt Ungarn schon länger, vom Sonderfall Irland abgesehen, im EU-Raum die besten Zahlen. Aber die angebliche Nicht-Lügenpresse schweigt darüber.

Die vor Kurzem erfolgte Trennung des Schweizer Franken vom Euro stürzte viele Staaten Ostmitteleuropas in große Schwierigkeiten, da auch bei ihnen eine sehr große Zahl von Wohnungskrediten auf Franken-Basis läuft. Die Vertreter dieser Länder erkundigen sich nun bei den Ungarn, wie sie sich retten könnten, da Orbán diese Gefahr durch gesetzliche Umstellung dieser Kredite auf Forint-Basis für Ungarn beizeiten abgewehrt hat. Dafür wird er jetzt sogar in den verschiedenen Wirtschaftsmedien außerhalb Deutschlands in den höchsten Tönen gelobt. Die deutsche Nicht-Lügenpresse schweigt auch darüber.

Franz A. Sandor, Feldafing

Das Ostpreußenblatt

Nr. 7 – 14. Februar 2015

MELDUNGEN

Jahr der Kultur im Ermland

Allenstein – Die „Gazeta Olsztynska“ hat 2015 zum Jahr der Kultur in Ermland und Masuren ausgerufen. Diese Initiative wurde von zahlreichen Kulturträgern unterstützt. Ebenfalls ist eine Organisation unter dem Namen „Loge der Kulturerschaffer“ entstanden, deren Hauptziel es ist, die Kultur der Region Ermland-Masuren zu fördern. Das erste Treffen der Mitglieder der „Loge der Kulturerschaffer“ fand in entspannter Atmosphäre statt. Während der Diskussion beschloss man, eine Liste von Kulturschaffenden zu erstellen, für bessere Information über kulturelle Veranstaltungen zu sorgen und größeres Augenmerk auf die Kultur in der regionalen Entwicklungsstrategie zu richten. Gründer dieser Organisation ist der Künstler Józef Burniewicz. Er wird als „umfassendster Gestalter in der Geschichte der Kultur von Allenstein“ bezeichnet. Er hat historische Bildung, ist aber auch Zeichner, Karikaturist, Journalist, Humorist, Lied- und Romanautor, Kolumnist, Dokumentarfilmer, Kabarett-, Radio- und Filmautor, Bühnenbildner, Plakatkünstler, Komponist, Medienexperte, Werbetexter und Verleger. 2004 wurde er mit dem Goldenen Verdienstkreuz für seine Verdienste um die lokale Gemeinschaft und seine journalistische Arbeit ausgezeichnet. Weitere Auszeichnungen sind der zweite Preis und das Silber-Abzeichen des Weltfestivals der Karikatur in Skopje (1976) sowie eine Bronzenadel (1977). Im November 2014 erhielt der Zeichner, Grafiker und Maler Tadeusz Burniewicz den Preis des Präsidenten von Allenstein in der Bildkunst namens Hieronim Skurpski. *Leszek Chaburski*

Erste Flüchtlinge aus der Ukraine

Allenstein-Land – Die ersten Flüchtlinge aus dem Donbass sind im Lager in Lansk, Kreis Allenstein eingetroffen. Zusammen werden es 178 Ukrainer mit polnischer Abstammung sein, die wegen des Kriegs in der östlichen Ukraine geflohen sind. Es handelt sich um Familien, oft mit kleinen Kindern, die in Polen ein neues Leben beginnen wollen. In den Lagern bleiben die Flüchtlinge maximal ein halbes Jahr. In dieser Zeit müssen sie alle Formalitäten, die mit dem Aufenthalt in Polen und der Arbeitserlaubnis zusammenhängen, erledigen. Sie werden medizinisch versorgt, können Sprach- und berufliche Kurse erhalten. Die Kinder müssen Schulen und Kindergärten besuchen. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl [Miłomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle. Straße Nr. 54: Verkehrsknoten Braunsberg Süd [Braniewo], Baustelle. *PAZ*

Goldene Zeiten für Betrüger

Schmuggel, Preis- und Zinswucher treiben Blüten – Krise verunsichert Verbraucher im Königsberger Gebiet

Immer deutlicher wirkt sich die Krise auch auf das nördliche Ostpreußen aus. Die Preise für Waren und Dienstleistungen schießen in die Höhe. In der allgemein unsicheren Wirtschaftslage treiben Betrug und arglistige Täuschung Blüten.

In Krisenzeiten wägen die Menschen in der guten Absicht, ihr Geld vor der völligen Entwertung zu retten, weniger ab, wem sie vertrauen können. Sie handeln emotional. Von den Ängsten der Bevölkerung profitieren in letzter Zeit vermehrt Gauner und unehrliche Händler, welche die Verunsicherung der Bevölkerung des Königsberger Gebiets ungeniert ausnutzen.

Selbst ansonsten seriöse Geschäftsleute scheuten sich nicht davor, ihre Kunden über den Tisch zu ziehen. So kam es besonders vor Weihnachten, als die Menschen die Läden stürmten, um ihr Erspartes in etwas Bleibendes zu investieren, dazu, dass die Händler für bereits ausverkaufte Waren zusätzliche Gebühren für die Bestellung verlangten. Viele Kunden erlebten eine böse Überraschung, als sie plötzlich mehr für ihre bestellten Waren zahlen sollten. Die Verkäufer erklärten den höheren Preis mit dem rapiden Sturz des Rubelkurses. Da solche Geschäftsgebaren überall anzutreffen waren, stimmten die meisten Käufer zähneknirschend zu.

Auch Käufe übers Internet sind riskant geworden. Es häufen sich Klagen über Betrugsfälle, wenn bezahlte Ware einfach nicht geliefert wird. Einige Firmen verschwinden einfach in der Versenkung, nachdem sie ihren Kunden beträchtliche Vorauszahlungen abgeknöpft haben. Vertragsverletzungen unter dem Vorwand schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen sind inzwischen eine alltägliche Erscheinung. Solche „Sünden“ begehen nicht nur kleine Firmen, sondern auch Großunternehmen, die es nicht eilig haben, ihre Lieferanten zu bezahlen.



Geldvermittler schießen wie Pilze aus dem Boden: Kredite in weniger als fünf Minuten werden im Zentrum von Königsberg angeboten Bild: J.T.

Die Menschen geben ihr Geld vermehrt auch für Dienstleistungen aus, weil sie befürchten, dass diese in Zukunft noch teurer werden. Zum Jahreswechsel haben viele Reisebüros ihre Kunden, die einen Urlaub in der Sonne am Meer gebucht hatten, zu Hause sitzen lassen. Dabei hatten sie bereits Anzahlungen kassiert, die Reise dann aber storniert, weil die Kosten wegen der Schwankung des Wechselkurses zu stark gestiegen waren. Den Kunden ihre Anzahlung zurückzuüberweisen, vergaßen sie dann.

Zinsen bis zu 1000 Prozent per anno

Aus naheliegenden Gründen ist der Andrang an Wechselstuben in den letzten Wochen rapide gestiegen. Ebenso die Betrugsfälle von deren Mitarbeitern. Hier und da mogeln sie wertlose Papierchen unter die Geldscheine, wenn der Kunde das Geld nicht an Ort und Stelle nachzählt.

Und es gibt noch einen neuen Trend: Dort, wo gestern noch Kioske mit Zeitungen und Souvenirs standen, sieht man heute fliegende Händler, die „schnelles Geld“ anbieten. Es reicht aus, seinen Pass vorzuzeigen, um einen Kredit für kurzfristige Notlagen zu erhalten. Ein Werbespruch, den man auf Königsbergs Straßen häufiger lesen kann, lautet: „Hier bekommen Sie Geld vor dem Zahltag!“.

Solche Geldbuden gibt es besonders im Zentrum von Königsberg, aber auch in den Städten des Gebiets, wo die Einkommen bescheidener sind und die Menschen sich eher zu unbedachten Handlungen verleiten lassen.

Die Zinsen für solche Schnellkredite belaufen sich teilweise auf bis zu 1000 Prozent jährlich. Und selbst bei seriösen Bankinstituten werden zurzeit für einen Verbraucherkredit zwischen 40 und 60 Prozent verlangt. Seit die russische Zentralbank den Leitzins von zehn auf 17 Prozent erhöht hat, haben sich auch die Kreditzinsen verteuert. Andererseits kann man auch ein Sparkonto mit 15 bis 18 Prozent jährlichen Zinsen eröffnen. Das ist mehr als die offizielle Inflationsrate.

Die jüngsten Entwicklungen wirken sich auch auf den Kleinen Grenzverkehr mit Polen aus. An der innerostpreußischen Grenze hat der Schmuggel zugenommen. Begehrteste Schmuggelware sind Zigaretten und Bernstein. Der niedrige Rubelkurs gegenüber dem Zloty begünstigt das Schmuggeln.

Die polnischen Bewohner im grenznahen Bereich können sich jetzt im Königsberger Gebiet mehr leisten als früher. Es ist aber auch ein Anstieg des Schmuggels bei russischen Reisenden zu verzeichnen. Bewohner des Königsberger Gebiets kaufen Waren, um sie zu Hause zu verkaufen. Auf diese Weise versuchen die Menschen, ihre finanzielle Lage aufzubessern.

Was den Bernsteinschmuggel betrifft, so ist die Zahl der Vergehen gestiegen, nachdem die russische Regierung ein Exportverbot verhängt hat. Im vergangenen Jahr entdeckten die Zöllner über 300 Kilogramm illegalen Bernstein und damit ist doppelt so viel wie im Jahr 2013. *Jurij Tschernyschew*

Zahl der Deutschen höher als erwartet

Polnisches Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung veröffentlicht erst jetzt Details der Volkszählung 2011

Ende Januar hat Polens Ministerium für Verwaltung und Datenwesen lokale Resultate der Volkszählung von 2011 veröffentlicht, die Ungereimtheiten früherer Gesamtzahlen – 148 000 Deutsche in Polen, nach eigenen Zählungen der deutschen Minderheit gibt es 300 000 bis 350 000 Deutsche – vergessen lassen. Die Regionalzahlen „sind optimistisch für die deutsche Minderheit“, speziell aus der Woiwodschaft Oppeln, Polens „Musterländle“, wo Deutsche kompakt siedeln. Polen entpuppt sich als multiethnischer Mikrokosmos, in dem Schlesier, Kaschuben und Masuren ethnische Identität und regionale Autonomie einfordern, deutschem Vorbild folgend.

Als 2010 junge Anhänger der „Bewegung für Autonomie Schlesiens“ (RAS) T-Shirts mit deutschen Losungen „Heimat Oberschlesien“ trugen, gab es Ärger in Polen, was dem RAS-Vorsitzenden Jerzy Gorzelik gefiel, denn so konnte man „allgemeine Aufmerksamkeit erregen“.

Inzwischen loben Polen den regionalen Rahmen zweisprachig als „Heimat – mala ojczyzna“ (kleines Vaterland) samt deutschen Nachbarn, die zusammenrücken. Bei der Volkszählung 2001 stellten sie in 45 Gemeinden zehn Prozent der Bevölkerung, ganz zur Freude von Bernard Gaida, seit 2009 Vorsitzender der Dachorganisation „Verband der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen“ (VdG), denn zehn Prozent sind die „Schwelle“, die der 2010 eingerichtete „Deutsch-Polnische Runde Tisch“ für die Einführung eines zweisprachigen Unterrichts verabredete. 2011 waren es nur noch 42 Gemeinden, 34 in der Woiwodschaft Oppeln [Opole], acht in Schlesien [Slask], aber dort mit partiell höherem Anteil: Klein Strehlitz [Strzeleczki] 32,9 Prozent, Zülz [Biala] 32,2 Prozent, Neuenstein [Renska Wies] 32 Prozent und so weiter. Zu den „deutschen“ Orten gehört auch Radlau [Radlow] mit 28,7 Prozent, die erste Gemeinde in Oppeln, in der 2008 ein zweisprachiges Ortsschild aufgestellt wurde. Das entsprechende Gesetz, das auch den Gebrauch des Deutschen als „Hilfssprache“ erlaubte, war schon am 6. Januar 2005 erlassen worden.

Über 300 000 Deutsche laut eigenen Zählungen

Henryk Kroll, damals oberster Sprecher der Deutschen und Mitschöpfer des Gesetzes, lobte es als Verbindung von „Legislative mit ethnischen Minderheitsrechten“. 20 Prozent muss eine Minderheit zählen, damit ihre Gemeinde zweisprachige Ortstafeln aufstellen darf; ursprünglich waren 50 Prozent vorgesehen, woran dann alles gescheitert wäre.

Gerade 2015 jähren sich Ereignisse, die Deutsche in Polen direkt betreffen. 1945 übernahm Polen als „wiedergewonnenes Gebiet“ 102 855 Quadratkilometer deutsches Land, wo noch rund fünf Millionen Deutsche lebten, von denen bis 1950 vier Millionen vertrieben wurden, nachdem sie polnischen Plünderungen und Gräueln der Sowjetarmee ausgesetzt waren. An letztere erinnert seit Januar 2015 zum Beispiel eine Gedenktafel mit 103 Namen von Deutschen, die im März 1945 im Oppelner Stadtteil Sakrau von Sowjetsoldaten erschossen wurden.

Erst nach dem Sturz des Kommunismus wurde es leichter

Damals unterschied man „Deutsche“ und „Autochthone“, angeblich zwangsgermanisierte Polen, die nun zu „repolonisieren“ waren. In Wahrheit hat man beide Gruppen gleich schlecht behandelt, was sich erst ab 1955 unter dem neuen Parteichef Wladyslaw Gomulka änderte.

Mit der Bundesrepublik kam eine „Familienzusammenführung“ zustande – mit der DDR bestand eine seit Februar 1952, welche kaum Anklang fand –, die 1958 infolge erneuter Repression die Ausreisen Deutscher sprunghaft steigen ließ (29 835 im Jahr 1958). 1975 legte ein „Ausreiseprotokoll“ eine Quote von 125 000 Deutschen binnen vier Jahren fest.

Anders und besser wurde alles nach dem Sturz des Kommunismus, den die Polen länger und bewusster als andere betrieben hatten. 1990 erkannte die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze an, 1991 kam der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag zustande, danach haben sich Deutsche – nach neueren Schätzungen „mindestens 600 000“ – immer stärker ins polnische Leben integriert: Mit Ryszard Galla sitzt ein deutschstämmiger Abgeordneter im Sejm, allein in der Woiwodschaft Oppeln gibt es sieben Abgeordnete im Landtag und 19 Bürgermeister, dazu erscheinen zweisprachige Blätter wie das „Wochenblatt“. Ärger entsteht um die (bei Behörden wirkungslose) deutsche „Hilfssprache“ und die mitunter beschmierten zweisprachigen Ortstafeln. Aber auch ohne sie erkennt man, wo Deutsche leben – an gepflegten Gärten und intakten Wegen. *Wolf Oschlies*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„Erbarmung, sie schreiben schon wieder!“, spöttelte der ostpreußische Schriftsteller **Hans-Helmuth Kirst**, als nach Krieg und Vertreibung die ersten Veröffentlichungen ostpreußischer Autoren erschienen. Ja, sie schrieben wieder, so wie sie immer geschrieben haben, denn die Ostpreußen waren und sind gute Erzähler, wie man unschwer an der Vielfalt der Neuerscheinungen erkennen kann, die unsere Heimatliteratur bereichern. Und wenn man die ostpreußische Literaturgeschichte zurückverfolgt, wird man feststellen, dass sich gerade Frauen als Erzählerinnen und Lyrikerinnen einen Namen gemacht haben, der bis heute gültig ist. Aber es gibt auch solche, die von der Zeit fast vergessen wurden, obgleich sie eine erstaunliche Zahl von literarischen Werken vorweisen konnten, oder die vielleicht nur einem kleinen Kreis bekannt sind, der ihr Andenken pflegt.

Auf eine dieser Autorinnen ist Frau **Sigrid Matthee-Kohl** aus Rohrbach gestoßen – sie ist ja immer für Überraschungen gut und diesmal ist es ihr wieder gelungen. Denn der von ihr genannte Name ist mir aus der ostpreußischen Literatur nicht vertraut, und deshalb bin ich ihr dankbar, dass sie mir Näheres über die Schriftstellerin mitgeteilt hat. Es handelt sich um die im Jahr 1806 in Kydullen (damals Neuostpreußen) geborene **Julie Burow**, deren Werke in einem Sammelband „Novellenschatz“ aufgeführt sind und die mit 17 Titeln eine für die damalige Zeit schon sehr beachtliche schriftstellerische Leistung bezeugen. Über ihren Lebenslauf ist darin nur so viel vermerkt, dass sie 1830 den Baumeister **Pfannenschmied** in Danzig heiratete, später nach Bromberg übersiedelte, wo sie am 19. Februar 1868 verstarb. Aufschlussreicher sind da schon die Angaben über ihre Werke und deren Erscheinungsorte. Ihre ersten Bücher, der zweibändige Roman „Frauenlos“ und die Trilogie „Aus dem Leben eines Glücklichen“ wurden 1850 und 1852 in Königsberg verlegt, die weiteren dann in Prag und Leipzig, ab 1860 in Bromberg. Dass sie sich auch mit historischen Themen beschäftigte, beweist das dreibändige Werk über **Johannes Kepler**, das 1858 in Prag erschien. Ihr Hauptanliegen galt aber der Stellung der Frau in der kleinbürgerlichen Familie. In ihrem Buch „Herzensworte“ sah sie sich als Ratgeberin für die Lebenswege von „Deutschlands Töchter“ – es wurde für die damalige Zeit ein „Bestseller“, denn 1895 hatte es bereits die 25. Auflage erreicht! Julie Burow gehörte zweifellos zu den erfolgreichsten und beliebtesten deutschen Schriftstellerinnen des 19. Jahrhunderts – aber warum fehlt ihr Name in den ostpreußischen Anthologien? In den Titeln ihrer erschienenen Werke ist kaum etwas über ihr Geburtsland zu finden. Eine Ausnahme scheint da die Novelle „Ein Pfarrhaus in Natangen“ zu sein. Dabei hat Julie ihre Kinder- und Jugendjahre in Ostpreußen verbracht. Nach kurzem Aufenthalt in Elbing zog die Zehnjährige mit ihrer Mutter nach Tilsit, besuchte dort die Schule und ging dann zu einer Verwandten nach Laggarben, Kreis Gerdauen. Um ihrer kranken Mutter eine Kur zu ermöglichen, nahm sie eine Stelle als Erzieherin in Pohiebels bei Rastenburg an. 1813 fand die Familie eine endgültige Bleibe in Danzig. Nach ihrer Heirat mit dem Baumeister Pfannenschmidt 1831 behielt sie als Autorin ihren Mädchennamen, als sie auf Anregung eines Professors aus Driesen zu schreiben begann. Soweit konnte ich die Angaben von Frau Sigrid Matthee-Kohl, die sie in dem 1887 herausgegebenen Sammelband „Neuer Deutscher Novellenschatz“ entdeckte, durch eigene Recherchen ergänzen. Wir danken ihr sehr herzlich für diesen literarischen „Fund“, der wohl die Literaturfreunde unter unseren Lesern anregen wird, sich mit Julie Burow zu beschäftigen. Auch für manchen Heimatkreis dürften diese Angaben interessant sein. Wir wollen da auch am Ball bleiben.



Schauplatz heiterer Geschichten: Das Gutshaus der Witwe Kurps in Gurksen Bild: privat

Mit einem Buch hat auch unser nächstes Thema zu tun. Herr **Peter Jotz** aus Bad Tölz übersandte uns einige Auszüge aus seinen Memoiren, weil sie unsere Heimat betreffen. „In Ostpreußen“ ist das Kapitel betitelt, in dem der geborene Berliner seine Erinnerungen an das Kriegsjahr 1942 zu Papier gebracht hat, und da diese im damals von Bombenhagel und Frontgeschehen noch weit entfernten Norden Ostpreußens spielen, ist es ein heiteres Kapitel, das man mit Vergnügen liest. Vor allem, weil der Autor die darin geschilderten Menschen als ausgeprägte Originale schildert, deren Eigenarten zu manchen skurrilen Situationen führen, die sich aus den Missverständnissen zwischen den Bewohnern und den Evakuierten aus Berlin ergaben, zu denen der damals sechsjährige Peter zählte. Der Junge war mit Mutter, Oma und Schwester in den Kreis Heydekrug verschickt worden und sie fanden zuerst Unterkunft auf dem Hof der Familie **Gutjahr** in Gurksen. Als dann noch Peters Oma dazu kam, bezogen die Vier ein größeres Quartier auf dem Gutshof der verwitweten Frau **Kurps** in Gurksen, der wie alle Höfe in dieser weiten Landschaft für die Großstädter in völliger Einsamkeit lag, dazu noch ohne Telefon, Strom und sanitäre Einrichtungen. Während sich die Familie Jotz problemlos in diese für sie ungewohnte Situation einfügte ja, sie sogar genießen konnte, gelang das einer weiteren evakuierten Berlinerin nicht. Die Dame fühlte sich gänzlich deplaziert in diesem abgeschlossenen Gemeinwesen, wie es der Gutshof der Witwe Kurps war, in dem es außer zwei Kriegsgefangenen, einem Belgier und einem Polen nur noch zwei Mädchen gab, ergänzt von der Großmagd **Stasi**, die aus Tilsit stammte, und die – wenn die Witwe Kurps nach Königsberg fuhr, was öfters geschah – das Regiment hatte. Was unter ihrer Fuchtel alles passierte, schildert der Autor mit spürbarem Vergnügen. Der Stoff würde ausreichen, nicht nur ein Kapitel, sondern das ganze Buch zu füllen. Wir werden daraus zu gegebener Zeit einige Anekdoten bringen, heute soll es nur eine Abbildung vom Gutshaus Kurps sein, das wir aus den damals gemachten und von Herrn Jotz bis heute bewahrten Fotos aus Gurksen wählten, denn es leitet zu den Fragen über, die Herr Jotz an uns stellt: Was ist aus dem memelländischen Ort Gurksen geworden, wie haben die Höfe und ihre Menschen den Krieg und die folgenden schweren Zeiten überstanden? Was wurde vor allem aus dem Hof Kurps, was aus der sehr religiösen Besitzerin und der tatkräftigen Stasi? Herr Jotz hätte so gerne genaue Informationen über die Geschichte des Dorfes Gurksen seit Kriegsende bis heute in Wort und Bild. Falls sich in unserem Leserkreis keine Fotos finden, wären vielleicht Memellandreisende bereit, Gurksen in ihre Reiseroute einzubeziehen, um nach Absprache mit Herrn Jotz einige Aufnahmen zu machen. (Peter Jotz, Merzstraße 1 in 83146 Bad Tölz, Telefon 080/413298. E-Mail: otto.friedrich@freenet.de)

Dass mein Vorschlag nicht ins Leere gerichtet ist, dafür gibt es ein schönes Beispiel. Ein Leser in Amerika, Herr **Horst Wolk** aus Warren, Maine, USA, hatte um Fotos von dem heutigen Möskenberg [Mojkowo] bei Elbing [Elblag] gebeten. Nun übersandte uns Frau **Brigitte Lenz** aus Ratingen einige taufrische Aufnahmen und schreibt dazu: „Wir haben eine bekannte Polin, die in Elbing beheimatet ist und die Weihnachten nach Hause fuhr. Ich hatte sie gebeten, einige Aufnahmen von Möskenberg zu machen, die ich jetzt erhielt und Ihnen hiermit übersende. Die polnische Bezeichnung erhielt ich von Herrn **Günther Kuhn**, Kreisvertreter von Elbing Stadt und Land.“ Ja, so arbeitet unsere Ostpreußische Familie! Unser herzlicher Dank gilt Frau Lenz und auch der unbekannten polnischen Fotografin!

Zurück noch einmal zu Herrn Jotz, denn eine kleine Episode aus seinem Buch muss ich doch noch anfügen, denn mit ihr ist auch eine Frage verbunden. Sie führt in den ersten ostpreußischen Winter, den der Sechsjährige in Gurksen verlebte. Der Dorfteich war zugefroren, alle Kinder vergnügten sich auf dem Eis, nur Peter stand frierend am Ufer, denn er hatte ja keine Schlittschuhe – die waren in Berlin geblieben. Anscheinend hatte die Mutter seines Freundes Fritz Mitleid mit dem Nichtläufer, denn sie kam mit einem Spazierstock mit eiserner Spitze und *einem* Schlittschuh in den Händen zu dem Jungen und meinte: „Damit du auch mitspielen kannst!“ Was natürlich misslang, denn alle Versuche mit dieser Stock-Schlittschuh-Kombination über das Eis zu laufen, schlugen fehl. Was hatte sich da die hilfreiche Frau dabei wohl gedacht? Herrn Jotz hatte diese Episode längst vergessen, als er in einem Roman, der in Skandinavien spielte, von einer ähnlichen Konstruktion las, die dort gebräuchlich war. Könnte sie auch früher im Memelland üblich gewesen sein? Wer etwas über diese Ein-Schlittschuh-Fortbewegung weiß, teile uns dies doch bitte mit.

Eure

Ruth Geede



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.



Bild: Pawlik

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Es geschah, als die Leberblümchen weinten

Aus den Berichten ehemaliger Allensteiner Kinder über den Russeneinfall

Ich berichte, bevor wir alle nichts mehr erzählen können. Ich berichte, damit keiner sagen kann, das hat es nicht gegeben. Ich berichte so, wie es sich zugetragen hat. Ich berichte, damit die Opfer einen würdigen Platz in unserer Mitte bekommen. Wir haben überlebt, also haben wir noch eine Aufgabe zu erfüllen und die heißt berichten.“ Mit diesen Worten leitet der Allensteiner Günter F. Gerwald-Gendritzki einen Erinnerungsband an das Grauenhafte ein, das er in dem Inferno erlebte, das über seine Heimatstadt hereinbrach – vor nun genau 70 Jahren! In dem Band berichtet er in Erfüllung seiner selbst gestellten Aufgabe über den Horror, der für den damals Siebenjährigen das Ende einer behüteten Kindheit bedeutete und ihn, wie er nach einem gravierenden Erlebnis feststellen musste, zum frühen Erwachsenen werden ließ. Ich habe diese Stelle bewusst aus dem Buch gewählt, weil dieses in seiner Erinnerung nie gelöschte Ereignis wohl ein ausschlaggebendes Motiv war, das ihn und seinen jüngeren Bruder Klaus Dieter zu dieser Dokumentation zwang, der auch zehn weitere ehemalige Leidensgefährten aus Allenstein ihre Erinnerungen beisteuern. Der Autor hat ihr den Titel „Als die Leberblümchen weinten“ gegeben, und er begründet ihn so: „Die Leberblümchen waren die ersten Blumen, die wir inmitten des Elends sahen. Als der Schnee durch die ersten Sonnenstrahlen tagsüber etwas schmolz und die Leberblümchen Tautropfen auf ihren blauen Blüten hatten, sah es aus, als würden sie weinen.“ Ich bekam das Buch von ihm im April vergangenen Jahres zugesandt, es ließ sich aber damals nur schwer in die Thematik unserer Familienseite einbringen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt gekommen, denn sein Bericht fügt sich nahtlos in unsere termingemäße Auflistung des Geschehens vor 70 Jahren ein, mit der wir auch den nicht mit einer so schweren Erinnerungshypothek belasteten Lesern die kaum fassbaren Vorgänge transparenter machen wollen.

Sie versuchten noch mit einem Zug vor den Russen zu fliehen, der siebenjährige Günter und sein vierjähriger Bruder mit ihrer Mutter aus der Kleeberger Straße in Allenstein, aber die Eroberer waren schneller. Auch der Bunker, in den sie geflüchtet waren, bot keinen Schutz.

„Es war am Mittwochvormittag, als mit lautem Getöse die Bunkertüre aufgerissen wurde und sowjetische Soldaten mit MPs im Anschlag in den Bunker rein brüllten. Ich hörte nur ‚Dawai, Dawai‘. Wir zitterten vor Kälte wie vor Angst. Die Frauen und Kinder links, die Männer rechts, bewacht von der Soldateska. Wir wurden aller Uhren und Schmuckstücke beraubt, die Russen schlugen auf die Frauen ein, die nicht schnell genug ihre Eheringe vom Finger bekamen. Ein Mann mit einem Goldzahn wurde mit dem Gewehrkolben so ins Gesicht geschlagen, dass er mehrere Zähne verlor. Er schrie, bis ihn einige Schüsse verstummen ließen.“



Blume des Jahres 2013: Das Leberblümchen Bild: privat

Es war eine Vorahnung von dem, was noch kommen sollte. Frauen und Kinder wurden in das Gebäude der Eichendorff-Schule getrieben, das als Reservelazarett gedient hatte.

„Wir begannen sofort mit den Decken, die da herum lagen, Mutter und die mit uns geflohene Tante Edith zuzudecken. Wir Kinder haben uns groß davor gesetzt, so dass man von unten die Frauen nicht sehen konnte. Mit Beginn der Dunkelheit begannen dann die entsetzlichen Gräueltaten. Die Schule war voller Sowjets. Die stürmten in die Zimmer und rissen die Frauen und Mädchen auf die Flure und in den Keller zur Massenvergewaltigung.

Ihre Schreie waren grauenhaft, ich hielt mir die Ohren zu und trotzdem war alles zu hören. Stunde um Stunde gingen die Verbrechen weiter. Wir Kinder konnten unsere Frauen gut mit unseren Körpern schützen, indem wir uns drauf legten. Grauenvolle Szenen spielten sich ab, die sich in der nächsten Zeit immer wiederholten. Am nächsten Morgen wurden etwa 300 Frauen und Kinder zu einem Treck zusammengestellt, den die Russen mit ‚Dawai, Dawai‘ antrieben. Unsere Frauen sagten: ‚Das ist nicht gut, das geht jetzt in die Gefangenschaft nach Russland, nach Sibirien!‘ Hoffnungslosigkeit machte sich breit. Eine tagelange Odyssee begann, der Treck wurde aus Allenstein heraus nach Stabigotten getrieben. Nicht alle Frauen und Mädchen traten an. Sie waren über Nacht erfroren oder den Verletzungen der Vergewaltigungen erlegen. Weiter, weiter. Wir waren so erschöpft, dass wir keine Regung zeigen konnten. Abwechselnd wurden mein Bruder oder ich von meiner Mutter auf dem Rücken getragen. Wir kamen an einem Gasthof an, und es sollte die Nacht werden, in der ich erwachsen wurde. Wir wurden auf verschiedene Räume verteilt und waren gerade eingeschlafen, als es draußen lärmte. Die Türe flog auf, und die Russen standen vor uns. Mit vorgehaltener Waffe wurde meine Mutter zum Mitgehen gezwungen. Ich hatte noch die schrecklichen Stunden in Allenstein im Kopf und befürchtete Schlimmes. Es dauerte nicht lange, und ich hörte meine Mutter schreien, Als sie meinen Namen rief, hielt ich es nicht mehr aus. Ich rannte in den Saal und schmiss mich gegen den auf meiner Mutter liegenden Russen, der seitlich runter flog. Ich nahm meine zitternde Mutter an die Hand und ging mit ihr aus dem Raum. Dort klammerten mein Bruder und ich uns fest an die Weinende, damit sie endlich zur Ruhe kam. Dass die verdutzten Russen meine Mutter und mich gehen ließen, war wirklich ein Wunder! Die hätten mich auch erschießen können. In dieser Nacht verlor ich meine Kindheit, seit dieser Nacht hatte ich gegenüber meiner Mutter einen Beschützerinstinkt entwickelt, der ein Leben lang anhielt. Wir wurden so Vertraute für alle kommenden Situationen.“

Und von denen gab es noch genug in seinem jungen Leben, das erst nach sieben Jahren in Düsseldorf in feste Bahnen kam. Herr Gerwald-Gendritzki gab das Buch in eigener Regie heraus, es fand sofort Resonanz und ist leider schon vergriffen, eine Neuauflage scheint möglich. Im Augenblick arbeitet der Autor an einem Ergänzungsband, denn er sieht seine Aufgabe noch lange nicht erfüllt. (Günter F. Gerwald-Gendritzki, Laacher Weg 44 in 40667 Meerbusch, Telefon 02132/915832, E-Mail: g.f.gerwald@web.de) *R.G.*



ZUM 103. GEBURTSTAG

Salecker, Marie, geb. **Hardt**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 20. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Zeiger, Elfriede, geb. **Schmidt**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 18. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gollub, Ernst, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 15. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Doll, Gertrud, geb. **Monzien**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Heß, Lotte, geb. **Kiekel**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Nendel, Charlotte, geb. **Chojetzki**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 19. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Heiss, Gerda, geb. **Stars**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Höper, Dr. Edith, geb. **Becker**, aus Lyck, Yorkstraße, am 17. Februar
Kalledat, Ernst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 15. Februar
Porr, Waltraut, geb. **Rumler**, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 15. Februar
Zapalowski, Ruth, geb. **Bienk**, aus Ortelsburg, am 14. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bartsch, Erika, geb. **Greczyk**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Februar
Lauff, Karl, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 17. Februar
Lutat, Walter, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Rohde, Gerda, geb. Steinort, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Sturies, Ellida, geb. **Schenk**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bamberg, Herta, geb. **Rothgänger**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 19. Februar
Becker, Anna, geb. **Simon**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 20. Februar
Buttgereit, Herta, geb. **Berger**, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Jendrysik, Elsa, geb. **Unruh**, aus Germau, Kreis Samland, am 14. Februar
Koch, Ursula, geb. **Kienapfel**, aus Wehlau, am 15. Februar
Ladda, Hedwig, geb. **Schall**, aus Lötzen, am 17. Februar
Meier, Herta, geb. **Wunderlich**, aus Demmen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Pankewitz, Willi, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 16. Februar
Preuk, Thusnelda, geb. **Ernst**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Sender, Walter, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dömke, Eva, geb. **Schmidtke**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Kalwellis, Edith, geb. **Hoffmann**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Kruwinnus, Traute, geb. **Kummetz**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
Papke, Martel, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 19. Februar
Schaft, Hildegard, geb. **Godau**, aus Königsberg-Roßgarten, Friedrichstr.7a, am 15. Februar
Schneider, Bernhard, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 19. Februar
Schulze, Elisabeth, geb. **Gerlach**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Februar
Vongehr, Erna, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Wischnewski, Alfred, aus Keipern, Kreis Lyck, am 18. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Banz, Heinrich, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 16. Februar
Breitsprecher, Elsa, geb. **Pohlenz**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Czarnetzki, Hildegard, geb. **Symanowski**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 18. Februar
Geithel, Else, geb. **Drossmann**, aus Ebenrode, am 17. Februar
Heinsohn, Hertha, geb. **Kösling**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 19. Februar
Neumann, Gisela, geb. **Rogge**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Padlowski, Margot, geb. **Putzke**, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, am 18. Februar
Reinke, Gerda, geb. **Hoffleit**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Rogalska, Liesbeth, geb. **Hochfeldt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 20. Februar
Rupietta, Gustav, aus Neidenburg, am 15. Februar
Schippling, Alfred, aus Pobethen, Kreis Samland, am 20. Februar
Schlaud, Lydia, geb. **Heinrich**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Schmuck, Gertrud, geb. **Karaschewski**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 20. Februar
Thiel, Else, geb. **Domnick**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 14. Februar
Tobien, Christel, geb. **Czypulowski**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 18. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behr, Edith, geb. **Laupsien**, aus Nesten, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Februar
Browarzik, Else, geb. **Raffalski**, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 18. Februar
Brzezinski, Horst, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 19. Februar
Chmielewski, Charlotte, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. Februar
Gathmann, Elfriede, geb. **Pruß**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Horn, Paul, aus Peyse, Kreis Samland, am 19. Februar
Karsten, Käte, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Kiehr, Hanna, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 16. Februar
Kufa, Frieda, geb. **David**, aus Windkeim/Pohren, Kreis Heiligenbeil, am 15. Februar
Maas, Lotte, geb. **Rajewski**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Neitza, Otto, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, und Kallisten, Kreis Mohrungen, am 11. Februar
Paliwoda, Wanda, geb. **Schrader**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Rautenberg, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Februar
Saalhoff, Frieda, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Schareina, Irmgard, aus Kleinskaisgirren, Kreis Elchniederungen, am 16. Februar
Schneider, Brigitte, geb. **Kotowski**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 6, am 17. Februar
Sommer, Hans, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 16. Februar
Stender, Gertrud, geb. **May**, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 19. Februar
Wisbar, Klaus, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bednarz, Fritz, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar
Böhland, Hannelore, geb. **Dotzek**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 20. Februar
Bohn, Walter, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar
Brigel, Eveline, geb. **Blattner**, Kreis Neidenburg, am 19. Februar
Dommasch, Gerhard, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Genßler, Ursula, geb. **Buck**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 20. Februar
Gerlitz, Bernhard, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 18. Februar
Gronwald, Hilde, geb. **Gerhardt**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Homp, Jürgen, aus Dargen, Kreis Samland, am 14. Februar
Jedosch, Armin, aus Königsberg, am 19. Februar
Jensen, Karl-Heinz, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Lackner, Ursula, geb. **Götz**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 17. Februar
Malz, Hedwig, geb. **Haupt**, aus Sarkau, Kreis Samland, am 18. Februar
May, Manfred, aus Lahr/Schwarzwald, am 1. Februar
Meynert, Erna, geb. **Seidlitz**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Neumann, Christa, geb. **Paulukn**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 19. Februar
Neumann, Erich, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Neumann, Kurt, aus Lyck, am 18. Februar
Okuniek, Heinz, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Riedzewski, Edeltraut, geb. **Nowotsch**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 14. Februar
Sander, Eva, geb. **Heyer**, aus Treuburg, am 16. Februar
Schiemann, Walter, aus Rauschen, Kreis Samland, am 15. Februar
Stuhr, Erika, geb. **Gramatzki**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Wiemann, Werner, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 14. Februar
Worgull, Heinz, aus Kalgendorf, am Kreis Lyck, am 17. Februar
Wosing, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Wehlau, am 20. Februar
Zakfeld, Bruno, früher **Zakrzewski**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 19. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beba, Christel, aus Ortelsburg, am 19. Februar
Beckedorf, Else, geb. **Strohschein**, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 19. Februar
Biesalski, Kurt, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 16. Februar
Bondzio, Gerhard, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 14. Februar
Burmeister, Sigrid, geb. **Symanowski**, aus Fließdorf und Adlersdorf, Kreis Lyck und Kreis Lötzen, am 15. Februar
Delfs, Erika, geb. **Lort**, aus Waldpusch, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Dolassek, Rudolf, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 14. Februar
Domnick. Hans-Georg, aus Lyck, am 19. Februar
Glaubitz, Kurt, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Grüneberg, Guntram, aus Danzig, am 14. Februar
Horstmann, Ruth, geb. **Albin**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 14. Februar
Jopp, Helmut, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 16. Februar
Klauser, Helmut, aus Königsberg, Zeppelinstr. 76, Damm Kreis Labiau, am 13. Februar
Klotzek, Inge, geb. **Hackstein**, aus Davidshof, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
Koppetsch, Ingeborg, geb. **Wienert**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 19. Februar
Kranke, Horst Nader, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 18. Februar
Kühn, Erwin, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Lorenz, Christel, geb. **Droßmann**, aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Nakaten, Irmgard, geb. **Grigo**, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 15. Februar
Neumann, Kurt, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Oprotkowitz, Arnold, aus Schwentain, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Patzke, Gerhard, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. Februar
Pauloweit, geb. Grosse, aus Wehlau, am 20. Februar
Samlaus, Ulrich, aus Dammbruch, Kreis Samland, am 16. Februar
Schäfer, Klaus, aus Lyck, am 16. Februar
Scharrmann, Margot, geb. **Schulz**, aus Fedderau/Heide, Kreis Heiligenbeil, am 18. Februar
Sewtz, Klaus, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 19. Februar
Plaga, Elfriede, geb. **Krossa**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Februar
Radtke, Helga, geb. **Guboff**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar
Schmuck, Kurt, aus Watzum, Kreis Samland, am 18. Februar
Syska, Helga, geb. **Dzwonek**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar
Tröck, Arnold, aus Peyse, Kreis Samland, am 20. Februar
Waszik, Ulrich, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Wien, Konrad, aus Windkeim und Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 15. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Annanias, Gerhard, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 18. Februar
Blume, Christine, geb. **Balzer**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 19. Februar
Egerth, Ingrid, geb. **Dommasch**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Fligge, Ingrid, geb. **Bader**, aus Königsberg, am 18. Februar
Gutzeit, Manfred, aus Wehlau, am 16. Februar
Hoffmann, Werner, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Klunker, Annemarie, geb. **Kristahn**, aus Ebenrode, am 14. Februar
Krzossa, Heinz, aus Ortelsburg, am 18. Februar
Linka, Heinz, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 17. Februar
Materna, Edelgard, geb. **Beckmann**, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
Naujoks, Gertraud, geb. **Huber**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Peters, Rosemarie, geb. **Trunschel**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Rogge, Manfred, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 14. Februar
Rogge, Ulrich, aus Pobethen, im Kreis Samland, am 14. Februar
Schweitzer, Helga, geb. **Pruß**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Februar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

Jahr 2015

7. bis 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.
13. bis 15 März: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
11. bis 12. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Landesfrauen, Bad Pyrmont.
22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Ruth Geede zum 99.

Wir gratulieren Frau Ruth Geede ganz herzlich zum 99. Geburtstag und wünschen ihr weiter Gesundheit und Lebensfreude.

Wie keine andere hat sie sich für uns Ostpreußen eingesetzt, vielen Landsleuten geholfen, sie zusammengebracht und vereint. Eine ganz große Frau mit Gefühl und Verständnis. Wir bestaunen sie und können nur hoffen, dass sie uns noch lange bleibt.

Mit heimatlichen Grüßen
Renate, Siegfried, Achim und
Kerstin Petrikowski

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Bad Pyrmont – Freitag, 20., bis Sonntag, 22. Februar, Ostheim: BJO-Frühjahrsseminar mit den Themen „2015 – Jahr der Jahrestage: Deutschland und (die) Ostpreußen im 20. Jahrhundert“. Die bekannte DDR-Bürgerrechtlerin und ehemalige Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld zieht eine Bilanz zur Aufarbeitung des SED-Unrechts im Jahr 2015, während Dr. Heike Amos vom Institut für Zeitgeschichte auf die Aktivitäten der Staatssicherheit der DDR in Bezug auf die Vertriebenen eingeht. Der Altsprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, und der LO-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Manfred F. Schukat, können uns aus erster Hand über die Bedeutung des Mauerfalls für die Vertriebenen informieren. Dabei werden persönliche Erfahrungen aus der Zeit der DDR ebenso in den Fokus genommen wie die Herausforderungen diesseits und jenseits von Oder und Neiße nach 1990. Dr. Walter T. Rix teilt seine Erkenntnisse zum Ersten Weltkrieg in Ostpreußen mit uns, während wir zu den Geschehnissen im Frühjahr 1945 noch einmal Zeitzeugen zu Wort kommen lassen möchten. Auskünfte und Anmeldung bei Jochen Zauner unter Presse@Ostpreussen-NRW.de.



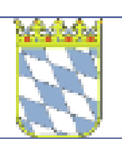
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Sonnabend 14. Februar, 12 Uhr, Gasthaus Zarko: Eisbeinessen.

Ludwigsburg – Dienstag, 24. Februar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Die Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Rechenschaftsbericht des ersten Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenwarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Anträge, 8. Wahlen aller Ämter, 9. Verschiedenes.

Reutlingen – Mittwoch, 18. Februar, 14 Uhr, Gasthaus Edelweiß: Faschingsnachmittag. Gerne mit Hüttchen und Kostümierung.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 14. März, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss Ellingen, Schloss-Straße 9. 91792 Ellingen: Landeskulturtagung (siehe auch den Beitrag rechts). Das Tagungsprogramm:

9.30 Uhr: Eröffnung und Einführung in das Programm durch den Landeskulturreferenten Dr. Jürgen Danowski. Danach Grußworte,

9.50 Uhr: Andacht und Kurzvortrag „Reformation in Preußen“ von Pfarrer Klaus Plorin, Rückersdorf.

10.15 Uhr: „Wenn Seufzer Luftballons wären... – Die Geschichte der deutschen Flüchtlinge des Lagers Rye in Dänemark 1945–1948, Vortrag von Annette Jakobsen, Dänemark. Danach Kaffeepause.

11.30 Uhr: „Das Kriegsende 1945 aus litauischer Sicht“, Vortrag von Dr. Joachim Tauber, Lüneburg. Danach Tagungspause und Mittagessen.

14 Uhr: Rundgang durch die Ausstellungsräume des Kulturzentrums mit Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums. Danach Kaffeepause.

15 Uhr: „Der große Unbekannte – Preußens Staatsgründer Albrecht von Brandenburg-Ansbach“, Vortrag von Peter Bräunlein, Ansbach.

17 Uhr Zusammenfassung und Tagungsabschluss durch Jürgen Danowski.

Wie im Vorjahr schon wird kein Tagungsbeitrag erhoben. Kaffee und Kuchen wird in den Pausen gereicht Das Mittagessen werden wir in dem „Schlossbräustübl“ gegenüber dem Schloss einnehmen. Anmeldung erbeten bis 28. Februar per Fax unter: (0981) 4884949 oder per E-Post unter: dr.juergen.danowski@gmx.de oder per Post Jürgen Danowski, Am Weinbergplateau 11, 91522 Ansbach.

Altmühlfranken – Freitag, 20. Februar, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: „Der große Unbekannte – Albrecht von Brandenburg-Ansbach“, Vortrag von Peter Bräunlein aus Ansbach.

Ansbach – Sonnabend, 21. Februar, 14.30 Uhr, Film „Jokehnen“ (Arno Surminski) mit anschließendem Schmandheringessen. Bitte anmelden.

Bamberg – Mittwoch, 18. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Bamberg: Vortrag „Der Kreis Schlossberg 1944/1945“.

Hof – Sonnabend, 14. Februar, 14 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Grützwurstessen. Gäste sind herzlich willkommen.

München – Sonnabend, 28. Februar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Vortrag von Erika Lausch über Emil von Behring und den Heimatkreis Rosenberg, zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Nürnberg – Noch bis Sonntag, 22. Februar, wird im Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen (Bahnstation) bei Weißenburg in Mittelfranken die Sonderausstellung „August 14 – Der Erste Weltkrieg in Ostpreußen“ – gezeigt. Dazu gibt es ein Sonderheft mit 366 Seiten, das zum Preis von sechs Euro zuzüglich Porto im Kulturzentrum bestellt werden kann.

Weiden – Nach kurzer Winterpause konnte der Erste Vorsitzende Norbert Uschald im Cafe Mitte wieder viele Mitglieder und Gäste zum Heimatnachmittag willkommen heißen. Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gedachte man des kürzlich verstorbenen Mitgliedes Josef Schmidt. Danach lud Uschald die Landsleute zum Heimatringfasching am 10. Februar um 19 Uhr in die Almhütten ein. Im Anschluss trug Katharina Uschald passend zur Jahreszeit das Gedicht „Winter“ von Joseph von Eichendorff vor. Danach berichtete der Vorsitzende von der langen Tradition des Weiberfaschings. Uschald erfreute die Anwesenden noch mit bekannten Opern- und Operettenmelodien, die er auf seiner Flöte spielte. Nach gemütlichem Beisammensein mit „Schabbern“ und „Plachandern“ verabschiedete man sich mit dem Volkslied „Kein schöner Land“ bis zur Jahreshauptversammlung am 1. März im Café Mitte.

Ihr Ansprechpartner in der Redaktion

Für die Heimatseiten in der Preußischen Allgemeinen Zeitung ist Frank Horns zuständig. Ihre Texte, Terminankündigungen und Fotos senden Sie bitte an:

Das Ostpreußenblatt
z. H. Frank Horns
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.
Oder per E-Mail:
horns@ostpreussenblatt.de

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





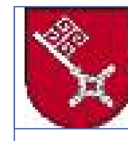
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 17. Februar, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Start ins Jahr 2015. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 403 2681, Johannisburg, Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.







Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 19. Februar, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62 , 12102 Berlin: Erinnerung an Ostpreußen vor 70 Jahren. Anfragen: Marianne Bekker, (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Sonnabend, 14. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: West- und Ostpreußentag. Zur Unterhaltung wird ein Programm mit Volksliedern und volkstümlichen Melodien geboten. Das Essen beginnt um 17.30 Uhr mit traditionellem Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klopse (oder Gemüseteller). Die Veranstaltung soll wieder durch den antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Daher gelten folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Fleck): 10 Euro. Eintritt und Essen (Königsberger Klopse oder Gemüseteller): 15 Euro. Eintritt ohne Essen: Fünf Euro. Anmeldung bitte unter Benennung des Speisewunsches in der Geschäftsstelle, Telefon (0421) 3469718 (auch auf dem Anrufbeantworter). Mitglieder aus Borgfeld und Lilienthal können sich bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012 anmelden.

Frauengruppe – Jeder dritte Donnerstag im Monat, 15 Uhr, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen: Treffen.

Jürgen Danowsky, Kulturreferent der Landesgruppe Bayern, lädt ein zur Kulturtagung nach Ellingen (siehe auch links):

Liebe Landsleute, liebe Freunde Ost- und Westpreußens, sind unsere Gruppen der Landsmannschaft Gesellschaftsvereine, auf Unterhaltung auf gutem Niveau ausgelegt? Wollen wir gute Stimmung verbreiten, gutes Essen genießen? Und ab und zu mal ausfliegen, schöne Städte und Landschaften sehen? Oder haben wir einen besonderen Auftrag? Wir sind Vertriebene aus dem historischen Nordosten Deutschlands, zu uns gehören Landsleute, die sich zu diesem Teil unseres historischen Vaterlandes bekennen. Wir vertreten eine besondere Landschaft, einen besonderen Menschenschlag, eine besondere sittliche Haltung und eine besondere Kultur.

Und darin liegt unser besonderer Auftrag, der uns von allen anderen Vereinen, politischen und gesellschaftlichen Gruppen unterscheidet. Die Ost- und Westpreußen sind durch Gewalt und unter furchtbaren Umständen aus ihrer Heimat vertrieben worden, sie sind durch Gewalt gehindert worden, in ihre angestammte Heimat, an Haus und Hof zurückzukehren. Die Menschen sind nach Mitteldeutschland, nach West- und Süddeutschland geflüchtet, sie sind „in alle Winde zerstreut“, ihre Heimat hat keine staatliche Vertretung. Obwohl alle Vertriebenen das zerstörte restliche Deutschland wieder mit aufgebaut und Milliarden von Steuern gezahlt haben und noch zahlen, gibt es keine staatliche Institution, die zuständig wäre für den Zusammenhalt der Stämme der Vertriebenen, die sich ernsthaft verpflichtet fühlte, die reichhaltige Kultur der deutschen Vertreibungsgebiete zu pflegen und weiter zu entwickeln.

Wer, wenn nicht wir, ist verpflichtet, dies zu tun, auch wenn es mit bescheidenen Mitteln geschieht? Und da liegt unser besonderer Auftrag, unsere besondere Aufgabe. Diese Aufgabe erfüllen wir mit Liebe zu unserem Land und zu seiner Kultur, die nicht dem Vergessen anheimfallen darf! Und deshalb bitte ich auch künftig um ihre tatkräftige Mitarbeit und um Ihre Mithilfe. Anregungen dazu wollen wir Ihnen erneut geben anlässlich unserer diesjährigen Landeskulturtagung 2015 am Samstag, 14. März 2015, im Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloß Ellingen, Tagungsraum. Zu dieser Landeskulturtagung darf ich Sie hiermit herzlich einladen!



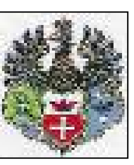
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Stadtgemeinschaft Königsberg – Dienstag, 17. März, 12.30 Uhr, Café Harmonie, Alsterdorfer Straße 579, Hamburg-Ohlsdorf: Königsberger-Klopse-Essen. Für ein unterhaltsames Programm ist gesorgt. Anmeldungen bis Mittwoch, 11. März bei Brigitte Reimer, Telefon (040) 6720489.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 14. Februar, Luise-Büchner-Haus, Grundweg 10, Darmstadt-Kranichstein: An diesem Tag wollen wir kräftig „Preußisch Fastelowend“ feiern. Wer hierzu einen närrischen Vortrag halten möchte, kann dies gerne tun. Man braucht auch nicht im Sonntags-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 14. Februar, 18.30 Uhr, 3sat: Museums-Check mit Markus Brock (26): Militärhistorisches Museum der Bundeswehr, Dresden. Dokumentation, D 2014.

Sonnabend, 14. Februar, 19.05 Uhr, n-tv: Die großen Geheimnisse der Geschichte (25): Lawrence von Arabien.

Sonnabend, 14. Februar, 19.30 Uhr, n-tv: Die großen Geheimnisse der Geschichte (22): Sitting Bull.

Sonnabend, 14. Februar, 21.05 Uhr, n-tv: Der Bombenkrieg. Dokumentation D 2004.

Sonntag, 15. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolle Orte: Das amerikanische Hauptquartier – Eine Machtzentrale im Kalten Krieg.

Sonntag, 15. Februar, 23.15 Uhr, ZDFinfo: Auf den Spuren genialer Forscher und Erfinder (7): Das Diesel-Rätsel.

Montag, 16. Februar, 17.30 Uhr, Arte: Torpedos im Morgengrauen – Das letzte Schlachtschiff des Kaisers. Dokumentation über die „SMS Szent István“, F/A 2008.

Montag, 16. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolles Polen – Abenteuersuche in Westpommern.

Dienstag, 17. Februar, 14.15 Uhr, ZDFinfo: Als Feuer vom Himmel fiel – Der Bombenkrieg. Dokumentation, D 2009.

Dienstag, 17. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Abstieg oder Fall? Die französische Mittelschicht. Dokumentation, F 2014.

Dienstag, 17. Februar, 23.15 Uhr, ZDFinfo: Alltag in Trümmern – Hamburg nach dem Feuersturm.

Dienstag, 17. Februar, 0.20 Uhr, MDR: Die gläserne Fackel (7/7): Zukunftslinien. Carl-Zeiss-Chronik, DDR 1989.

Mittwoch, 18. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 125 Jahren: Der österreich-ungarische Politiker Gyula Graf Andrássy gestorben.

Mittwoch, 18. Februar, 21.05 Uhr, N24: Das Ende der Graf Spee.

Donnerstag, 19. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 150 Jahren: Der schwedische Asienforscher Sven Anders Hedin geboren.

Donnerstag, 19. Februar, 20.05 Uhr, N24: Der erste moderne Krieg (4/4). U-Boote. Dokumentation, GB 2014.

Donnerstag, 19. Februar, 21.05 Uhr, N24: Wüstenkrieg, Dokumentation, GB/AUS/USA 2012.

Donnerstag, 19. Februar, 23.05 Uhr, MDR: Lebensläufe (146) Ein Mann tickt für Glashütte – Walter Lange – Kronprinz einer Uhrendynastie.

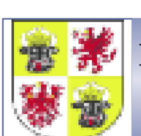
Donnerstag, 19. Februar, 20.15 Uhr, tagesschau24: Mythos Dresden – Der lange Schatten einer Bombennacht.

Freitag, 20. Februar, 17.30 Uhr, Arte: Münchhausen – Die Geschichte einer Lüge. Dokumentation, D 2013.

Freitag, 20. Februar, 21 Uhr, ZDFinfo: Tod auf dem Scheiterhaufen – Hexenjagd in Großbritannien.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

anzug in die Bütt zu steigen. Alle Mitglieder unserer Landsmannschaft, ebenso interessierte Gäste, sind herzlich willkommen. Wir hoffen, dass viele Mitglieder und auch Gäste den Narrenaufruf folgen können, und den Weg nach Kranichstein nicht scheuen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

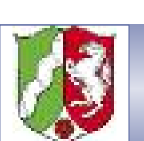
Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2, 19370 Parchim: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um bei Kaffee und Kuchen über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenthaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Frühjahrs-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung findet am 14. März wieder in Oberhausen statt. Beginn: 10 Uhr. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wahlen stehen an!

Wir haben wieder ein interessantes Programm zusammengestellt und freuen uns besonders, dass wir Dr. Mario Kandil für einen Vortrag über Bismarck gewinnen konnten. Interessant werden auch die Ausführungen von Dr. Becker sein, der über seine Eindrücke in Ostpreußen sprechen wird. Sehr erfreut sind wir, dass die Broschüren von Professor Hartmut Fröschle „Die Deutschen in Polen 1918–1939“ und Schultze-Rhonhofs „Danzig und Ostpreußen zwei Kriegsanlässe 1939“ großes Interesse finden. Wir möchten es nicht versäumen, auch Ihnen diese Broschüre ans Herz zu legen. Sie wird auch auf unserer Tagung zu erwerben sein.

Brigitte Gomolka

Bad Godesberg – Jeder erste Mittwoch des Monats, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe – jeder dritte Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch.

Bielefeld – Donnerstag, 19. Februar, 14.30 Uhr, Kreisvereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften, Wilhelmstraße 13, 33602 Bielefeld: Heimatliteraturkreis. Außerdem werden alle Mitglieder und Interessenten gebeten, an der Jahreshauptversammlung in der Wilhelmstraße 13 am Sonnabend, 21. März, 14.30 Uhr, teilzunehmen. Weitreichende Veränderungen in der Entwicklung der Kreisvereinigung stehen an.

Bonn – Samstag, 28. Februar, 19.30 Uhr, kleiner Saal, Stadthalle Bad Godesberg: Winterball der „Ostdeutschen Landsmannschaften“ mit buntem, kulturellen Programm und einer großen Tombola. Eintritt: 15 Euro, Jugend und Studenten: 10 Euro. – Dienstag, 3. März, „Haus am Rhein“, Elsa Brandström Straße 74, 53225 Bonn-Beuel: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes und Königsberger-Klopse-Essen.

Dortmund – Montag, 16, Februar, 14 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße: Rosenmontag. Gäste sind willkommen.

Düsseldorf – Donnerstag, 19. Februar, 19 Uhr, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: „Das preußische Arkadien“, Buchvorstellung mit Hans-Dieter Rutsch. – Mittwoch, 25. Februar, 8.40 Uhr: Tagesexkursion zur Sonderausstellung „Kreisauer Kreis“ im Haus Schlesien, Königswinter. – Donnerstag, 26. Februar, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): „Weggewaschen ohne Spur? Die Habsburger Monarchie und der Erste Weltkrieg“, Vortrag von Professor Matthias Stickler. – Mittwoch, 4. März, 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knakkstädt. – Mittwoch, 4. März, 19 Uhr, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): „Die Ansiedlung polnischer Remigranten aus Nordrhein-Westfalen in Polen in den Jahren 1948–1950“, Vortrag von Arkadiusz Welniak.

Essen – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Jahreshauptversammlung mit Mattjes-Essen

Neuss– Sonntag, 22. Februar, 15 Uhr (Einlass: 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen.

Remscheid – Jeder zweite Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der evangelischen Johannes-Kirchengemeinde in der Eschenstraße: Treffen der Frauengruppe. – Jeder dritte Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, „Zunftstuben“, Palmstraße 10: Treffen der Ostpreußenrunde.

Wesel – Sonntag, 22. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich eingeladen. Eine Kaffeetafel ist vorbereitet.

Witten – Montag, 16. Februar, 14.30 Uhr, Versammlungsraum Evangelisch-Lutherische-Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Lustiges zum Rosenmontag.

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein – Freitag 20. Februar, 12 Uhr, Schiller-Stube, Ludwigshafen-Oggersheim, Kapellengasse 25: Treffen der Gruppe zum Heringsessen.

Neuwied – Brigitte Schüller-Kreuer aus Königsberg und ihr Ehemann Wilhelm Kreuer laden alle Heimatvertriebenen der Erlebens-, aber auch der nachfolgenden Generationen zur Neugründung einer Gruppe ein. Mit anderen möchten wir über das im Land zwischen Weichsel und Memel in über sieben Jahrhunderten gewachsene ostpreußische Kulturerbe sprechen und erhoffen uns neben anregenden Gesprächen auch Geselligkeit.

Selbstverständlich sind Vertriebene aus anderen Gebieten als Ostpreußen – Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Schlesien, das Baltikum oder aus südost- und osteuropäischen Gebieten – herzlich willkommen. Kontakt: Brigitte Schüller-Kreuer, Wilhelm Kreuer. Backesweg 37, 53572 Unkel. Telefon (02224) 9873767 oder auch per E-Mail: w.kreuer@gmail.com.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 20. Februar, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Faschingsveranstaltung mit Programm.

Magdeburg – Dienstag, 24. Februar, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, Sportgaststätte TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, AWO Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22: Vortrag über die Gemeinde Harrislee, Referent: Thomas Pantléon, Leiter der Volkshochschule Harrislee und Archivleiter der Gemeinde.

Malente – Freitag, 20. Februar, 16 Uhr, „Lenter Kate“, Bahnhofstraße 13A, Bad Malente-Gremsmühlen: Jahreshauptversammlung. Die Tagesordnung: 1) Eröffnung, 2) Totenehrung, 3) Jahresbericht des Vorsitzenden, 4) Kassenbericht des stellvertretenden Kassenwartes, 5) Bericht des Kassenprüfers, 6) Entlastung des Vorstandes, 7) Wahlen für Kassenwart und Beisitzer, 8) Anfragen und Verschiedenes. Gäste und Freunde des Landsmannschaft sind herzlich willkommen.

Pinneberg – Sonntag, 15. Februar, 15 Uhr: Fröhlicher Nachmittag. Bitte um telefonische Voranmeldung (04101) 62667 oder (04101) 73473.

Zum Tode von Udo Lattek

Anlässlich seines Geburtstages widmete ihm die *PAZ* vor kurzem noch einen großen Artikel (Ausgabe Nr. 2, Seite 11). Udo Lattek, der Fußballtrainer und gebürtige Ostpreuße aus dem Kreis Sensburg, war am 16. Januar 80 Jahre alt geworden. Als bekennender Ostpreuße und Fürsprecher des Zentrums gegen Vertreibungen war es besonders geboten, über ihn zu berichten.

Nun ist praktisch ein Nachruf aus dem Artikel geworden. Lattek, der an Parkinson litt und schon zwei Schlaganfälle überwunden hatte, starb am 1. Februar in seinem Wohnort Köln. „Die Bundesliga trauert um einen außergewöhnlichen Sportsmann und einen außergewöhnlichen Menschen“, erklärte Ligaverbandschef und Präsident von Borussia Dortmund, Reinhard Rauball. DFB-Präsident Wolfgang Niersbach sagte: „Udo Lattek war schon zu Lebzeiten eine Legende. Er wird uns fehlen.“ Sportjournalist Jörg Wontorra, der mit Lattek sieben Jahre lang die Sendung „Doppelmass“ moderierte, fand wohl die persönlichsten Worte: „Du warst ein Poltergeist, in dem eine verdammt verletzliche Seele wohnte. Raue Schale, weicher Kern. Für diesen Satz hättest Du zwar gnadenlos die Einzahlung ins Phrasenschwein gefordert, aber dieser Satz erklärt Dich nun mal am besten.“

Udo Lattek ist der erfolgreichste deutsche Vereinstrainer im Fußball. Er führte Bayern München, Borussia Mönchengladbach und den FC Barcelona zu insgesamt 14 Titeln.


Lattek 1973. Damals Trainer in München Bild: NL-HaNA, ANEFO

Er gewann alle drei Europapokale und achtmal die Deutsche Meisterschaft.

Geboren wurde er am 16. Januar 1935 in Bosemb, Kreis Sensburg. Flucht und Vertreibung führten ihn ins niedersächsische Münster, wo er nach Schule und Studium als Gymnasiallehrer arbeitete. Der Pädagoge entschloss sich dann jedoch, seine eigentliche Leidenschaft zum Beruf zu machen. Über die Leichtathletik hatte er zum Fußball gefunden. Da die spielerischen Fähigkeiten begrenzt waren, wechselte er bald an den Spielfeldrand. Mit 31 Jahren nahm er als Assistent von Bundestrainer Helmut Schön an der Weltmeisterschaft 1966 in England teil.

Legendär sind seine Sprüche und Kommentare. Anlässlich seines 70. Geburtsages erklärte er: „Ich habe manchem weh tun müssen und war manchmal auch ungerecht, aber ich kann allen, mit denen ich zusammengearbeitet habe, immer noch in die Augen sehen. Ich teile immer noch gerne aus, kann aber auch ebenso gut einstecken.“ *FH*

Anzeige



Fern meiner unvergessenen Heimat Masuren (Ostpr.), aber auch mit Hinterpommern, der Heimat meiner Frau, findet die Seele die Heimat, die Ruh.

Heinz Schudak

* 30. September 1926 Offenau Kreis Johannisburg (Masuren, Ostpreußen) † 29. Januar 2015 Dortmund

In Liebe
Erika
Rüdiger, Ingo
und Angehörige

44357 Dortmund-Oestrich, Mahlscheidt 6

Die Trauerfeier zur Beisetzung fand statt am Montag, dem 2. Februar 2015, um 14.00 Uhr in der Friedenskapelle des ev. Friedhofes Dortmund-Mengede, Mengeder Schulstraße. Wir bitten um Verständnis, falls versehentlich keine briefliche Benachrichtigung erfolgte.

Quellenberg Bestattungen, Tel. 0231. 33 35 44

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 47
Fax 0 40 / 41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

Aus der Heimat einst vertrieben, die du so sehr geliebt, gehst du heim in Frieden,wo der Herr dir Heimat gibt.



In Memoriam

Hänsel Balschinat
* 20. Dez. 1926 in Königsberg
† Januar 1945
verschollen im großen Weichselbogen
Gefreiter der Einheit
Fp.Nr. 31851

Gretel Balschinat
* 20. Dez. 1926 in Königsberg
† 10. Januar 2015 in Hannover

aufgewachsen
in Saalau/Landkreis Insterburg
in Waldau/Landkreis Samland

Was bleibt ist Liebe, Dank und Erinnerung.
Die Kinder, Schwiegerkinder und Enkel

Traueranschrift:
Angelika Lietz, Vinnhorster Weg 33, 30419 Hannover





7. Jahrgedächtnis **Herta Tuschewitzki**
*8. 9. 1930 † 5. 9. 2008

Meine liebe Herta

Ich danke Dir, Du warst unser Leben,
erfüllest die Tage mit Deinem Sein.
Wir hielten zusammen bei Sturm und bei Regen und
nun Herta, sind wir ohne Dich und fühlen uns allein.
Danke für Deine große Liebe zu uns.
Danke für den Weg, den Du immer mit uns gegangen bist.
Danke für Deine Hand, die uns so hilfreich war.
Danke für Deine Nähe, die uns Geborgenheit gab.
Danke, dass es Dich gab.

Dein Mann Wilhelm, Stefan und Anja Tuschewitzki,
alle Angehörigen und Freunde.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Es ist zur Tradition geworden, dass wir das neue Jahr mit einer heimatpolitischen Tagung einleiten. Die Tagung findet vom Sonnabend, 21., bis zum Sonntag, 22. Februar in 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16, Theodor-Heuss-Schule, statt. Die Theodor-Heuss-Schule befindet sich neben dem Ratsgymnasium. Zu der Auftaktveranstaltung laden der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger der Angerburger und die Kreisgemeinschaft Angerburg geschichtlich und kulturell interessierte Ost- und Westpreußen und deren Nachkommen sowie die Freunde der Angerburger aus nah und fern sehr herzlich ein.

Für die Tagung konnten wir wieder kompetente Referenten gewinnen. Am 21. Februar ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee/Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Teilnehmer in der Aula der Theodor-Heuss-Schule wird Dr. Dr. Wolfgang Dörfler mit seinem Referat „Das junge Land Niedersachsen und die Heimatbewegung" die Tagung einleiten. Nach einer kurzen Pause hören wir einen Vortrag von Hartmut Vollmer „Die Ablösung der Grundherrschaft in der Börde Sittensen".

Nach den Vorträgen ist eine kurze Aussprache vorgesehen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und guten Gesprächen in angenehmer Atmosphäre mit interessanten Gesprächspartnern lassen wir bei einem Glas Wein den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 22. Februar, wird die Tagung um 9.30 Uhr mit einem Vortrag von Archäologieoberrat Dr. Stefan Hesse „Moorleichen – Germanen – Burgen. Aktuelle archäologische Projekte im Landkreis Rotenburg" fortgesetzt. Mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder» wird die Tagung gegen 12 Uhr beendet sein. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldungen, für das Elchbratenessen zum Preis von 25 Euro pro Person und für eventuelle Übernachtungswünsche, bis spätestens 15. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Karin Banse, Wiesengrund 9. 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

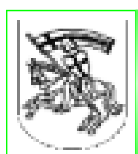
Gratulation zur Eisernen Hochzeit

Die Kreisgemeinschaft Gumbinnen gratuliert Lisbeth und Peter Albrecht von Daehne herzlich zur Eisernen Hochzeit. Beide erfreuen sich erstaunlicher Frische und leben nach wie vor selbständig im eigenen Haus in Destedt bei Braunschweig.

Lisbeth von Daehne wurde als Tochter des Verwaltungsbeamten Bünsch in Gumbinnen geboren. Nach der Flucht heiratete sie 1950 den landwirtlichen Sachverständigen Peter Albrecht von Daehne. Sie bekamen zwei Kinder und können sich heute über zwei Enkelsöhne freuen. Lisbeth konnte gerade ihren 92. Geburtstag feiern. Lisbeth von Daehne ist seit fast 40 Jahren im Vorstand der Kreisgemeinschaft Gumbinnen aktiv und unterstützt uns mit vielfältigen Aufgaben zum Wohle der Gumbinner Landsleute.

So hat sie ab dem 1. Januar 1981 an der Erfassung der Familienlisten gearbeitet, hat Adressen ausgekundschaftet, hat die Listen erstellt und nach Rücksendung in Karteikarten übertragen. Bis die umfangreiche Datensammlung vollständig war, hat sie zuweilen 50 bis 60 Briefe täglich an die Landsleute verschickt. Ohne diese fleißig zusammengetragene Namensammlung, auch von anderen Gumbinnern, hätte es die vorbildliche digitale Namenserfassung der KG nicht gegeben. Sie waren die Grundlage für die Gumbinner Personendatei. Jede Vorstandssitzung in Bielefeld wird von Lisbeth von Daehne besucht. Sie lässt sich auch von gesundheitlichen Problemen nicht abhalten. Vorbildlich ist bis heute ihr Einsatz beim Buch- und Materialverkauf bei den Bundes- und Deutschlandtreffen. Immer wieder lässt sie sich zur Standbetreuung einteilen. Auch die regionalen Ostpreußentreffen in Braunschweig werden von ihr regelmäßig besucht. Mit ihrer Treue und Disziplin ist Lisbeth von Daehne für uns ein Vorbild und ein Glücksfall für die Kreisgemeinschaft Gumbinnen. Wir wissen, dass wir uns auch immer auf die Unterstützung ihres Mannes verlassen konnten. Wir wünschen dem Jubelpaar weiterhin eine gute gemeinsame Zeit.

Karin Banse, für die Kreisgemeinschaft Gumbinnen



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Nach Königsberg

Hinweis auf eine eine zehntägige Busreise nach Königsberg vom Freitag, 5. Juni, bis Sonntag, 14. Juni: Abfahrt ist in Duisburg um 6 Uhr mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl im Hotel Rodlo. Weiterfahrt nach Marienburg, Braunsberg zur Grenze Richtung Königsberg, Hotel Kaliningrad, sieben Übernachtungen. Tagesfahrt am 7. Juni: Richtung Tilsit über Labiau. 8. Juni: Waldau, Heiligenwalde. 9. Juni: Richtung Kurische Nehrung über Cranz. 10. Juni: Zur freien Verfügung. 11. Juni: Palmnicken-Rauschen. 12. Juni: Letzter Tag in Königsberg noch mal zur freien Verfügung. 13. Juni: Richtung Stettin, Hotel Panorama. 14. Juni: Richtung Deutschland. Änderungen vorbehalten. Weitere Informationen und das komplette Programm sowie Anmeldungen erhalten Sie bei, Willi Skulimma Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746. Oder; Greif Reisen, Rübezahlstraße 7, 58455 Witten-Heven, Telefon (02302) 24044.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Unsere Reisen in die Heimat finden nach wie vor großen Anklang bei begeisterten Mitreisenden. Die Kreisgemeinschaft bietet auch in diesem Jahr wieder zwei Reisen in modernen Fernreisebussen – kombiniert mit Schiffsreisen – nach Ostpreußen an.

Zehn Tage im Juli

Unter der Leitung von Heiner J. Coenen, Maarstraße 15, 52511 Geilenkirchen, Telefon (02462) 3087, führt die zehntägige Reise vom 16. bis 25. Juli nach Tilsit, Memel, Nidden, Königsberg und Danzig. Dies ist das Programm:

1. Tag: Um etwa 7.30 Uhr startet die Busabreise ab Mönchengladbach-Rheydt über Dortmund, Osnabrück, Hamburg und Kiel bis zur Einschiffung auf das Schiff nach Memel. Übernachtung in der gebuchten Kabinenkategorie.

2. Tag: Ankunft in Memel (Klaipeda) um zirca 18 Uhr. Anschließend Abendessen und Übernachtung im Memeler Hotel.

3. Tag: Memel: Die älteste Stadt Ostpreußens hat sich zu einer großen Hafenstadt mit etwa 210000 Einwohnern entwickelt. Für die Litauer ist der Ort das „Fenster zum Westen". Die schön restaurierte Altstadt bietet viele Sehenswürdigkeiten. Der Simon-Dach-Brunnen mit der Statue der „Ännchen von Tharau" auf dem Theaterplatz ist das Wahrzeichen der Stadt. Die gesamte Altstadt steht seit 1969 unter Denkmalschutz. In der Neustadt sieht man das alte Rathaus im Renaissancestil, in deren Giebel man das Stadtwappen findet. Nach einer ausgiebigen Stadtführung geht die Reise nach Tilsit (Sowjetsk) weiter. Abendessen und Übernachtung im Kronus-Hotel Rossija.

4. Tag Tilsit: An diesem Tag haben Sie die Gelegenheit, Ihre Heimatdörfer zu besuchen. Taxen können (auf eigene Kosten) vermittelt werden. Alternativ bieten wir eine ausgiebige Rundfahrt an. Nach der Stadtbesichtigung in Tilsit fahren Sie zum Breitensteiner Heimatmuseum, dann zum Gestüt Georgenburg und weiter nach Insterburg und Gumbinnen (Salzburger Kirche). Zum Abendessen sind Sie wieder in Tilsit.

5. Tag: Tilsit: Rückfahrt bis Memel und weiter auf die Kurische Nehrung. In Schwarzort, das vor allem durch den Hexenberg bekannt geworden ist, machen wir einen Stopp an der hübsch gestalteten Promenade. Von hier aus ist es nicht weit bis zum Hexenberg, wo eine kurze Führung stattfindet. Der kleine Fischerort Nidden (Nida) ist der beliebteste Ferienort auf der Nehrung. Schon früher verbrachten Künstler und Schriftsteller wie Thomas Mann oder die Maler Corinth, Pechstein und Mollenhauer hier ihre Zeit. Die örtlichen Museen dokumentieren den Charakter der Künstlerkolonie. Heute besuchen Sie das Thomas-Mann-Haus. Danach Abendessen und Übernachtung im Niddener Hotel.

6. Tag: Nidden: Dieser Tag steht zur freien Verfügung. Wir empfehlen einen ausgedehnten Spaziergang zur Ostsee zum Bernsteinsammeln.

7. Tag: Nidden: Zunächst geht die Fahrt über den russischen Teil der landschaftlich außergewöhnlichen Kurischen Nehrung bis nach Rossitten, der weltbekannten Vogelwarte. Anschließend fahren Sie weiter in die Metropole Königsberg (Kaliningrad). Unser Stadtführer zeigt Ihnen die Sehenswürdigkeiten, wie das Neue Schauspielhaus, die Luisenkirche, die Börse, die verschiedenen Stadttore und den Nordbahnhof. Sie sehen auch die Kantinsel mit der Gedenkstätte Immanuel Kants und den Dom. Natürlich darf auch eine Dombesichtigung nicht fehlen, bei der Sie in das Hauptschiff der Kirche kommen. Abendessen und Übernachtung im Königsberger Hotel.

8. Tag: Königsberg: Sie verlassen Königsberg, etwas später auch das russische Gebiet und steuern zunächst Frauenburg an. Der kleine Ort am Frischen Haff wird dominiert vom imposanten Domberg, in dem der berühmte Astronom Nikolaus Copernicus begraben liegt. Am frühen Nach-mittag erreichen Sie eine der schönsten Städte Polens, Danzig (Gdansk). In der alten Hansestadt befindet sich ein großartiges Ensemble von kunstvollen Baudenkmälern. Nach dem Rundgang in dieser faszinierenden Stadt beziehen Sie Ihr zentral gelegenes Hotel.

9. Tag: Danzig: Eine Besonderheit ist der Komplex Oliva mit der weltberühmten Orgel in der Klosterkathedrale. Nach ihrer Besichtigung und einer Orgelvorführung geht die Reise weiter bis nach Stettin (Szczecin). Hier finden das Abendessen und die letzte Übernachtung statt.

10. Tag: Stettin: Von Stettin ist der Weg zu den Rückreise-Haltestellen in Deutschland nicht weit.

Anmeldungen: Ostreisen, Lagesche Straße 32, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 2882600.

Neun Tage im August

Unter der Leitung von Eva Lüders, Kührener Straße 1B, 24211 Preetz, Telefon (04342) 5335 führt die neuntägige Bus- und Schiffsreise vom 17. bis 25. Au-gust nach Tilsit-Ragnit und Nidden. Dies ist das Programm:

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Thorn.

2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie zunächst einen geführten Spaziergang durch die sehr schön restaurierte Thorner Altstadt. Anschließend bleibt noch etwas Zeit für einen kleinen Bummel durch die schöne alte Hansestadt, bevor die Reise weitergeht zum polnisch-russischen Grenzübergang und vorbei an Königsberg, Wehlau und Tapiau bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im „Rossija" beziehen.

3. Tag: Heute steht eine ganztägige Rundfahrt durch den Kreis Tilsit–Ragnit auf dem Programm. Die genaue Route wird je nach der Zusammensetzung der Gruppe festgelegt. In Ragnit unternehmen Sie eine Stadtführung mit Besuch der Ruine der früheren Ordensburg. In der Schule von Breitenstein wird das von Juri Userzow aufgebaute Heimatmuseum besucht. Weiter geht die Rundfahrt nach Schillen mit Stopp an der Kirchenruine. Anschließend werden wir im Haus „Schillen" bei Alla Shukowa zu einem deftigen Mittagessen mit typisch russischen Gerichten erwartet. Zum Abschluss: Stadtführung in Tilsit, Danach Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Er bietet die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen. Hierfür steht unser bewährter Taxiservice zur Verfügung. Für alle, die den Taxitag nicht indivi-duell nutzen möchten, besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einem weiteren geführten Ausflug.

5. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und passieren auf der Luisenbrücke die Grenze nach Litauen. Weiterfahrt in das Memelland mit Besichtigung der Kirche in Heydekrug. Anschließend Fahrt in das Memeldelta, wo in Kintai schon der Tisch zu einem leckeren Picknick gedeckt ist. Danach erwartet Sie am Anleger Ihr Kapitän zu einer Schiffsfahrt über die Minge, durch das Memeldelta und weiter über das Kurische Haff. Am Nachmittag erreichen Sie Nidden von der Wasserseite aus und erleben das Panorama der Wanderdünen auf der Kurischen Nehrung. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

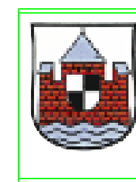
6. Tag: Nach dem Frühstück steht eine Ortsbesichtigung in Nidden zu Fuß auf dem Programm. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der wohl bekannteste Ferienort Litauens und die Perle der Kurischen Nehrung. Am Nachmittag bleibt Zeit zur freien Verfügung. Es besteht die Möglichkeit, mit einem Linienbus einen individuellen Ausflug nach Memel zu unternehmen. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

7. Tag: Dieser Tag steht Ihnen in Nidden zur freien Verfügung.

8. Tag: Nach dem Frühstück Fahrt über die Kurische Nehrung durch das benachbarte Schwarzort und mit der Fähre über das Memeler Tief nach Klaipeda, das deutsche Memel. Hier unternehmen Sie einen Rundgang durch die Altstadt. Am Theaterplatz ist der Simon-Dach-Brunnen mit der Figur Ännchens von Tharau eines der beliebtesten Fotomotive der Stadt. Anschließend Einschiffung auf das Fährschiff nach Kiel. Abendessen und Über-nachtung an Bord.

9. Tag: Am Vormittag genießen Sie die Zeit auf See, bevor Ihr Schiff gegen Mittag Kiel erreicht. Anschließend Rückreise mit dem Bus nach Hannover.

Anmeldungen: Partner-Reisen Grund-Touristik, Everner Straße 41, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 588940.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

56. Sonderreise nach Tilsit und Nidden

Vom Mittwoch, 10. Juni, bis Freitag, 19. Juni, veranstaltet der Heimatkreis eine zehntägige Busreise mit vier Übernachtungen in Tilsit, drei in Nidden und zwei bei An- und Abfahrt auf der Fähre. Hier das Programm im Einzelnen:

Mittwoch, 10. Juli: Mit dem Bus ab Bochum, Zusteigemöglichkeiten in Hannover und Hamburg. In Kiel mit dem Bus auf das Fährschiff der LISCO-Linie. Schiffreise von Kiel nach Memel.

Donnerstag, 11. Juni: Von Memel mit dem Bus über Heydekrug nach Tilsit zum Grenzübergang Luisenbrücke. In Tilsit: Übernachtung im Hotel Kronus.

Freitag, 12. Juni: Frühstück. Stadtrundfahrt mit Besuch des Königin-Luisen-Denkmals im Park Jakobsruh. Weiter durch die Elchniederung, Heinrichswalde, Weinoten. Abendessen und Übernachtung im Hotel Kronus.

Sonnabend, 13. Juni: Tag zur freien Verfügung. Taxen für Tages- oder Halbtagsausflüge vermittelt die örtliche Reiseleitung auf Wunsch.

Sonntag, 14. Juni: Nach dem Frühstück Fahrt durch den Kreis Tilsit-Ragnit. In Ragnit kurze Stadtrundfahrt. Besuch des Ostpreußen-Museums in Breitenstein. Weiterfahrt nach Untereißeln am Memelstrand. Zurück nach Tilsit. Abendessen und Übernachtung im Hotel Kronus.

Montag, 15. Juni: Frühstück. Fahrt über Kreuzingen, Labiau nach Königsberg. Stadtrundfahrt und Stadtbesichtigung. Besuch des Bernsteinmuseums. Weiterfahrt über Cranz, Kurische Nehrung nach Rossitten zur Vogelwarte. Weiterfahrt zum russisch-litauisch Grenzübergang nach Nidden. Abendessen und Übernachtung im Hotel Jurate in Nidden.

Dienstag, 16. Juni: Tag zur freien Verfügung. Abendessen und Übernachtung im Hotel Jurate.

Mittwoch, 17. Juni: Frühstück. Fahrt zur Hohen Düne und Besichtigung des Thomas-Mann-Hauses. Weiterfahrt zu den Sehenswürdigkeiten der Kurischen Nehrung. Abendessen und Übernachtung im Hotel Jurate.

Donnerstag, 18. Juni: Frühstück. Rückfahrt über Schwarzort nach Memel zur Stadtrundfahrt. Stadtbummel nach eigenen Wünschen. Nachmittags per Bus zur Einschiffung und Rückfahrt nach Kiel. Freitags, 19. Juni: Ankunft in Kiel. Rückfahrt über BAB Hamburg nach Bochum.

Achtung: Seit 1. November 2010 sind für deutsche Staatsbürger aufgrund des Prinzips der Gegenseitigkeit die Veränderungen des Beantragungsverfahrens von einigen Arten von Visa eingeführt. Zur Beantragung des russischen Visums benötigen wir bis spätestens sechs Wochen vor Reisebeginn von jedem Reisegast den Original-Reisepass, ein biometrisches Lichtbild sowie einen Renten-/Pensionsbescheid (in Kopie), oder den Nachweis eines regelmäßigen Einkommens durch eine Arbeits- und Verdienstbescheinigung. Bitte beachten Sie auch, dass die Reisepässe noch mindestens ein halbes Jahr über das Reiseende hinaus gültig sein müssen. Bei Reisen nach Russland muss zudem eine Auslandsreise-Krankenversicherung, die Osteuropa einschließt, abgeschlossen werden.

Für Reisegäste, die mit der Bahn zum Zustiegsort fahren, sind stark ermäßigte Fahrkarten erhältlich, die spätestens drei Wochen vor der Abreise bestellt werden sollten. Anmeldungen bitte direkt an: Greif-Reisen, A. Manthey GmbH, Rübezahlstraße 7, 58455 Witten, Telefon (02302) 24044, Fax (02302) 25050, E-Mail: manthey@greifreisen.de, Internet: www.greifreisen.de.

„Als der Krieg zu Ende ging" – Arno Surminski liest

Er ist Autor zahlreicher Romane, Erzählungen und Sachbücher. Zu den bekanntesten zählen „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?" sowie „Kudenow oder An fremden Wassern weinen". Nun hat der gebürtige Ostpreuße mit „Als der Krieg zu Ende ging" einen neuen Erzählband vorgelegt. Arno Surminsky (81) schildert Erlebnisse aus jener Zeit. Ein Briefträger bringt die Gefallenenmeldungen in die Dörfer („Verlorene Briefe"), eine Engländerin fährt ins Rheinland auf der Suche nach dem Wrack eines Bombers, mit dem ihr Vater abgestürzt ist („Lancaster über Overath"), ein alter Mann besucht das Dorf, das er 1945 verlassen musste („Im Land der Pusteblumen").

Am Mittwoch, 18. März, stellt er das Buch in Lüneburg im Heinrich Heine Haus, Am Ochsenmarkt 1a, vor. Der Eintritt kostet sechs Euro. Beginn ist um 19 Uhr. Weitere Informationen: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Vor 70 Jahren

»Das Leid darf nicht vergessen werden«

In einer Pressemitteilung erinnert der Landesverband Bayern des Bundes der Vertriebenen (BdV) daran, dass vor 70 Jahren die Vertreibungen in den Deutschen Ostprovinzen begannen.

Mitte Januar 1945 erreichten die Truppen der sowjetischen Roten Armee die deutsche Reichsgrenze im Osten. Damit setzte mitten im bitterkalten Januar vor 70 Jahren in den Ostgebieten von Ostpreußen bis Schlesien die Flucht der deutschen Bevölkerung ein. Unter unvorstellbaren Strapazen machten sich vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen in Trecks oder alleine auf den Weg Richtung Westen. Die deutsche Zivilbevölkerung erlebte in diesen Tagen und Wochen furchtbares Leid und vielfach den Tod bei der Flucht über das Frische Haff in Ostpreußen, auf versenkten Schiffen in der Ostsee, auf den von sowjetischen Truppen überrollten Trecks oder durch die Kälte des Winters.

Nicht weniger leidvoll erlebte die zurückgebliebene deutsche Zivilbevölkerung vielerorts den Einmarsch der sowjetischen Truppen mit der Ermordung von Zivilisten, der massenhaften Vergewaltigung von Frauen, den Plünderungen und Brandschatzungen sowie der Deportation in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit.

Der BdV erinnert in diesen Tagen an das furchtbare Leid der deutschen Bevölkerung jenseits von Oder und Neiße vor 70 Jahren. Was die Ost- und Westpreußen, die Pommern, die Danziger, die Ostbrandenburger, die Schlesier, die Sudetendeutschen sowie die Deutschen in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien in diesen Wochen und Monaten an Unmenschlichkeit erund durchlitten, darf nicht vergessen werden. Je weiter östlich die Deutschen lebten, umso härter haben sie für den Krieg bezahlen müssen. Flucht, Vertreibung, Verlust von Hab und Gut sowie Entrechtung, Deportation trafen sie im vollen Ausmaß.

Der BdV in Bayern verneigt sich vor den Opfern während der Flucht aus der angestammten Heimat. Er erwartet, dass die Bundesregierung, insbesondere mit dem Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung dauerhaft an diese Tragödie erinnert. Für den BdV, so Landesvorsitzender Christian Knauer, bleibt dieses furchtbare Geschehen stetige Mahnung, für die großartige Vision der Charta der Heimatvertriebenen von 1950 zu arbeiten – nämlich für ein Europa, „in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“



Klare Worte zu den Ereignissen ab Januar 1945: Christian Knauer Bild: BdV

Von der Heimat und ihrem Verlust

Eine facettenreiche, dreiteilige Sonderausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum

Gleich drei Ausstellungen auf einmal hat derzeit das Oberschlesische Landesmuseum (OSLM) im nordrhein-westfälischen Ratingen-Hösel in einer großangelegten, facettenreichen Trilogie zusammengefasst. „Heimat-Weh. Zu Hause in Europa“ kann noch bis Anfang April besichtigt werden. Die dreigeteilte Sonderausstellung ermöglicht dem Besucher einen guten Überblick zu den Themen Heimat und Heimatverlust sowie auch den Neuanfang in einer abwehrenden Umgebung.

Die Berliner Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen hat innerhalb von fünf Jahren die drei Einzelausstellungen „Die Gerufenen“, „Erzwungene Wege“ und „Angekommen“ erarbeitet. In einem großen Bogen umreißt die Trilogie die für immer mehr Menschen weitgehend unbekannte Heimat der deutschen Volksgruppen. Sie dokumentiert jedoch auch die Vertreibungsschicksale anderer Völker.

Halb Europa gelangt in den Blick

In „Die Gerufenen“ geht es um deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa. Die Schau umfasst eine Zeitspanne von 800 Jahren. Geografisch gelangt halb Europa in den Blick: von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und vom Böhmerwald bis zum Kaukasus.

Der Besucher der Ausstellung „Erzwungene Wege“ erfährt, dass mehr als 30 Völker Europas im 20. Jahrhundert vom Verlust ihrer Heimat betroffen waren. Diese Präsentation macht gemeinsame, aber auch unterschiedliche Ursachen, Wirkungen und Folgen von Zwangsmigrationen deutlich.

In der Themenschau „Angekommen“ wird vor allem die Integration von 12 bis 15 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945 in Deutschland thematisiert. Der Weg dahin war jedoch von einer Vielzahl menschlicher Härten, Leid und Spannungen zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen geprägt.

Wer sich all dies anschaut, kann nachvollziehen, warum Menschen unterschiedlichster Herkunft und zu verschiedensten Zeiten ihre Heimat verlassen mussten. „Über die persönlichen Erfahrungen vieler Zeitzeugen und durch den Blick auf aktuelle Flüchtlingsproblematiken wird ein weiter geschichtlicher Bogen gespannt“, erläutert Dr. Susanne Peters-Schildgen, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Landesmuseum. Dass sich dabei viele Parallelen zur Gegenwart ziehen lassen, entspricht der aktuellen Weltlage, die in manchen traurigen Entwicklungen der Vergangenheit ähnelt.

In der Ausstellung Erwähnung finden unter anderem die Massaker und Deportationen der Armenier im Osmanischen Reich sowie der „Bevölkerungsaustausch“ von Griechen und Türken im Jahre 1922/23. Hinzu kommen die Vertreibung der Italiener am Ende des Zweiten Weltkriegs aus Jugoslawien sowie der Krieg und die Vertreibung im ehemaligen Jugoslawien am Beispiel von Bosnien und Herzegowina.

Tierpräperate, Fotos Modelleisenbahnen

Mit aussagekräftigen Exponaten aus den hauseigenen Beständen sowie mit Leihgaben von Institutionen und Privatsammlern hat das Landesmuseum die Wanderausstellung ergänzt. „Im Bereich bäuerlicher Reichtum zeigen wir zum Beispiel unseren Teschener Trachtenschmuck und Schönwälder Stickerei. Das Tierpräparat eines rauwolligen Pommerschen Landschafes veranschaulicht den Themenschwerpunkt Schafzucht. Für den Eisenbahnbau in Litauen und die Industrialisierung in Lodz haben wir Ansichtskarten, historische Fotos, Pläne, Dokumente und Modelleisenbahnen hinzugefügt“, so Susanne Peters-Schildgen.

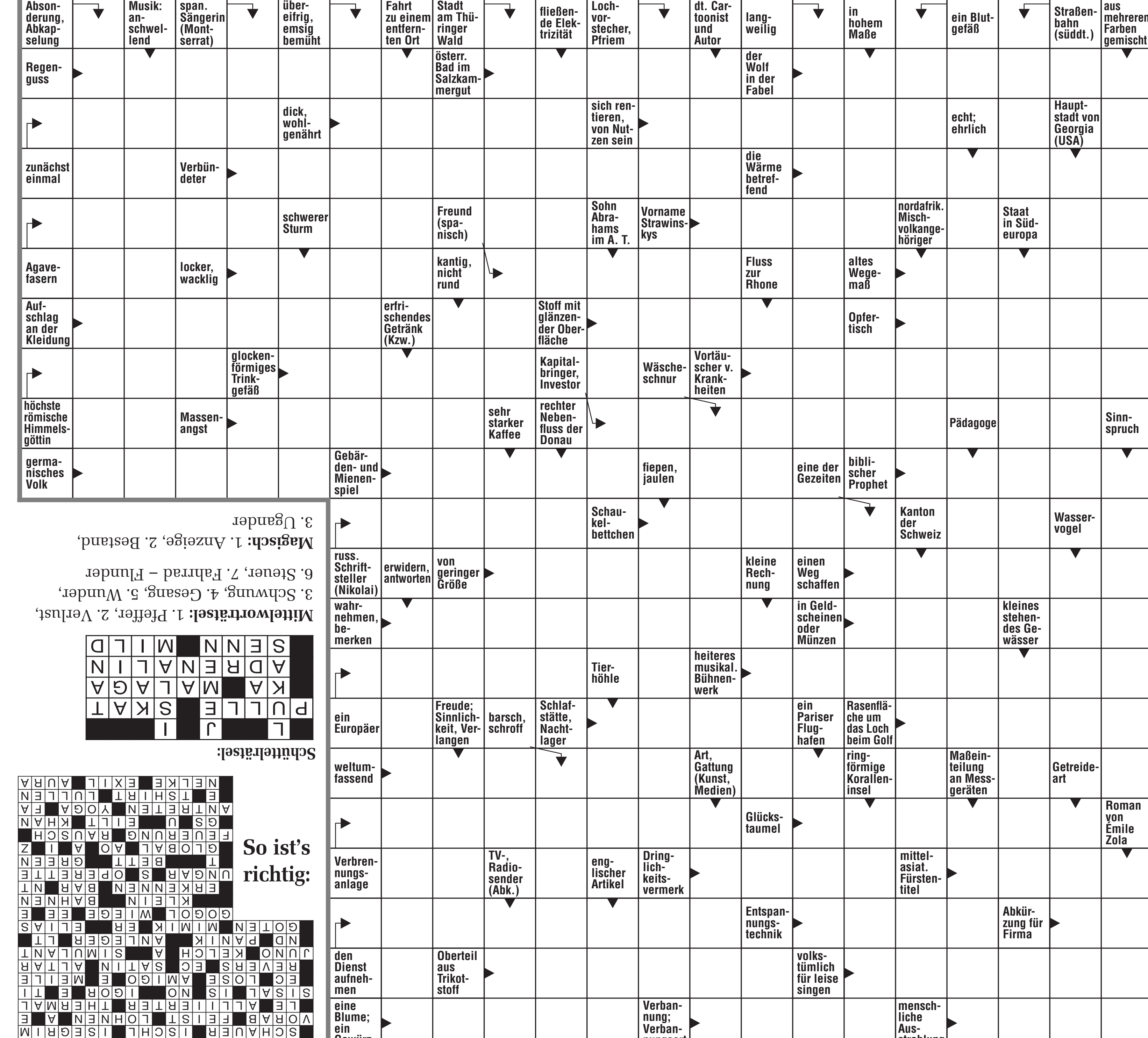
Dieter Göllner





Links: Tracht aus dem Teschener Schlesien

Rechts: „Wir spannen einen weiten geschichtlichen Bogen“, erklärt Museums-Mitarbeiterin Susanne Peters-Schildgen Bilder: Göllner



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

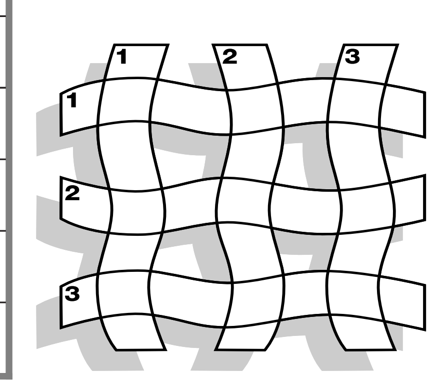
AKLSU, ADEL, EEJMN, AILMS, AIKL, AGIL, ADNT
AKST
ELLPU, AAAG LM
AADEI LNNR
ENNS, DILM

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Plattfisch.

Nr.	links	rechts
1	HASEN	KUCHEN
2	PRESTIGE	REICH
3	AUF	KRAFT
4	CHOR	BUCH
5	WELT	BAR
6	LOHN	MANN
7	KINDER	STAENDER

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Annonce, Inserat
2 augenblicklicher Vorrat
3 Bewohner eines afrikanischen Staates

»Spannender Kampf«

Im Sommer 1927 gelingt Anni Weynell aus Tapiau eine sportliche Höchstleistung. Sie durchwimmt als erste das Frische Haff

Mitte der 20. Jahre wurde das Frische Haff für Langstreckenschwimmer interessant. Ihr Ziel war es, diese große Wasserfläche an seiner breitesten Stelle zwischen Pillau und Brandenburg schwimmend zu durchqueren. Im August 1927 berichtet die Königsberger Hartungsche Zeitung in mehreren Beiträgen über die Versuche zweier Langstreckenschimmer, diese etwa 22 Kilometer lange Strecke zu bewältigen – eine enorme Herausforderung.

Langstreckenschwimmen oder Freiwasserschwimmen, wie es heute oft genannt wird, gilt als Extremsportart. Anders als in einem geschützten Schwimmbecken setzen Wellen, Wind und Strömungen den Sportlern zu.

Auch die Strecke zwischen Pillau und Brandenburg weist zahlreiche Tücken auf. Temperaturunterschiede, Unterströmungen sowie rasch wechselnde Windrichtungen und Windstärken mit unterschiedlichen Wellenhöhen erschweren das Vorankommen.

Wilhelm Leuschner ist der erste, der sich trotzdem an diese Aufgabe wagt. Der seit 1920 in Königsberg lebende ehemalige Seemann steigt am 9. August 1927 ins Wasser, muss aber nach zweieinhalb Stunden Schwimmzeit aufgeben, Das Wetter ist zu stürmisch geworden, Der Wellengang droht sogar das ihn begleitende Beiboot kentern zu lassen. Eine Woche später, am 16. August, unternimmt Leuschner einen zweiten Versuch. Von der Stadt Königsberg wird ihm dafür das leistungsfähigere Beiboot „Christine“ zur Verfügung gestellt. Um nicht gegen die Wellen schwimmen zu müssen, werden Start und Ziel ausgetauscht. Von Pillau aus will der Ausdauersportler nun Brandenburg erreichen.

Um 12 Uhr legt Leuschner bei der vor Pillau liegenden Tonne 6 los. Kurze Zeit später ändert sich allerdings die Windrichtung. Leuschner hat mit Seitenwind zu kämpfen, kommt aber gut voran. Nach 40 Minuten und 1,85 Kilometern erreicht er die Hakentonne bei Camstigall-Süd. Eine Tasse Fleischbrühe nimmt er nach zwei Stunden als erste Stärkung zu sich.

Von Wassermassen des Öfteren begraben

Stunde für Stunde gleitet er durchs Wasser. Auch das Wetter beruhigt sich. Dann beobachtet die Mannschaft des Beibootes, dass der Schwimmer langsamer wird, seine Züge werden kraftloser. Er gewinnt nur noch wenig Distanz. Gegen 20 Uhr, nach acht Stunden und drei Minuten gibt Wilhelm Leuschner auf Höhe von Peyse wegen Übelkeit und der eingebrochenen Dunkelheit auf. Er hat in dieser Zeit 15 Kilometer zurückgelegt, sein Ziel, das Haff an der breitesten Stelle zu durchqueren, jedoch nicht erreicht.

Nur wenig später wird es einer jungen Frau aus Tapiau gelingen: Annie Weynell ist zu diesem Zeitpunkt 23 Jahre alt. Ihre Eltern sind Fischer, die nebenbei Landwirtschaft betreiben. Schwimmen hat sie gelernt, in dem sie ein paar Binsen zusammenband und inden Pregel stieg. Besonders anfangs hat die junge Athletin gegen viele Widerstände zu kämpfen. Für Frauen gilt Leistungssport damals als nicht schicklich. Was sie leisten kann, hat sie aber schon am 19. Juli gezeigt, als sie die Insel Helgoland schwimmend umrundet.

Auch sie muss einen ersten Versuch wegen schlechten Wetters aufgeben. Aber schon einen Tag später, am Mittwoch, dem 24. August 1927, geht sie wieder an den Start. Die Königsberger Hartungsche Zeitung berichtet: „Anni Weynell startete um 7.52 Uhr. Anfangs hatte sie gegen hohe Wellen zu kämpfen, die sie des öfteren unter ihren Wassermassen begruben. Bald zeigte sich jedoch Gott Neptun als Kavalier und gebot dem Windgott, nicht mehr aus vollen Lungen zu pusten. Damit beruhigte sich auch etwas die hohe Dünung. Dafür setzte jedoch eine starke Strömung ein, die durch das in die See zurückströmende Wasser, das vorher durch den Sturm in das Haff getrieben worden war, verursacht wurde.

Nun entstand ein spannender Kampf zwischen Mensch und Naturgewalt. Mit Aufbietung aller Kräfte gewann Anni Weynell mit jedem Stoß. Nach einer Schwimmdauer von ungefähr drei Stunden hatte sie die erste Ermüdungskrise zu bestehen. In dieser Zeit blieb sie fast auf ein und derselben Stelle liegen. Was sie durch einzelne Stöße gewonnen hatte, wurde durch die Strömung wieder zunichte gemacht. Einige Stückchen Schokolade und eine Banane gaben der Schwimmerin die Kraft und Energie, die Krisis erfolgreich zu überwinden. Mit neuem Mut ging es weiter haffeinwärts.

Der Wind ließ immer mehr an Stärke nach, so dass gegen 15 Uhr vollständige Windstille eintrat. Das war aber für die Schwimmerin keinesfalls erfreulich und von angenehmen Folgen begleitet, da sich die Gegenströmung jetzt bemerkbar zu machen begann. Inzwischen hatte Fräulein Weynell nochmals unter Ermüdungserscheinungen zu leiden, die sie aber mit einer Energie, die schon fast bewunderungswürdig und übermenschlich von der Begleitmannschaft im Boot eingeschätzt wurde, zu überwinden wusste. Und gerade diese Willensstärke zeugte von den hohen Fähigkeiten der Tapiauerin, Gipfelleistungen zu vollbringen. [....]

Jetzt, da sich das Unternehmen seinem erfolgreichem Ende näherte, konnte man aus dem Boot so recht deutlich wahrnehmen und beobachten, wie die körperliche Gestaltung Fräulein Anni Weynells zu großen schwimmerischen Leistungen prädestiniert. Ihr schlanker Körper mit seinen sehr ausgebildeten und ausgeprägten Oberschenkeln ermöglichte es ihr, die Hebewirkung der Wellen sich dienstbar zu machen. Man merkte, dass sie eine taktisch kluge Schwimmerin ist, die ihren Körper geschickt einzusetzen versteht. So hatte man an den kraftvollen Bewegungen des geschmeidigen Mädchenkörpers seine Freude. Die große Anstrengung wurde aus den erschöpften Gesichtszügen bemerkbar. Und trotzdem verlor Fräulein Weynell nicht ihren trokkenen Humor.

Zwischen Patersort und Brandenburg, in Höhe des Brandenburger Hakens, war das Unternehmen beendet und geglückt. Um 17 Uhr und 13 Minuten schwamm Fräulein Weynell ans Ufer und wurde von dem Begleitboot aufgenommen, nachdem sie wieder festen Boden unter den Füßen hatte. Etwas steifbeinig kletterte sie ins Boot und hatte zunächst sehr unter Schüttelfrost zu leiden, der ihren Körper durchrüttelte. Aber bereits nach kurzer Erholung war sie wieder der von einer Frische, die bei der gewaltigen vollbrachten Leistung staunenerregend war.“

Erst 1932 durchschwimmen mit Walter Gindulis und Erst Funk zwei weitere Sportler das Frische Haff. Anni Weynell aber setzt ihre sportliche Karriere fort. 1928 gewinnt sie den Weltrekord im Dauerschwimmen. 1931 gelingt es ihr als zweite Frau überhaupt den Ärmelkanal zu durchschwimmen.

Wolfgang Reske



22 Kilometer Schwimmstrecke: Zwischen Pillau und Brandenburg liegt die breitestes Stelle des Haffs. Bild: Verlag Schadinsky Celle



Foto: Kreisgemeinschaft Wehlau

Links: Anni Weynell nach der der sportlichen Höchstleistung.

Rechts: Das Frische Haff von der Landseite aus gesehen

Foto: Rosenthal

Ganz schön auf Draht

Alles andere als Blechkisten – Heutige Roboter sind blitzgescheit

Roboter – dieser Begriff wird seit Karel Capeks Drama „R.U.R.“ von 1921 für menschenähnliche Maschinenwesen verwendet. Doch die heutige Robotergeneration ist dermaßen für Spezialanwendungen in Wissenschaft und Alltag spezialisiert, dass sie längst keine äußere Ähnlichkeiten mehr mit dem Menschen besitzen.

Visionen künstlicher Arbeitskräfte, die Menschen gefährliche, unangenehme oder schlicht langweilige Aufgaben abnehmen, gibt es schon lange. Und stationäre Fertigungsautomaten sind aus der modernen Industrieproduktion nicht mehr wegzudenken. Aber autonome und mobile Arbeitseinheiten blieben bis in die Gegenwart spektakuläre Einzelstücke aus einigen wenigen Forschungslabors. Inzwischen ändert sich das. Sie heißen „Justin“, „iCub“ oder „Athena“ und haben mit den rasselnden Blechbüchsen oder den titanischen Kampfmaschinen vieler Zukunftsepen nicht mehr viel zu tun.

Die Wissenschaftler, die sie konstruieren, haben sehr konkrete Vorstellungen. Roboter sollen Astronauten im All unterstützen, Krankenpfleger entlasten oder Rettungskräften zur Hand gehen.

„Rollin' Justin“ fährt auf vier Rädern, hat aber einen menschenähnlichen Oberkörper, Arme und einen Kopf mit einem Kamerasystem. Steuern kann man ihn über einen Tablet-PC. Er ist das Produkt von fünf Jahren Entwicklungsarbeit am Institut für Robotik und Mechatronik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt.

Obwohl seine Abkömmlinge später zu Mond und Mars fliegen sollen, arbeitet „Justin“ im Moment als Haushaltshilfe. Er wischt Scheiben, fegt, putzt und spült Geschirr. Und bisher auch nur auf Kommando. Wenn Experimentator Daniel Leidner einen Befehl in seinen Flachrechner tippt, nimmt „Justin“ eine Bürste, um vorsichtig einen Kaffeebecher zu reinigen. Wenn er die Bürste falsch ansetzt, korrigiert er sich. Noch ist einige Entwicklungsarbeit zu leisten: „Wenn Justin als Roboter einmal auf dem Mars gut mit einem Astronauten im Orbit zusammenarbeiten soll, muss noch etwas mehr Intelligenz hinzukommen“, sagt Leidner. Denn der Roboter weiß nur, was die Ingenieure in seine Datenbank eingegeben haben. Da kann der Weg zum korrekten Bewegungsablauf ziemlich lang sein. Vor fünf Jahren blieb „Justin“ ratlos stehen, wenn die Tasse nicht richtig stand. Heute kann er auch ohne Datenverbindung weiterarbeiten.

Im Oktober 2015 soll „Justin“ dann aus dem Weltraum gesteuert werden. Ein Astronaut auf der ISS wird ihn dann durch eine nachgestellte Mars-Szenerie steuern, um die Solarpaneele einer Marsbasis zu säubern und zu warten. „Teleoperation auf höherer Ebene“, nennt das Institutsleiter Professor Alin Albin-Schäffer.

Während „Justin“ etwa so groß ist wie ein erwachsener Mensch, kommt „iCub“ in der Größe eines Kindes daher. Der kleine Roboter, den ein Team um Professor Jan Peters an der TU Darmstadt gebaut hat, sieht auch wesentlich menschlicher aus als sein DLR-Artgenosse. Er hat Kulleraugen, Arme und Beine, und er bewegt sich wie ein Mensch. „iCub“ steht für „intelligent cub“ oder intelligenter Welpe. Im Labor soll der Roboter lernen, sich wie ein Mensch zu bewegen und zu verhalten. Der 250000 Euro teure Klein-Androide hat daher Kameras wie „Justin“, aber auch eine neoprenartige Haut mit tausenden von Sensoren, die Berührungen oder Druck registrieren. „Der Roboter soll lernen, zu laufen, sich auf einen Tisch abzustützen, die Balance zu halten und dabei die Signale der Hautsensoren zu nutzen, um so die Fähigkeit zu erhalten, auf seine Umwelt zu reagieren“, sagt Peters.

Das kann im Moment kaum ein Roboter. Peters und sein Team werden daher in den nächsten Jahren Lernalgorithmen entwickeln, die das möglich machen. Ihr Projekt ist Teil eines größeren europäischen Vorhabens, an dem auch Teams in Genua, Paris, Birmingham und Laibach (Ljubljana) beteiligt sind. Peters sieht für „iCub“ das Potenzial, bei der Betreuung autistischer Kinder zu helfen, die mit menschlichen Pflegekräften weitaus schlechter zurechtkommen als mit Maschinen.

Der Humanoid und sein Schöpfer: „Justin“ und Alin Albin-Schäffer Bild: DLR

Noch nicht so weit wie „Justin“ oder „iCub“ ist „Athena“, ein menschenähnlicher Roboter, 1,88 Meter groß, mit dem Wissenschaftler des Tübinger Max-Planck-Instituts für Intelligente Systeme lernen wollen, einen autonomen mechanischen Helfer für Katastrophengebiete zu entwickeln. Der Roboter hat ein Kamerasystem, mit dem er im Nahbereich dreidimensional sehen kann, sowie einen Laser, der Entfernungen millimetergenau misst.

„Athena“ kann im Moment nur einfache Bewegungen ausführen. Ganzkörper-Koordination oder wie man über unebene Flächen, verwinkelte oder sogar zerstörte Gebäude geht und dort Menschen birgt, ein vermisstes Kind sucht oder technische Geräte bedient, muss der Androide noch lernen. Als erstes haben ihm die Tübinger Forscher einen Gleichgewichtssensor eingesetzt. Als nächstes folgen funktionierende Greifarme und eine eigene Energiequelle. „Uns ist wichtig, dass der Roboter sich einmal sicher in schwierigem Gelände bewegen kann“, sagt Stefan Schaal, der Gründungsdirektor des Tübinger Instituts.

Bis zum einsatzreifen Roboter ist es aber noch ein weiter Weg. Grundlegende Prinzipien, auf denen der menschliche Sinn zur Fortbewegung und Orientierung beruht, müssen wesentlich besser bekannt sein, bevor man sie einem Roboter einprogrammieren kann.

Friedrich List

»Hochschullehrer 2014«: Raul Rojas

Deutschlands Hochschullehrer des Jahres 2014 ist Mexikaner. Der 1955 in Mexiko-Stadt geborene Raul Rojas Gonzalez lehrt seit 1997 als Professor für Künstliche Intelligenz an der Freien Universität in Berlin. Der Deutsche Hochschulverband zeichnete den Robotik-Professor für sein außerordentliches Engagement aus. Dotiert ist die Auszeichnung mit 10000 Euro. Rojas trat dadurch hervor, dass er seit 2006 studentische Forscherteams autonome Fahrzeuge und Roboter entwickeln lässt. Ein im Rahmen eines derartigen Projekts entstandenes Fahrzeug hat inzwischen eine Straßenzulassung und ist gelegentlich unter Aufsicht auf den Straßen Berlins unterwegs. Unter seiner Ägide gründeten sich auch die „FU Fighters“ und die „FUmanoids“, zwei Teams junger Wissenschaftler, die mit selbstgebauten Fußball-Robotern regelmäßig an robotischen Wettbewerben teilnehmen.

Rojas bindet seine Studenten vom ersten Semester an in die Projekte seiner Arbeitsgruppe für Künstliche Intelligenz ein. In seinem Robotik-Labor entwickeln sie komplexe Roboter- und Computersysteme. *F.L.*

Der Stoff, der denkt

Die Kleidung von morgen misst und steuert im Alltag alles mit

Brillen, die dem Träger Informationen zeigen, und ihn so bei der Arbeit oder in der Freizeit unterstützen, Schals oder Armbänder mit eingebauten Sensoren – solche Dinge könnten in der nahen Zukunft alltägliche Gebrauchsgüter sein. Zu den Forschungsinstituten, die an dieser Entwicklung mitarbeiten, gehört das in Kaiserslautern ansässige Deutsche Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz (DFKI). Auf der Fachmesse „Wearable Week“, die vom 2. bis 8. Februar in München stattfand, präsentierte das DFKI seine neuesten Entwicklungen. „Wearable“ ist ein Teilgebiet der Informatik, die sich mit tragbaren („wearable“) Computersystemen befasst.

Bei den neuen tragbaren Systemen der DFKI handelt es sich zum einen um mögliche Anwendungen für die Datenbrille „Google Glass“ des bekannten US-Suchmaschinenbetreibers. Die zweite Entwicklung ist ein intelligenter Stoff, der sich zu verschiedenen Kleidungsstücken verarbeiten lässt.

Die Forscher um Professor Paul Lukowicz wollen das Potenzial der Datenbrille „Google Glass“ weiter ausschöpfen, und sehen, wozu sich die Brille als Kleincomputer im Alltag eignet. Sie haben zusätzliche Technik an die Brille angepasst. Die Brille kann nun nicht nur aufzeichnen, sondern auch dem Nutzer Daten zeigen. Schüler könnten so leichter ihre Physikexperimente durchführen und sich mehr auf das Lernen als das Dokumentieren konzentrieren. Arbeiter auf dem Bau oder in der Logistik könnten ebenfalls ihre Arbeit präziser dokumentieren und Problemstellen schneller finden. „Unsere Idee ist, Informationsaufnahme auch in schwierigen und dynamischen Situationen zu ermöglichen“, erklärt Lukowicz das Forschungsziel.



Feines Händchen: Kochen auf Sensordruck Bild: DFKI

Außerdem planen sie den Einsatz in der „Smart Factory“ des DFKI, in der das Institut an klugen („smart“) Lösungen für die Industrieproduktion von morgen arbeitet. Der zweite Schwerpunkt sind Sensornetze, die in Armbänder, Kragen und Trainingsmatten für Sportler integriert sind. Die Forscher um Lukowicz haben einen Stoff entwickelt, der leicht und billig herzustellen ist. „Das Problem im Moment ist, dass diese Textilien im Moment in kleinen Mengen und in Handarbeit hergestellt werden“, so Lukowicz. Dieser Stoff besteht aus drei Schichten; in einer verlaufen horizontale Leitungen, dann folgt eine isolierende Schicht, dann eine dritte mit vertikalen Leitungen.

„An den Schnittpunkten kann Druck gemessen werden“, erläutert Lukowicz das Prinzip. Drückt man auf dieses Stück Stoff, erzeugt das Netz ein Signal. So lassen sich Bewegungen oder Muskelspannungen messen. Ein Sensorkragen könnte auf Kopfbewegungen reagieren und so Geräte steuern.

In der Zukunft soll normale Kleidung bereits verdrahtet sein. Wer sich mit Sensortechnik und kleinen Computern ausstatten will, kann das dann ohne Probleme tun. Sensoren könnten dann nicht nur auf Druck oder Muskelspannungen reagieren, sondern auch auf den Atem oder den Herzschlag, was dem Anwender beim Sport helfen würde. Es wäre so möglich, mit einem Pad am Handgelenk in die Luft zu schreiben und Daten aufzurufen, die man dann auf einem Flachcomputer oder in einer Brille anschauen könnte. *F. List*

Vorsicht Flug-Kamera

Immer mehr private Flugdrohnen spionieren Land und Leute aus

Kamera-Drohnen für den zivilen Bereich werden immer populärer. Derartige Drohnen haben wenig mit den umstrittenen ferngesteuerten Waffensystemen gleichen Namens gemeinsam, wie sie von den USA gegen Islamisten eingesetzt werden. Die meisten der im zivilen Bereich verwendeten unbemannten Flugobjekte erinnern mit ihrem Aussehen an fliegende Untertassen mit Propellern. Am Flugkörper sind Digitalkameras befestigt, die aus 20 oder 50 oder aus Tausenden Metern Höhe gestochen scharfe Bilder liefern. Das fasziniert eine ständig wachsende Nutzer-Gemeinde.

Mittels einer Bedienplattform werden die batteriebetriebenen Senkrechtstarter vom Boden aus über Sensoren gesteuert. Kleine und leichte Drohnen mit einem Gesamtgewicht bis fünf Kilogramm können in den meisten deutschen Orten ohne Genehmigung betrieben werden. Sie dürfen bis zu 100 Meter aufsteigen, um aus der Luft zu fotografieren und zu filmen.

Hochwertige Modelle kosten im Elektrofachhandel meist mehr als 500 Euro inklusive Kamera, während Anfängergeräte schon unter 100 Euro zu haben sind. Hobbyfotografen und -filmern bietet sich durch Internet und soziale Plattformen wie Facebook und YouTube ein idealer Multiplikator für die eigenen Luftbilder und Videos. Erhofft wird eine Anerkennung in Form von möglichst positiven Rückmeldungen wie den sogenannten „Likes“.

Doch der Spaß hat seine Grenzen. 2010 hat der deutsche Gesetzgeber für den privaten Gebrauch von Kamera-Drohnen eine Reihe von Auflagen bekannt gegeben. Es ist verboten, Luftaufnahmen zu machen, um andere auszuspionieren, auch ist die Nutzung der Bilder und Videos nur für „Sport und Freizeitgestaltung“ erlaubt. Eine gewerbliche Verwendung ist genehmigungspflichtig. Zudem dürfen Drohnen, egal ob mit Kameras bestückt oder nicht, nur in Sichtweite des „Piloten“ betrieben werden, was eine maximale Entfernung von 300 Metern bedeutet.

Verboten ist ferner, Drohnen über Kraftwerken, Kasernen, Gefängnissen und Einsatzorten der Polizei fliegen zu lassen. Auch über Menschen darf nicht gefilmt werden. Letzteres ist aber unvermeidbar, daher wird diese Vorgabe so interpretiert, dass Gesichter einzelner Personen nicht zu erkennen sein dürfen. In der Praxis dürfte kaum jemand irgendwelche im Internet kursierenden Luftaufnahmen beanstanden.

In Forschung und Wissenschaft werden die etwas schwereren Leichtmetallflugzeuge als Kamera-Drohnen schon jahrelang nutzbringend eingesetzt, zum Beispiel für Wildtierbeobachtungen und bei der flächendeckenden Erfassung von Schäden in Land- und Forstwirtschaft. Abgesehen davon ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Welt durch den massenhaften privaten Gebrauch von Kamera-Drohnen komplexer und unsicherer geworden ist. Immer mehr Zwischenfälle werden bekannt. In Frankreich wurden in jüngster Zeit etliche Flüge von Drohnen über Kernkraftwerken registriert, teilweise mehrere gleichzeitig. Meist waren die Betreiber nicht ausfindig zu machen.



„Drohnenangriff“: Fliegende Kamera im Anflug Bild: action press

Aus den USA und vom Flughafen London-Heathrow wurden Beinahe-Kollisionen von Passagierflugzeugen mit Drohnen gemeldet. Die Deutsche Flugsicherung ist besorgt. Im letzten Jahr verzeichneten die Berliner Fluglotsen einen enormen Anstieg von Bitten um Starterlaubnis für Drohnen. Und nicht alle Käufer wissen, dass sie ihre Geräte in einigen Städten ohne Zustimmung des Flughafentowers nicht starten dürfen. Erst ab Ende 2016 sollen EU-weite Regeln für frei verkäufliche Drohnen die damit verbundenen Risiken eindämmen. *D. Jestrzemski*

Wilde Zeiten

Vom Jahrhundert der Revolutionen

Bis auf Ausnahmen an der Peripherie lebt Europa seit Jahrzehnten friedlich wie lange nicht, und doch sind es anscheinend hochrevolutionäre Zeiten. Wir erleben eine digitale Revolution. Die Werbung suggeriert uns Geschmacksrevolutionen. Die sexuelle Revolution haben wir fast schon hinter uns.

All das führt den ursprünglichen Begriff und seine politische Aussage geradezu ins Absurde. Revolution – das heißt im eigentlichen Sinn ein friedlicher oder gewaltsamer Umsturz bestehender politischer Verhältnisse und der Beginn von etwas ganz Neuem. Es ist eines der wichtigsten Phänomene der Geschichte.

Nachzulesen ist das im „Historischen Lesebuch" des Berliner Historikers Patrick Oelze. In der Fülle von Ereignissen, Interpretationen und Bewertungen findet sich hier eine wertvolle Orientierungshilfe.

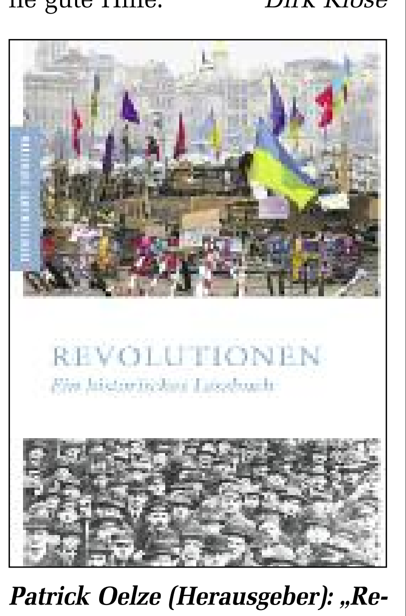
Obwohl die Geschichte frühere und mit Recht auch so genannte Revolutionen kennt, setzt Oelze bei der Französischen Revolution 1789 ein. Hier ging es, so Herausgeber Oelze, zum ersten Mal nicht darum, Altes zu restaurieren, sondern Neues zu schaffen. Beim 19. Jahrhundert geht Oelze lediglich auf die Jahre 1848/49 ein, um dann das 20. Jahrhundert als „Jahrhundert der Revolutionen" vorzustellen. Er zählt auch Umsturzversuche und Putsche dazu, wenn sie auf lange Sicht eine revolutionäre Wirkung hatten. Für Deutschland führt er die Jahre 1918/19, den 17. Juni 1953 und die Ereignisse in der DDR im Oktober 1989 auf. Weltpolitisch umwälzend waren die chinesische Revolution 1949 und später der „große Sprung" 1966 sowie auch Ayatollah Khomeinis Proklamation der „Islamischen Republik Iran" im Jahre 1979.

Oelze gibt zu den genannten Ereignissen jeweils eine kurze Einführung, um dann größere Passagen aus der Fachliteratur zum jeweiligen Thema zu präsentieren. Vielleicht sind ein bisschen zu viele Eigenpublikationen des Ch. Links Verlages dabei, dennoch bieten die Texte einen guten Einstieg in das jeweilige revolutionäre Ereignis.

Ein kürzerer Abschnitt bringt sechs Porträts von Revolutionären – „Idealisten, Populisten, Kultfiguren", wie Oelze sie nennt. Die Auswahl mit Joseph Fickler, einem 1848er Demokraten, Emiliano Zapata, Tamara Bunke, der Gefährtin von Che Guevara, Ho Chi Minh, Rudi Dutschke und Hugo Chavez mutet willkürlich an, aber bei der Fülle von Namen sollten es eben wohl auch nur einige Beispiele sein.

Porträts von Zapata, Dutschke und Chavez

Nicht unberücksichtigt bleiben auch die gegenwärtigen Geschehnisse: Das noch so kurze 21. Jahrhundert kann bereits mit der Rosen-Revolution in Georgien (2003), mit der Jasmin-Revolution in Tunesien (2010/11) und mit den Revolutionen in der Ukraine von 2004 (Orange-Revolution) und 2014 (Majdan) aufwarten. Das Zeitalter der Revolutionen ist also aktuell wie nie zuvor. Stärker als früher sind die Ereignisse vom Aufbegehren der Massen geprägt; politische Unzufriedenheit, soziale Missstände, Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit sind die treibenden Kräfte. Ein Ende ist, betrachtet man die Weltlage, nicht abzusehen. Um darauf vorbereitet zu sein, ist das Buch eine gute Hilfe. *Dirk Klose*



***Patrick Oelze (Herausgeber): „Revolutionen. Ein historisches Lesebuch"**, Ch. Links Verlag, Berlin 2014, broschiert, 272 Seiten, 14,90 Euro*

Flacher Junker?

Zum Bismarck-Jubiläum: eine besonders gelungene Biografie

Bismarck-Literatur im Internet gesucht und rund 900 Verweise gefunden: Der „eiserne Kanzler" und „ehrliche Makler" unter Europas Mächten ist ein zeitlos guter Begriff. Jüngst erinnerte noch Michael Gorbatschow im „Spiegel"-Interview an den Jahrhundert-Politiker. Bismarck habe schon betont, dass Deutschland mit Russland niemals Krieg führen darf. Ob „Gorbi" wirklich von einer Kriegsgefahr ausgeht oder ob er den Zitierten nur für einen augenzwinkernden Kommentar zum erkalteten westlich-russischen Verhältnis nutzt? Stoff genug für weitere Bismarck-Interpreten.

Die dürften derzeit allerdings schwer beschäftigt sein. Am 1. April jährt sich Bismarcks Geburtstag zum 200. Mal. Anlass für eine Schwemme entsprechender Bücher. Allerdings: Was auch immer da von manchem schnellschüssigen Autoren auf den Markt kommt, muss erst einmal gegen die vorliegende Bismarck-Biografie von Michael Epkenhans, Ulrich Lappenküper und Andreas von Seggern bestehen. Die Autoren sind ausgewiesene Experten der Otto-von-Bismarck-Stiftung und was sie auf knappen 164 Seiten an Material und Illustrationen zusammentrugen, dürfte schwer zu „toppen" sein. Mit fachlicher Souveränität und stilistischer Attraktivität entwarfen sie ein fesselndes Bild vom Leben und Wirken des „Alten vom Sachsenwald".

Die Stiftung lieferte auch das Gros der zahlreichen Illustrationen, die auf fast allen Seiten zu finden sind. Darunter sind bekannte wie die Bismarck-Gemälde von Anton von Werner oder die „Punch"-Karikatur von 1890 „Der Lotse geht von Bord". Hinzu kommen aber auch handschriftliche Dokumente, Privatbriefe, Karikaturen, Schnappschüsse aus den Anfängen der Photografie und anderes aus einem einmaligen Fundus; daneben unvermutete Abbildungen wie die Karzertür der Uni Göttingen mit eingeschnitztem „v. Bismarck".

»In die Schweinerei mal hineinfahren«

Der Buchtext selbst ist eine wahre Bismarck-Enzyklopädie, inhaltsreich und geistvoll: Vom „tollen Junker" zu „Europas Central-Weichensteller", der das agrarische Preußen zum Nukleus Deutschlands als industriell-politisches Weltzentrum und sozialpolitisches Vorbild für Europa machte. Nichts vom „flachen Junker", wie der Historiker Treitschke lästerte – unter Bismarck kam der „Aufbruch in die Moderne", wie es im Untertitel des Buchs heißt.

Bismarck liebte seine Frau Johanna, fürchtete seinen Leibarzt Ernst Schweninger, der ihn brachial von Sauf- und Fressorgien abzog, hatte wenige treue Freunde, aber diverse Feinde, die er kaum ernst nahm. Generell kuschte die preußische Welt vor dem strengen Kanzler, selbst Wilhelm I. seufzte, es sei „nicht leicht, unter Bismarck Kaiser zu sein".

Bismarck dachte, wie die Autoren mehrfach betonen, anfänglich „viel zu sehr von Preußen, nicht von Deutschland her". „Altpreußisch, macht- und staatszentriert" mühte er sich um „die Anerkennung einer Österreich gegenüber gleichberechtigten Machtstellung", was Attentate auf ihn als „Verräter an Deutschland" provozierte. Deutsche Gegnerschaft gegen Frankreich hielt er für „völlig indiskutabel", förderte aber „die deutsche Einheit durch gewaltsame Ereignisse" – die „Einigungskriege" gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich (1870/71) –, nachdem Preußens Führungsrolle im entstehenden Deutschen Reich außer Frage stand.

Er sagte von sich, er „verstehe gar nichts von Technik", sorgte aber mit „Gewerbefreiheit" dafür, dass das Reich durch Fabriken von Krupp, Borsig und anderen industrialisiert wurde. Eine Sozialversicherung half, „die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen" (Bismarck). In der Außenpolitik profilierte er sich als Architekt solider „Drei-Kaiser-Abkommen", als weitsichtiger Warner vor Gefahren friktionsreicher Kolonialpolitik, was alles nach seinem unfreiwilligen Rücktritt am 20. März 1890 revidiert wurde. Der „charakterlich ungeeignete" Kaiser Wilhelm II. suchte einen „Platz an der Sonne", das Reich erlag dem „Kolonial-Fieber", Bismarcks Feststellung, dass Deutschland saturiert sei, galt nichts mehr. Zornig war er, wollte noch 1897 seinen Nachfolgern „in die Schweinerei mal hineinfahren und ihnen sagen, wohin das führt". *Wolf Oschlies*

***Michael Epkenhans, Ulrich Lappenküper, Andreas von Seggern: „Otto von Bismarck. Aufbruch in die Moderne"**, Bucher Verlag, München 2014, gebunden, 164 Seiten, 29,99 Euro*

Närrisches Weltkulturerbe

Ein Brauchtums-Spezialist über Deutschlands wildestes und urtümlichstes Volksfest

Die „Schwäbisch-Alemannische Fastnacht" von Werner Mezger lotst den Betrachter schnell hinein in die hintergründige Welt der Maskengestalten, der Teufel, Butzen und Hexen sowie ihrer eigentümlichen Symbolik und Attribute. Warum sich also nicht rund um den Aschermittwoch fundiertes Hintergrundwissen in einem erfrischend kurzweiligen Buch anlesen?

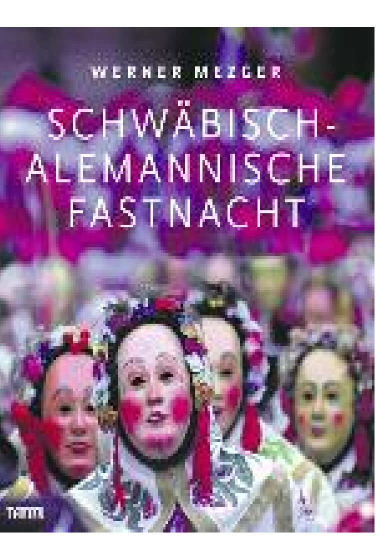
Der Autor ist ein renommierter Experte für Brauch- und Festtraditionen. Der Direktor des Leipziger Instituts für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa gilt als bester Kenner der südwestdeutschen Fastnacht. Die steht eigentlich zu Unrecht immer ein wenig im Schatten des rheinischen Karnevals. Dabei wurde sie im Dezember 2014 sogar in das Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes der Unesco aufgenommen. Die Umzüge der schwäbisch-alemannischen „Fasnet" gehören zu den ursprünglichsten, wildesten und zugleich authentischsten Volksfesten Deutschlands.

Mit dem „Schmotzigen Donnerstag", 2015 war es der 12. Februar, beginnt die eigentliche Fastnachtszeit. Umzüge werden veranstaltet, die Schüler „befreit" sowie die Amtsgeschäfte vom Bürgermeister bis zum Fastnachtsdienstag symbolisch an die Narren übergeben.

In vier Kapiteln führt Mezger durch Geschichte und Erscheinungsform der Fastnacht. Besonders interessant sind im ersten Abschnitt „Tradition, Erneuerung, Pflege" die Erklärungen zur historischen Entwicklung. Was hat das Treiben mit den Römern zu tun? Und welchen Fortgang nahm dieses Schauspiel im Laufe der Jahrhunderte, in Kriegszeiten und in den Epochen der Diktatur? Im zweiten Teil geht es um „Masken, Häs und Zubehör". Der dritte Abschnitt widmet sich den Terminen, Brauchformen und Spezialrollen der Fastnacht. Mit letzteren sind Charaktere wie Zunftmeister, Narrenräte, Narreneltern und spezielle Einzelfiguren gemeint.

Das vierte Kapitel schließlich nimmt den Leser mit in die Narrenhochburgen im Südwesten Deutschlands und der angrenzenden Schweiz. Wenn man dann etwas atemlos zum Epilog vorgedrungen ist, setzt der Autor sogar noch einen drauf. Die wichtigste Frage sei noch nicht gestellt. Die nach der emotionalen Bedeutung sowie der magischen Anziehungskraft der Fastnacht – und da wird es dann noch einmal sehr interessant.

Ein gutes Buch ist dem Autor hier gelungen. Selten verstand es jemand, den kulturellen Reichtum einer Region so anschaulich darzustellen. *Silvia Friedrich*



***Werner Mezger: „Schwäbisch-alemannische Fastnacht. Kulturerbe und lebendige Tradition"**, Theiss-Verlag, Darmstadt 2015, gebunden, 288 Seiten, 49,95 Euro*

Angst, Manipulation, Geschichtsfälschung

Die Estin Imbi Paju berichtet über die Unterdrückung ihres Landes durch die Sowjets und landet einen internationalen Bestseller

Auf den Bestsellerlisten in Estland, Schweden und Finnland stand das Buch der estnischen Journalistin und Regisseurin Imbi Paju (55) gleich mehrere Jahre. Nach Übersetzungen ins Russische und Englische ist es nun in Deutschland erschienen. „Estland! Wo bist du? Verdrängte Erinnerungen" lautet sein Titel. Das Buch stellt zugleich Mahnung und Geschichtsbewältigung dar. Wer das östlichste der baltischen Länder verstehen will, sollte es gelesen haben.

Die Mutter der Autorin kehrte 1954 im Alter von 24 Jahren nach sechsjähriger Haft aus Sibirien zurück. Besonders perfide: Wie alle Heimkehrer aus den Arbeitslagern hatte sich ihre Mutter schriftlich verpflichten müssen, über sämtliche Erlebnisse während der Lagerhaft zu schweigen. Die verdrängten Erinnerungen der traumatischen Erlebnisse lasteten jahrelang auf der Mutter und ließen auch die Tochter darunter leiden.

Ausgehend von Leid und Verfolgung in ihrer eigenen Familie während der 40er und 50er Jahre, hat Imbi Paju ein persönliches und zugleich politisches Buch mit sozialgeschichtlichen Bezügen geschrieben, in dem Geschichte und Einzelschicksale dicht miteinander verwoben sind. Sie sammelte Fakten und Erfahrungsberichte, die detailliert von der inneren Zerstörung des Landes in der Ära Stalin zeugen sowie von der Geschichtsfälschung und Manipulation der Bevölkerung während der jahrzehntelangen Sowjetdiktatur.

Das Trauma Estlands begann im Sommer 1940 mit der Besetzung der kleinen Republik durch die Sowjetarmee. Kollektiv wurden die Esten von den Schergen der neuen Machthaber als „Verräter der Sowjetheimat", „Konterrevolutionäre Elemente" und „Banditen" gebrandmarkt. Vielfach wurden die Menschen ohne erkennbaren Anlass verhaftet. Sie wurden abgeurteilt, gefoltert, erschossen oder in die Gulags deportiert. Zehntausende sogenannte Volksfeinde verschwanden für immer im fernen Sibirien, wo sie verhungerten oder durch Krankheit umkamen. Das Regierungs- und Rechtssystem der Republik Estland wurde vernichtet. Den festgenommenen und inhaftierten Bürgern raubte man ihre Habe.

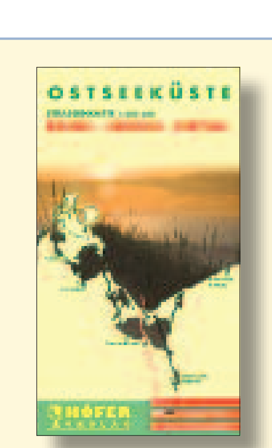
Estlands Höfe sind von Schweigen erfüllt

Über das dann folgende kurze deutsche Intermezzo während des Zweiten Weltkrieges schreibt sie: „Im Sommer 1941, als die Rote Armee abzog, machte sich eine merkwürdige Dankbarkeit gegenüber den Eindringlingen breit. Mit dem Einmarsch der Deutschen machte offenbar jeder Landstrich seine eigenen Erfahrungen. (...) Nach den Inhaftierungen und Massenmorden unter der sowjetischen Besatzung hofften zum Beispiel viele Juden in naiver Weise darauf, dass die deutsche Besatzung menschlicher sein werde. Sie wussten nicht, dass das NKWD der Gestapo die Listen der Mitglieder der jüdischen Kulturautonomie überlassen hatte."

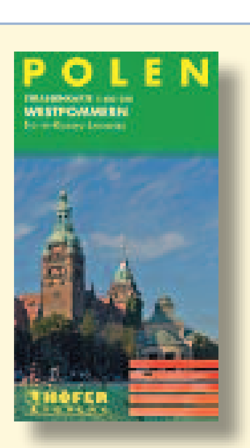
Nach der Rückkehr der Roten Armee 1944 sicherte die Sowjetunion erneut ihre Macht bis 1990. Mit Hilfe der Sicherheitsorgane wurde die Identität der Menschen mit aufgezwungenen Überlieferungen beeinflusst. Von Generation zu Generation sei in den Familien die Angst konserviert worden, für schuldig erklärt, verhaftet und deportiert zu werden. Bis heute seien „die Häuser und Höfe der Esten mit Schweigen erfüllt". Die Autorin ist nicht allein mit ihrer Auffassung, dass auf diese Weise eine nationale Neurose nachwirke. Der estnische Präsident Toomas Ilves hat das Vorwort zum Buch geschrieben. *Dagmar Jestrzemski*



***Imbi Paju: „Estland! Wo bist du? Verdrängte Erinnerungen"**, Verlag Inspiration Un Limited, London/Berlin 2014, broschiert, 389 Seiten, 18,90 Euro*



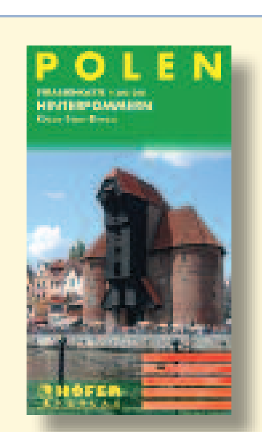
Ostseeküste
Rügen – Usedom – Stettin
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5565 DE025 12,90 €



Westpommern
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5533 PL001 12,90 €



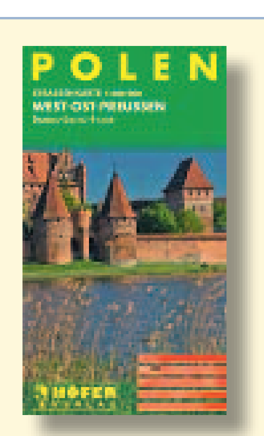
Ostbrandenburg-Niederschlesien
Küstrin – Grünberg – Liegnitz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5541 PL002 12,90 €



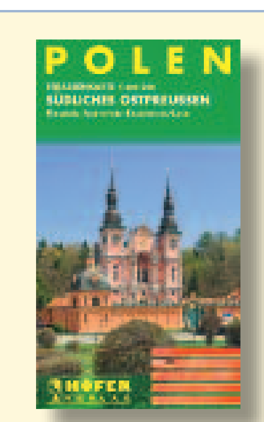
Hinterpommern
Köslin – Stolp – Danzig
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5535 PL003 12,90 €



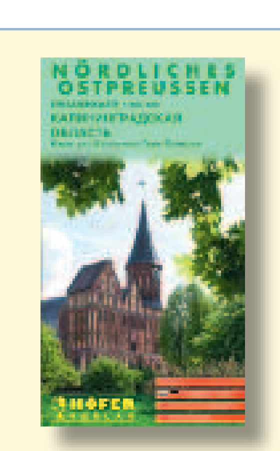
Südliches Pommern Netzebruch
Schneidemühl – Bromberg – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5560 PL004 12,90 €



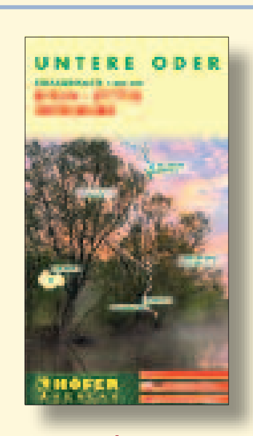
Westpreußen – Ostpreußen
Danzig – Elbing – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5559 PL011 12,90 €



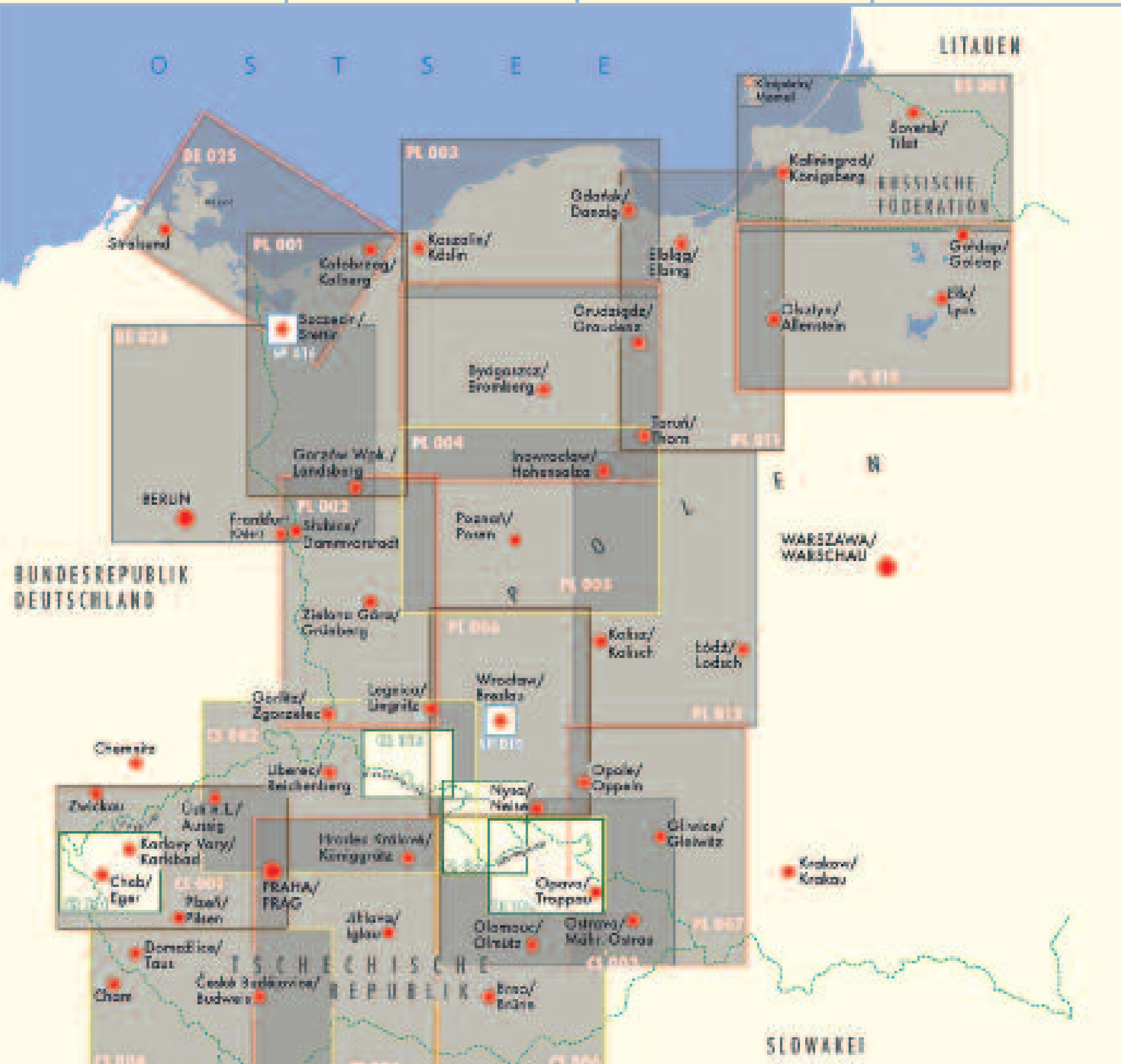
Südliches Ostpreußen
Masuren – Rastenburg – Lyck
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5543 PL010 12,90 €

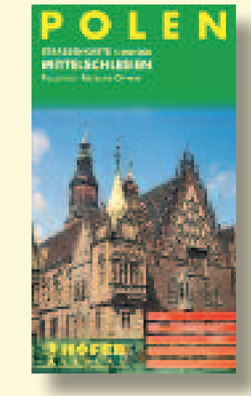


Nördliches Ostpreußen
Memelland – Königsberg – Tilsit
2-sprachig deutsch-russisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5542 RS001 12,90 €

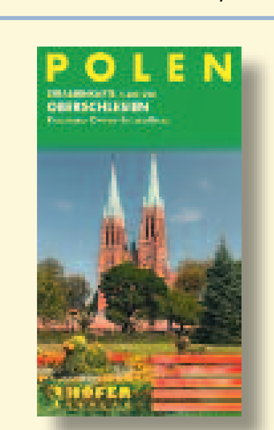


Untere Oder
Berlin – Stettin – Uckermark
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5571 DE026 12,90 €

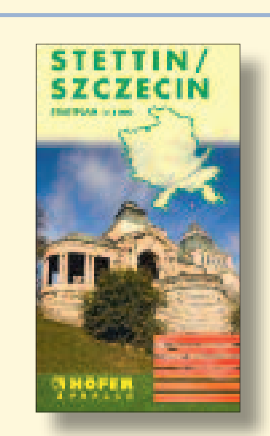




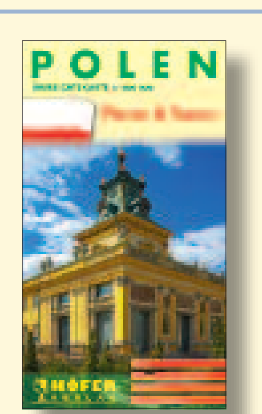
Wartheland
Posen – Gnesen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5544 PL005 12,90 €



Mittelschlesien
Fraustadt – Breslau – Oppeln
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5539 PL006 12,90 €



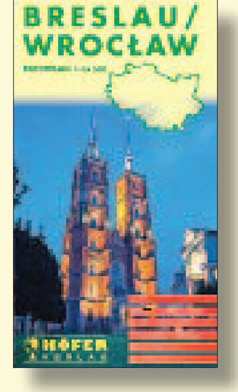
Oberschlesien
Kreuzberg – Oppeln – Bielsko Biala
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5554 PL007 12,90 €



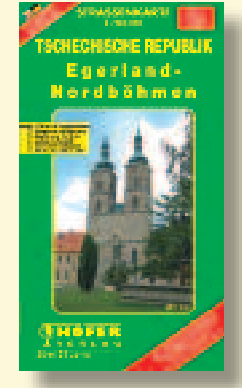
Polen Planen & Touren
Übersichtskarte Polen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5399 PL777 12,90 €

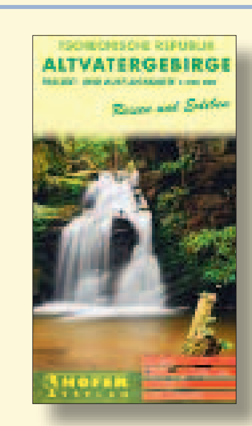


Wartheland-Ost
Kalisz – Lodz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5577 PL012 12,90 €



Stadtplan Breslau
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 16.500
Nr. P 5567 SP015 12,90 €





Stadtplan Stettin
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5572 SP016 12,90 €



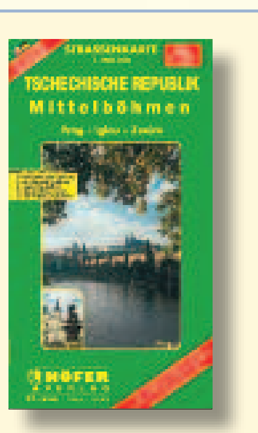
Tschechische Republik
Egerland – Nordböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5536 CS001 12,90 €



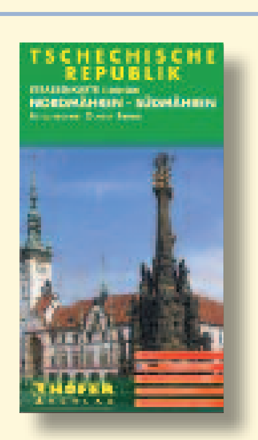
Tschechische Republik
Nordböhmen – Ostböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5537 CS002 12,90 €



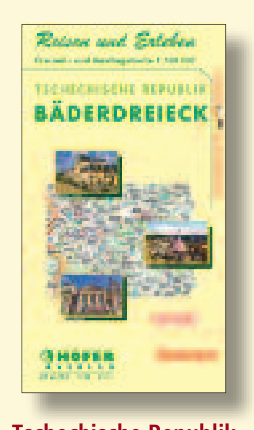
Tschechische Republik
Ostböhmen – Nordmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5538 CS003 12,90 €



Tschechische Republik
Südl. Egerland – Böhmerwald
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5569 CS004 12,90 €



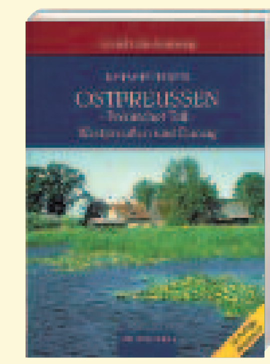
Tschechische Republik
Mittelböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5574 CS005 12,90 €



Tschechische Republik
Nordmähren – Südmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5578 CS006 12,90 €

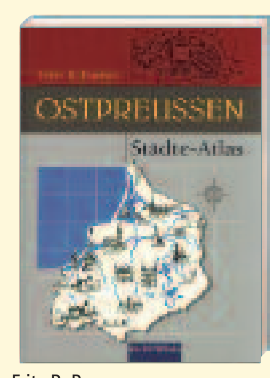
Tschechische Republik
Bäderdreieck
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5580 CR301 12,90 €

Tschechische Republik
Altvatergebirge
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5570 CS306 12,90 €



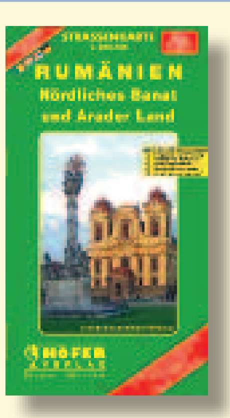
Gerd Hardenberg
Reiseführer Ostpreußen
polnischer Teil – Westpreußen und Danzig (12. akt. Auflage)
94 Abbildungen und Karten.
Format 11,5 x 16,5 cm. 288 S.
Nr. P 533157 Kart. 14,95 €

Dieser Reiseführer ist für den, der das heutige Ost- und Westpreußen erleben will, eine wertvolle Hilfe, egal ob er sich auf der Halbinsel Hela, in Thorn, in Allenstein oder in der Rominter Heide befindet. Es werden die Städte mit ihren Sehenswürdigkeiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern sonst verschlossen bleiben. Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch zu einem unentbehrlichen Reisegefährten. Gerd Hardenberg, vielen Ostpreußen unter seinem wahren Namen, Gerhard Prengel, bekannt, ist ein ausgezeichneter Kenner der Region, die er auch als Reiseleiter seit Jahren bereist.

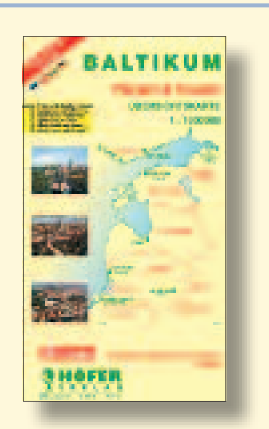


Fritz R. Baran
Ostpreußen Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostpreußischer Städte von Allenburg bis Zinten
224 Seiten/Gebunden
Nr. P 1050 24,95 €

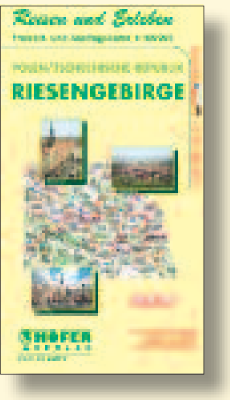
Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostpreußen, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Bundesrepublik und ihrer Bewohner zu Ostpreußen neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostpreußen nach dem Stande von 1937 beschrieben, also auch mit den fünd Kreisen des Regierungsbezirks Westpreußen.



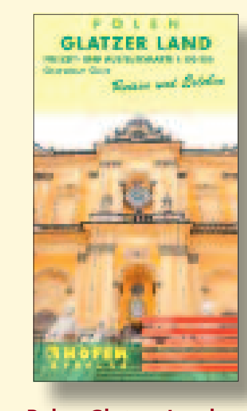
Rumänien
Nordliches Banat u. Arader Land
2-sprachig deutsch-rumänisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5579 RO801 12,90 €



Baltikum Planen & Touren
Kaliningrad – St. Petersburg
mehrsprachig
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5573 E/L/L666 10,90 €



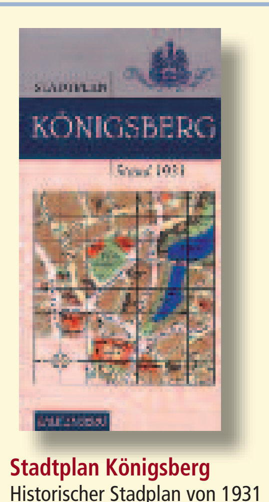
Polen/Tschechische Republik
Riesengebirge (3-sprachig)
dt.-tschechisch/dt.-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5548 CR303 12,90 €



Polen Glatzer Land
Grafschaft Glatz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5545 PL408 12,90 €



Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €



Stadtplan Königsberg
Historischer Stadplan von 1931
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5508 7,95 €

Stadtplan Breslau
Historischer Stadplan von 1932
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5513 7,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Grüne gegen Opfer-Gedenken

Dresden – Die Dresdener Grünen wollen das Gedenken an die Bombenopfer vom Februar 1945 abschaffen, weil es einen „Opfermythos“ zementiere. Stattdessen solle es zu dem Anlass ein Fest wie „Dresden ist bunt“ geben, meldet die „Junge Freiheit“. Sachsens AfD-Generalsekretär Uwe Wurlitzer protestiert energisch und meint, der Vorstoß der Grünen sei ein Beleg dafür, „wie hasserfüllt Teile der Partei auf das eigene Volk blicken“. *H.H.*

Sprunghaft mehr Asylbewerber

Berlin – Im Januar stellten 73 Prozent mehr Menschen einen Asylantrag in Deutschland als im Vorjahresmonat, insgesamt 20 042. Von Dezember 2014 auf Januar 2015 wuchs besonders die Zahl der Antragsteller aus dem Kosovo (von 1956 auf 3630) und Albanien (von 940 auf 1648). Die meisten Bewerber stammen nach wie vor aus Syrien. Allein im Januar suchten 5530 Syrer um Asyl nach, wie das Bundesinnenministerium am Montag mitteilte. *H.H.*

ZUR PERSON

Spricht mit westlicher Zunge

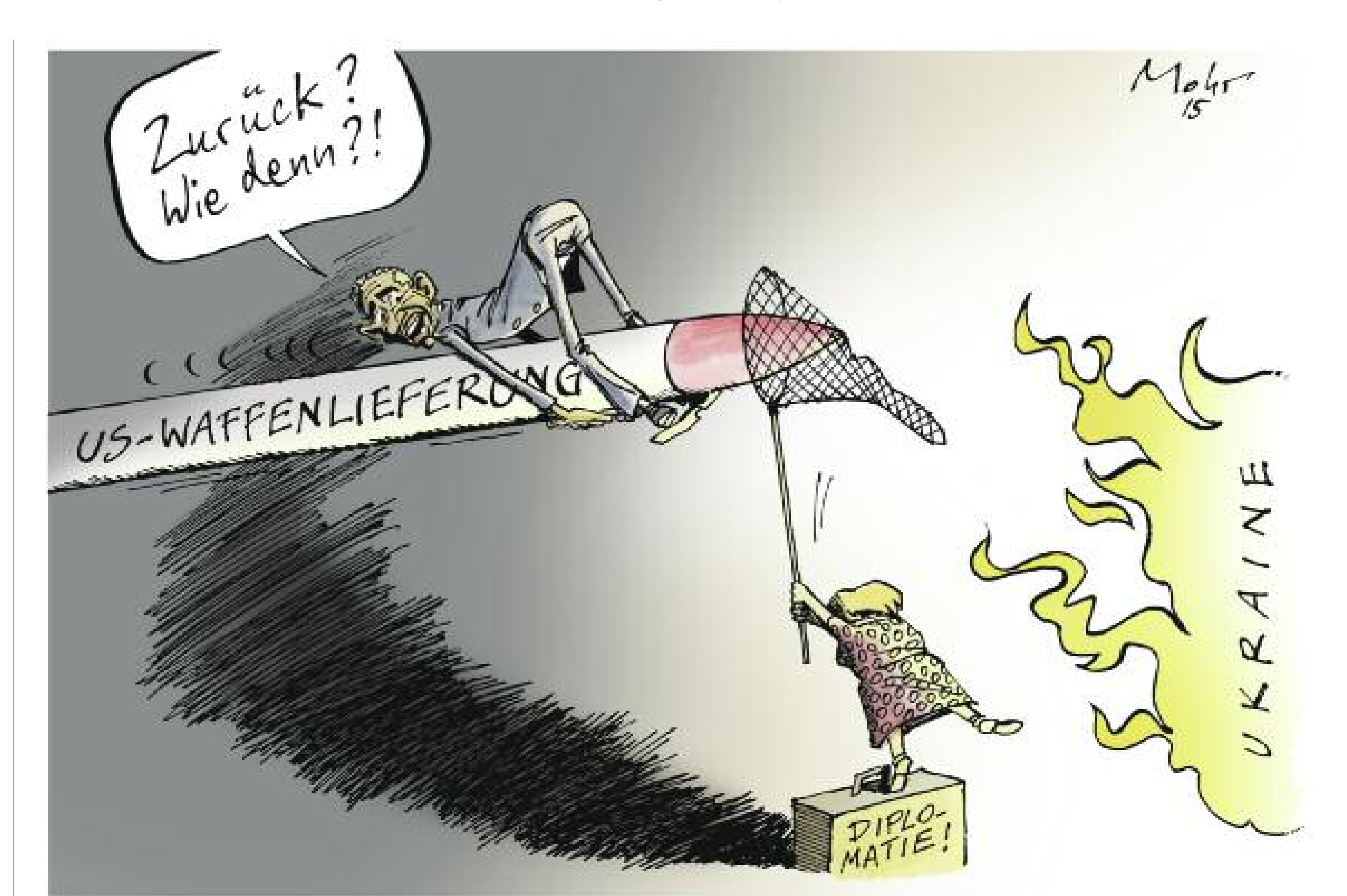
Raumschiff Enterprise“-Fans waren begeistert, als in einer „Star-Treck“-Folge von 1996 ein echter Prinz auftrat. In einer Episode von „Raumschiff Voyager“ spielte **Abdullah II. bin al-Hussein**, der jetzige König von Jordanien, eine bescheidene Statistenrolle. Mit diesem Auftritt wurde zweierlei deutlich: sein Hang zur westlichen Kultur und seine Zurückhaltung nicht nur auf der Film-, sondern auch auf der politischen Bühne.

Doch spätestens seit dem Mord an einem jordanischen Kampfpiloten durch Terrorgruppen des Islamischen Staats (IS) spielt Abdullah alles andere als eine Nebenrolle beim Kampf gegen den IS. Als Rache für die Ermordung des Piloten ließ er nicht nur inhaftierte Terroristen hinrichten, sondern kündigte auch einen „gnadenlosen Krieg“ gegen den IS an.

Damit ist der König weltpolitisch in den Fokus geraten, den zuvor die Regenbogenpresse auf ihn gerichtet hatte. Mit seiner Frau Rania bildet der liberale König das Hochglanzpaar des Nahen Ostens. Studiert in Oxford und ausgebildet in Englands militärischer Eliteakademie Sandhurst ist er nicht nur vom westlichen Lebensstil geprägt, sondern spricht auch akzentfreies Oxford-Englisch.



Als der 53-Jährige 1999 seinem Vater König Hussein auf dem Thron folgte, setzte dennoch kein Demokratisierungsschub ein. Presse- und Meinungsfreiheit blieben beschränkt, trotzdem forderten die Jordanier beim Arabischen Frühling 2011 zwar den Fall der Regierung, nicht aber den des Königs. Er ist beliebt und gilt als Stabilitätsanker in einer instabilen Region. Dass er in 43. Generation direkter Nachkomme des Propheten Mohammed sein soll, macht ihn auch seitens fundamentalistischer Moslems ähnlich unangreifbar wie es „Raumschiff Enterprise“ dank des Strahlenschutzschilds ist. *H. Tews*



Verhütungsversuch

Kriege und Chancen

Warum es Großspekulanten so gern eskalieren sehen, wieso die Deutschen »führen« sollen, und wie Sie an Ihr (Faust-) Recht kommen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Hätten die sich nicht ein wenig gedulden können mit ihrem Krieg? Im Moment haben wir für die Ukraine-Krise nämlich gar keine Zeit. Das große, gemeinsame Europa, das uns alle reich und weltbedeutend gemacht hat, muss sich schließlich um Griechenland kümmern. Das bindet alle Kräfte, vor allem die finanziellen.

Ein bisschen merkwürdig ist es ja schon. Man hatte uns doch versprochen, dass wir nur durch „Europa“, also die EU und den Euro, in der Weltpolitik noch eine Stimme hätten. Allein wären wir viel zu klein. Komisch nur, dass sich im Ukraine-Konflikt wieder keiner für die „Stimme Europas“ interessiert. Die deutsche Kanzlerin und (mit Abstrichen) der französische Präsident sind unterwegs, nicht die Leute aus Brüssel.

Ach, was soll man bloß tun? Alles so furchtbar unübersichtlich! Nicht ganz: Es gibt einen Kompass, er heißt George Soros. Alles, was er uns Deutschen empfiehlt oder von uns fordert, geht zum Schaden unseres Landes aus. Um den richtigen Weg zu finden, gilt daher die Faustregel: Immer wenn der Milliarden-Spekulant „hü!“ ruft, liegen wir mit „hott!“ richtig. Und wenn er mal nichts sagt? Kommt kaum vor, er äußert sich zu allem Möglichen.

Natürlich muss man seine Botschaften auch lesen können, er formuliert sehr geschickt, um uns in die Falle zu locken. Unlängst forderte er Deutschland ultimativ auf, in der EU und der Euro-Zone endlich die Führung zu übernehmen. Wenn wir das nicht wollten, sollten wir lieber austreten.

Klingt doch erst mal nicht schlecht – wer möchte nicht gern vorne sitzen? Nun, mit „führen“ meinte er offensichtlich nicht, dass Berlin die Richtung vorgeben soll. Die bekommen wir ja ohnehin per Fernschreiben über die Atlantikbrücke zugeschickt. Nein, wer näher hinsieht, wird den Verdacht nicht los, dass Soros mit „führen“ fast ausschließlich „zahlen“ meint.

So wird der Multimilliardär nicht müde, von den Deutschen „mehr Solidarität“ mit Griechenland und den anderen Euro-Krisenstaaten zu verlangen. Auch das Korruptionsparadies Ukraine hat seines Erachtens mehr „Solidarität“ verdient. Was diese „Solidarität“ in der Wirklichkeit bedeutet, wissen wir mittlerweile aus Erfahrung: Die Reichen und die Banken in den „armen“ Ländern kriegen's von den Armen und den Bankrotten in den „reichen“ Ländern.

In der Einschätzung Russlands findet sich Soros laut „Focus“ recht nah beim US-Senator John McCain. Dem Politiker brennt es in der Ukraine bei weitem noch nicht hell genug. Es müssten mehr Waffen rein, sagt er.

Ja, was wären wir bloß ohne die Schutz- und Ordnungsmacht USA? Hilflos wären wir den Konfliktherden in unserer Nachbarschaft ausgesetzt. Da gibt es ja einige: Libyen ist mehr explosive Ruine als Staat, Syrien versinkt im Krieg, der Irak kommt nicht zur Ruhe.

> Die Heuschrecken wittern hinter der Ukraine-Krise schon den nächsten großen Reibach

Indes: Hätten sich die USA herausgehalten, wären die drei Länder heute immer noch zwar wenig appetitliche, aber immerhin stabile Diktaturen, von denen für uns keine Gefahr ausginge. Erst nachdem Washington im Irak und in Syrien ordentlich hingelangt hat, strömen von dort jedes Jahr Hunderttausende von Flüchtlingen über die europäischen Grenzen. Nun können es McCain und Co. gar nicht mehr erwarten, dass es auch mit der Ukraine so richtig losgeht.

Aber ist das alles nicht ganz schön gefährlich?

Na und? Große Krisen und noch größere Kriege eröffnen auch große Chancen. Man muss nur an der richtigen Stelle sitzen, um sie nutzen zu können.

Ein globaler Großspekulant sitzt bei solchen Ereignissen fast immer am richtigen Platz. Zuerst kauft er beispielsweise in Massen Staatsanleihen von, sagen wir, der Ukraine. Da der Laden kurz vor dem Zusammenbruch steht, müssen die armen Teufel gewaltige Zinsen abdrücken, astronomische Sätze wie beim Kredithai im Rotlichtviertel, zu dem nur die kommen, denen sonst keiner mehr was leiht.

Um nicht baden zu gehen, muss der Hai allerdings dafür sorgen, dass jemand für den bankrotten Kreditnehmer einspringt, einer, der noch Geld hat. Es muss also irgendwie gelingen, dem Kerl mit dem Geld einzutrichtern, dass die Schuldenprobleme des Pleitiers, dem man den Kredit zu den horrenden Zinsen gegeben hat, auch seine Probleme sind.

George Soros schrieb am 12. Januar, dass die EU wegen der Ukraine in Wahrheit längst selber im Kriegszustand mit Russland sei. Deshalb müsse die EU endlich mit der Sparsamkeit aufhören. Im Krieg sei Sparsamkeit ganz unangemessen. Die Ukraine benötige nämlich eine „sofortige Finanzspritze“ von 20 Milliarden US-Dollar und das Versprechen, dass es, wenn nötig, noch mehr gibt. Voilà!

Aber wenn die Deutschen sich sträuben? Immerhin ist die Finte dermaßen offensichtlich, dass sie einem Attentat auf unseren Verstand gleichkommt.

Ach, Verstand. Sie haben Ideen! Ursula von der Leyen hat dieser Tage zugesichert, dass Deutschland mehr „führen“ will, und Sie wissen ja, wie man das übersetzt. Joachim Gauck mahnte schon vergangenes Jahr an, dass die Deutschen „mehr Verantwortung übernehmen“ müssten, was keiner Übersetzung mehr bedarf.

Bei so viel „Führung“ und „Verantwortung“ in Europa und der Welt bleibt daheim einiges auf der Strecke. Die Straßen, Schulen und Kasernen vergammeln, in grenznahen Orten gibt es kaum noch Polizei, weshalb die Bürger ihre Habe selber vor vagabundierenden Räuberbanden schützen müssen. Der Staat löst sich sozusagen häppchenweise auf.

Wir wollen aber nicht übertreiben. Noch ist unser Staat ganz gut in Schuss. In Nigeria mussten sie jetzt die Wahlen verschieben, weil radikal-islamische Gruppen die ordentliche Durchsetzung demokratischer Bürgerrechte wie des Wahlrechts derzeit unmöglich machen.

Das muss man sich mal vorstellen: Gewalttätige Staatsfeinde schaffen es, dass die Staatsmacht demokratische Grundrechte aussetzt! Unglaublich finden wir das. Finden wir das wirklich? Es muss wohl heißen, „fanden“ wir das, bis wir vom Demonstrationsverbot in Leipzig hörten. Weil gewaltkriminelle Staatsfeinde von links es wünschen, legte auch dort die Staatsmacht ein Bürgerrecht auf Eis. Die Welt ist halt ein Dorf, und „Nigeria“ ist bald überall.

Das hätten die Deutschen früher niemals hingenommen, vernagelt und gesetzesvernarrt wie sie waren. Heute sind wir da viel gelassener. Das Hinnehmen des Faustrechts hat nicht nur jedes Skandalpotenzial verloren, es gilt bisweilen sogar als besonders einfühlsam, wie ein Beispiel aus Hessen veranschaulicht.

Dort terrorisieren Asylbewerber des Erstaufnahmelages in Gießen die dortigen Busfahrer derart heftig, dass einzelne Fahrer schon Angst haben, die Haltestelle vor dem Lager anzufahren. Sie werden bespuckt und bedroht.

Der Betriebsratsvorsitzende der Busgesellschaft schlägt als Lösung vor, man solle doch auf die Fahrkartenkontrollen bei den Asylbewerbern verzichten, denn dabei käme es ja immer wieder zu den unschönen Szenen. Eine Alternative wäre auch ein eigener Pendelbus-Betrieb nur für die Asylbewerber. Für den Geschäftsführer der Bus-Firma sind die Übergriffe ohnehin nur – Sie ahnen es! – „Einzelfälle“.

So läuft das also: Wenn Sie sich an die Regeln und Gesetze nicht mehr halten wollen, fangen Sie an zu spucken und zu pöbeln. Schon wird man Ihnen entgegenkommen. Wenn Sie noch einen Zahn zulegen, können Sie, wie in Leipzig die Antifa-Schläger, sogar das Grundgesetz auf den Schrottplatz schicken.

Eine Voraussetzung hat das Spiel natürlich: Es muss eine genügend große Zahl von Leuten geben, die sich weiterhin gehorsam in die Ordnung fügt und die vor allem – denken Sie an „Führung“ und „Verantwortung“ – die Rechnungen dafür bezahlt, dass man sie nach Kräften kujoniert. Wehe, wenn diesen Leuten mal die Lust dazu ausgeht.

MEINUNGEN

***Christian Weilmeier** warnt im Netzportal „citizenseurope“ (6. Februar) davor, angesichts des **Kriegs in der Ukraine** die jüngere Geschichte zu vergessen:*

„Egal, was Putin jetzt macht, es bleibt festzuhalten, dass die USA es waren, die den Krieg im 21. Jahrhundert wieder salonfähig gemacht haben. Mit wohlfeilen Begründungen und auch mit Lügen, die Medienberichte darüber sind zahllos die letzten 15 Jahre. Es ist ein riesiges moralischen Kuddelmuddel entstanden, die Werte haben sich verschoben, die Gewaltbereitschaft steigt, Krieg ist eine Option geworden.“

***Ralf-Dieter Brunowsky** verurteilt im „Focus“ (6. Februar) den **Umgang** der Exekutive mit dem **Mittelstand** und **steuerzahlenden Bürgern**:*

„Wir erleben hier durch übereifrige Beamte entfesselte Finanzämter, die angesichts der Medienzustimmung gegen die zugegebenermaßen zu vielen Steuerhinterzieher nunmehr siegesgewiss alles abkassieren, was irgendwie abkassiert werden kann. Diese Finanzbeamten und vor allem die verantwortlichen Politiker vergessen, wer sie bezahlt.“

*Ex-Senator und Ex-Bundesbanker **Thilo Sarrazin** zeigt in der Schweizer „Weltwoche“ (5. Februar) die **Parallelen** von **Euro** und **Schengener Abkommen** auf:*

„Mit der Währungsunion wurde eine funktionsfähige nationale Kompetenz um der europäischen Idee willen in eine mängelbehaftete europäische Kompetenz eingetauscht. In schöner Anschaulichkeit führt uns der Fall Griechenland die Konsequenzen vor. Nicht anders ist es mit dem Schengen-Abkommen: Ein funktionierendes nationales Grenzregime wurde in ein nicht funktionierendes europäisches Grenzregime eingetauscht. Asylbewerber und illegale Einwanderer reisen zu Hunderttausenden aus Griechenland und Italien weiter nach Norden.“

*Der Chef des Bundes der Versicherten, **Axel Kleinlein**, weist gegenüber dem „Focus“ (7. Februar) auf die **Folgen** der Euro-bedingten Niedrigzinspolitik **für Sparer** hin:*

„Die aktuelle Niedrigzinsphase bestraft alle, die ihr Geld auf die hohe Kante legen. Wer heute auf das Essen beim Italiener verzichtet und das Geld anlegt, kann sich dafür später womöglich nur noch eine Tiefkühlpizza leisten.“

*Angesichts dreister **Reparationsforderungen Athens** an Deutschland empfiehlt der Historiker **Michael Wolffsohn** den Griechen auf „Handelsblatt-online“ (9. Februar), sich einmal an **die eigene Nase** zu fassen:*

„Das EU-Finanzsystem ... passt ihnen (in der Athener Regierung) nur solange sie etwas bekommen ... Wenn heute die deutsch-griechische Geschichte in Zeiten von Weltkrieg und Holocaust thematisiert wird, muss auch über die Kollaboration von Griechen mit Nazis, SS und Wehrmacht gegen Juden, Kommunisten und Partisanen gesprochen werden. So klein war diese Mitarbeit nicht. Und gar nicht groß war das Mitleid mit den jüdischen Opfern ... Wer H wie Hitler sagt, muss auch die eigene Geschichte von A bis Z durchgehen.“